



12. Dezember 1922

MAX SCHIPPEL · MARKSTABILISIERUNG UND PRODUKTIONSSTEIGERUNG

UNVERKENNBAR hat sich mit der Zeit ein klarerer Einblick in die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie vor allem mit der beispiellosen Valutakrisis zusammenhängen, auch in unserer Partei und, was auf die Dauer noch wichtiger scheint, in den führenden Gewerkschaftskreisen herausgebildet. Naturgemäß rückte dabei der Produktionsverfall Deutschlands, der erschreckende Abfall auf so gut wie allen Produktionsgebieten im Vergleich mit der Vorkriegszeit¹, mehr und mehr in den Mittelpunkt der Betrachtungen.

Der vorläufige Höhepunkt dieses fortschreitenden Erkenntnisprozesses war wohl erreicht, als Ende August im Reichswirtschaftsrat die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Mitglieder des verstärkten Finanzpolitischen Ausschusses einstimmig der überaus wichtigen Resolution zustimmten, die in folgenden Forderungen ausmündet:

»Alle handels-, finanz- und währungspolitischen Maßnahmen zur Aufhaltung des Währungsverfalls müssen wirkungslos bleiben, wenn sie nicht von energischen Anstrengungen begleitet werden den Kern des Übels, soweit dieses innenwirtschaftlicher Natur ist, zu beseitigen: den allzu geringen Ertrag der deutschen Produktion auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Die deutsche Währung kann nicht in Ordnung gebracht werden, solange das Ergebnis der landwirtschaftlichen Arbeit sich unter dem Resultat hält, das in der Vorkriegszeit erreicht wurde, solange in Industrie, Handel und Verkehr der Wirkungsgrad der Arbeit nicht wesentlich erhöht wird, solange unser Devisenbedarf durch die Notwendigkeit englische Kohlen einzuführen belastet wird. Die unzureichende Leistung des gesamten Produktionsapparates in Deutschland ist jene Ursache unserer finanziellen Nöte . . . Der Ausschuß hält es nicht für erforderlich den Produktionsausfall auf Einzelgebieten der Wirtschaft zu beleuchten und Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, die hier Abhilfe bewirken sollen. Denn dieses Grundübel, an dem die deutsche Wirtschaft krankt, kann nur beseitigt werden, wenn in allen Bevölkerungsschichten die drängende Not der Gegenwart das Gefühl der Pflicht erweckt das Letzte aufzuwenden, um mit der Erhöhung des Ertrages der heimischen Arbeit die Voraussetzung für die Besserung der Verhältnisse zu schaffen. Kein Vorurteil und kein Privatinteresse, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz darf uns höher stehen als die Notwendigkeit durch erhöhte Arbeitsleistungen Volk und Heimat vor dem Versinken in Elend, Unkultur und Versklavung zu retten. Der Ausschuß fordert alle Beteiligten: Regierung und Parteien, Unternehmer und Arbeiter, Industrielle, Gewerbetreibende, Landwirte, Handelsangehörige, Beamte und Angehörige freier Berufe, auf in dieser Gesinnung an die Lösung der Aufgabe den Produktionsertrag der deutschen Wirtschaft zu erhöhen hervorzutreten.«

¹) Siehe Schippel Der Produktionsverfall Deutschlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 713 ff.

Das ist ein ganz zutreffendes Bekenntnis zu der primären Notwendigkeit der Produktionshebung und -erweiterung² und eine ganz richtige Beurteilung der Währungsgesundung als einer mehr sekundären Folgeerscheinung der grundlegenden Wirtschaftsreform.

Das förmlich explosive Emporschnellen der Devisenkurse seit Oktober, die entsprechende Steigerung aller Preise und die immer offensichtlicher werdende Hilflosigkeit der alten gewerkschaftlichen Lohnpolitik gegenüber diesen überwältigenden Umwälzungen hat ziemlich unvermittelt zu einem gewissen Rückschlag geführt. Weil man für die drängende Not des Augenblicks keinen andern rettenden Ausweg sieht, glaubt man plötzlich an die wunderwirkende Kraft *rein währungspolitischer* und banktechnischer Künste. Man glaubt die Papiermark ohne die Inangriffnahme des Produktionsproblems stützen und wertkonservieren zu können. Man macht sich und andere darauf gefaßt für diese isolierte, früher sehr kritisch behandelte Stützung sogar den Goldschatz der Reichsbank opferwillig bereit zu stellen (noch bis zum Kriegsende betrug er rund 2½ Milliarden Goldmark, seit langem halten wir eine Milliarde gerade noch mühsam fest, allerdings mehr für die Zukunft und weniger zum Nutzen, wenigstens zum unmittelbaren Nutzen, für die Gegenwart). Diese wirtschaftliche und politische Kursänderung macht sich um so nachdrücklicher geltend, als sie von einem, nämlich hauptsächlich dem *finanzkapitalistischen* Flügel des Bürgertums schon seit geraumer Zeit vertreten wurde und sich hier längst zu ganz konkreten Vorschlägen verdichtet hatte, denen man sich bis auf die fertigen Einzelheiten nur anzuschließen brauchte.³ Auch sonst in breitesten Massen, vor allem bei den auf wenig bewegliche oder gar fixierte Geldeinkommen Angewiesenen, findet die isoliert gedachte Markstabilisierung selbstverständlich sofort und vorbehaltlos ungeteilten Beifall. Die furchtbaren Folgen der Geldentwertung täglich vor Augen, sieht man in dieser Forderung, deren Verwirklichung man sich als eine bloße Maßnahme denkt, das Heilmittel.

Liegen die Dinge jedoch wirklich so einfach und hoffnungsvoll wie man dabei annimmt? Auf weitergreifende währungstheoretische Darlegungen braucht zur gegenseitigen Verständigung gar nicht zurückgegriffen zu werden. Die entscheidenden Seiten des Problems lassen sich in einigen einfachen Grundlinien durchaus genügend herausarbeiten. Deshalb seien die Haupterwägungen im folgenden vorgebracht.

SEIT dem erst gewollten, dann notgedrungenen Verzicht auf die Einlösbarkeit der deutschen Papiermark, also seit Kriegsbeginn, hängt ihr Wert in erster Linie von ihrer ausgegebenen, umlaufenden und im In- und Ausland wie eine wertschwankende allbegehrte Ware gehandelten Menge ab. Daß diese Menge unaufhaltsam wuchs, der Wert ihrer Einheit also rettungslos sank, erklärt sich aus 2 Grundtatsachen.

2) Das *Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes* druckte diese Resolution am 9. September an der Spitze des Blattes ab. Nach dieser ostentativen Zustimmung ist die neuerliche Entrüstung über die entsprechende Betonung der grundlegenden Produktionsinteressen durch Stinnes und das Produktionskapital (in Abweichung vom Finanzkapital oder doch von einem einflußreichen Teil dieses Kapitals) nicht recht verständlich.

3) Siehe die ausgezeichnete klare programmatische Darlegung *Melchior's* Der Zusammenbruch der Reichsmark und das Problem ihrer Stabilisierung, in Keynes' Wiederaufbauausonderheft des *Manchester Guardian Commercial* vom 20. April 1922, deutsche Ausgabe Seite 27 f.

Deutschlands *Zahlungsbilanz* nach außen ist in hohem Maß passiv geworden: einmal durch das Zurückbleiben des Warenausfuhrwerts hinter der Einfuhr, andererseits durch den Verlust und die Einschränkung der im Ausland entspringenden Profite und Zinsen (für Unternehmungen und Leihkapitalien) sowie der Einnahmen für laufende Leistungen (Schiffstransporte, Versicherungen usw.). Wo Deutschland früher, schematisch gesprochen, Mehreinbedarf nach fremden Valuten hatte, entfaltet es heute einen enormen Mehrbedarf nach fremden Valuten. Gewaltig gesteigert wird, von der Kapitalflucht ganz abgesehen, die Jagd nach fremden Valuten durch die mit den Reparationsbarzahlungen verbundene Zusammendrängung riesiger Zahlungen auf bestimmte Termine. Das Wort des frühern Reichskanzlers Wirth von den unerträglich zerrüttenden »Terminkrisen« braucht man nicht nur auf den ruckartigen, vorher ganz unberechenbaren Verlauf der bisherigen Reparationsauseinandersetzungen zu beziehen, und die künstliche Schaffung von solchen Terminkrisen durch die, allmählich über ein ungeheures Material verfügende aus- und inländische Mark- und Devisenspekulation mag dabei noch ganz beiseite bleiben. Soll eine ernstliche Wertstabilisierung erreichbar werden, so müßte diese zur Realisierung in Auslandszahlungsmitteln drängende Flut von Papiermark, das Abstoßen von deutschem Markgeld zum Ausgleich unserer Zahlungsbilanzschuld, zum Versiegen gebracht werden. Oder von der andern Seite aus gesehen: Der Mehrbegehrr nach fremden Devisen, wie er sich aus der passiven Handels- und Zahlungsbilanz ergibt, müßte durchschnittlich zum mindesten insgesamt auf *minimale* Beträge reduziert werden, bei denen dauernd eine *Beherrschbarkeit* des ganzen Prozesses durch einen Stabilisierungsfonds und organisierte Eingriffe ähnlicher Art gewährleistet scheint.

Die andere wertverwässernde und wertauflösende Flut von Papiermark nimmt ihren Ursprung aus mehr inländischen Wirtschaftsbedürfnissen und Wirtschaftsnöten. Soweit die *staatlichen Einnahmen* hinter den staatlichen *Ausgaben* zurückstehen, hilft, da sich kein anderer Ausweg bietet, seit Jahren die Notenpresse aus. Welche Milliardenbeträge auf diese Weise während des Krieges, aber noch viel mehr seit dem Waffenstillstand und Friedensschluß, alljährlich und zuletzt allmonatlich und allwöchentlich entstanden sind, ist jedermann bekannt. In diesen Bereich gehören aber, was man nicht vergessen darf, die vom Reich neuerdings stärker ausgegebenen Schatzscheine ebenfalls; denn soweit diese von der Reichsbank abgenommen wurden und werden, bleibt der Reichsbank bei der heutigen Lage im großen und ganzen weiter nichts übrig als ihrerseits zu neuer Notenausgabe zu schreiten. Die gleiche Wirkung geht ferner von den, nach dieser Richtung mitunter recht falsch beurteilten, an sich durchaus erstrebenswerten Reparationssachleistungen aus; denn diese werden zwar mit dem Empfänger Ausland nur verrechnet (von der deutschen Reparationsschuld abgerechnet), im Innern aber den Lieferanten vom Reich bezahlt, das mangels anderer Einnahmen abermals in beträchtlicher Höhe zur Notenpresse greift, um sich auf diese Art der Verpflichtungen zu entledigen.

Die mit diesen vorläufig unausweichlichen Inflationsvorgängen verbundene Wertauflösung der innern Kaufkraft der Papiermark folgt zwar zunächst ihren eigenen Gesetzen, steht aber bei der jederzeitigen, obwohl im Ergebnis stark schwankenden Verwandelbarkeit von ausländischen Zahlungsmitteln

in inländische Waren, Anlagen, und Papiermark (und umgekehrt der Papiermark in ausländische Zahlungsmittel, Waren und Anlagen) mit der Auslandsbewertung der Mark schließlich stets in unlösbarem, mitunter im Handumdrehen durchschlagendem Zusammenhang. Die Art und Stärke dieses Zusammenhangs braucht uns hier im einzelnen weiter nicht zu berühren. Um so mehr dagegen betrifft uns abermals die Schlußfolgerung: Stabilisierungsversuche haben Aussicht auf dauernden Erfolg nur dann, wenn der Zwang zur Notenvermehrung von allen erwähnten innenwirtschaftlichen Seiten aus aufhört oder in engste, beherrschbare Grenzen gebannt bleibt, wenn also die normalen Reichseinnahmen den inneren Reichszahlungsverpflichtungen (in dem bezeichneten weitesten Sinn) entsprechen, wenn das Defizit des Reichsbudgets aus der Welt geschafft ist.

Alle diese letzten Voraussetzungen und Sicherungen der Währungsgesundung wurzeln jedoch, wie seinerzeit unsere Partei- und Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat vollkommen zutreffend mit hervorhoben, im wesentlichen in der *Steigerung der deutschen Produktion*. Es ist durchaus zweckmäßig, wenn man das Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr auch von der Seite der *Einfuhr* her anpackt, indem man Luxuseinfuhren erschwert und verhindert. Aber der so entstehende Abstrich wird im ganzen immer nur bescheiden ausfallen (und umschließt zugleich eine fühlbare Beschneidung des zur Gewohnheit gewordenen Massenkonsums an Kaffee, Kakao und ähnlichem). Es bleibt also in ganz überwiegendem Maß nur die Verminderung der Einfuhr durch umfassendere Eigenproduktion, vor allem jedoch die vermehrte *Ausfuhr*, wiederum durch eigene Mehrproduktion. Und über die Schwere dieser Aufgabe täusche man sich nicht. Denn wenn wir unsere gegenwärtige Produktion um ein Drittel oder die Hälfte ausdehnen, so erreichen wir wahrscheinlich immer erst die ehemalige Friedenserzeugung, hinter der wir heute um ein Viertel oder ein Drittel zurückbleiben. Und selbst ohne Reparationsgeldzahlungen und -sachleistungen, die beide nur, mittelbar oder unmittelbar, aus unseren Produktionserträgen gedeckt werden können, haben wir einen tief heruntergearbeiteten Produktionsapparat, den verarmten Boden dazu gerechnet, durch körperlich und seelisch infolge des Krieges und der Kriegsnachwirkungen schwer geschädigte Menschenkräfte wieder auf die alte Höhe emporzubringen.

Für die Erringung eines notdürftigen *Budgetgleichgewichts* aber ist, neben großen allseitigen persönlichen Verbrauchseinschränkungen zugunsten des Staatsaufwands und der Staatslasten, gleichfalls die Produktivität unserer *Staatsbetriebe* und die Ökonomisierung unseres Verwaltungsmechanismus maßgebend. Was hier unterlassen und nicht erzielt wird, kommt schließlich ganz unweigerlich in neuer Noteninflation zum Ausdruck, die noch lange nicht die heutigen Dimensionen beizubehalten braucht, um dennoch jeden Stabilisierungsdamm nach einiger Zeit spielend zu durchbrechen.

ABER die großen *Auslandsanleihen*, die uns angeblich schon lange winken und die durch die Markstabilisierung in machtvollen Fluß geraten sollen? Läßt sich das weite Loch der Handels- und Zahlungsbilanz nicht eine Zeitlang mit derartigen Anleihen stopfen, so daß der Notenstrom aus dieser einen Sorgenquelle vorläufig vollkommen zurückgehalten werden könnte? Läßt sich die Bresche in unserem Budget nicht mit Anleihen ausfüllen, so daß der zweite Gefahrenherd

zeitweilig verschwindet? Wenn ein einfaches Moratorium, wie man es häufig auffaßt, wegen der schweren Finanznot und des unaufschiebbaren Wiederaufbaubedarfs Frankreichs nicht denkbar ist⁴, lassen sich die immer von neuem zerrüttenden deutschen Reparationsleistungen nicht durch Anleihen Deutschlands beim Ausland erfüllen, aus denen Frankreich befriedigt wird, ohne daß Deutschland Noten druckt, denen schon durch die bloße Tatsache des Druckens der Keim der Wertschwindsucht unausrottbar eingepflanzt ist? Auf diese Weise 2 oder 3 Jahre Atempause gewonnen, und die Wertstabilisierung der Noten, das heißt des bisher einzigen deutschen gesetzlichen Zahlungsmittels, muß sich nicht nur in Angriff nehmen sondern für die nächsten 2 oder 3 Jahre siegreich durchhalten lassen. Unterdes kann man die wirkliche dauernde Genesung Deutschlands vorbereiten, die allerdings, wie man nunmehr allseitig zugesteht und wiederholt, in der Änderung unserer letztjährigen Produktionsweise, in der Vergrößerung des Produktionsquantums, in der Hebung der deutschen Gesamtwirtschaft bestehen muß.

Dieses Vertrösten auf die, wie es neulich wieder in einer weitverbreiteten Parteikorrespondenz hieß, »erstaunliche Bereitschaft« des Auslands zur Hilfeleistung hören wir nun seit 1918-1919 ohne Unterbrechung. Diese Hilfeleistung ist sicherlich ganz unentbehrlich und kann zweifellos bei Gelegenheit in hohem Maß erschlossen werden. Aber das eine hat mehrjährige bittere Erfahrung nicht minder außer allen Zweifel gestellt: Diese Hilfe wurde im entscheidenden Augenblick stets abhängig gemacht von einem hinreichend vertrauens- und glaubwürdigen Programm des Ausschlusses weiterer deutscher Notenvermehrung, das heißt von der Gleichgewichtsherstellung in Zahlungsbilanz und Budget, schließlich also immer wieder von einer sichtbaren und mit leidlicher Wahrscheinlichkeit erwartbaren Erholung aus unserm Produktionskräfteverfall. Die Auslandshilfe wurde wegen dieser Produktionsmisere, die sich im großen und ganzen in unserm Budgetdefizit und unserer passiven internationalen Waren- und Zahlungsbilanz nur widerspiegelt, im Ernstfall schließlich stets verweigert. Einzelne Auslandsgrößen des Finanzkapitals mögen sich in großmütigeren Gesten gefallen haben und weiter gefallen: ausschlaggebend bleibt für sie, besonders in England und Amerika, die öffentliche Meinung, weil man die Millionen- und Milliarden-darlehen selbstverständlich nur aus dem "Publikum" schöpfen kann und will, und diese öffentliche Meinung sieht bis zur Stunde noch kein genügend vertrauenerweckendes Aufraffen des deutschen Produktionswillens zu hinreichenden Produktionsleistungen, das einer ernstern ausländischen Hilfeleistung erst die Sicherung gäbe, aus der man daher alsdann ihre Berechtigung ableiten könnte.⁵

Die Reparationskommission konnte deshalb unter dem Beifall fast des ganzen Auslands die ihr vorgelegte jüngste Denkschrift der deutschen Regierung abermals als ganz ungenügend bezeichnen. In letzter Stunde und eigentlich erst nach Torschluß unterbreitete die Regierung Wirth, mit Zustimmung der damals noch amtierenden sozialdemokratischen Mitglieder, neue, immerhin

4) Weit über Frankreich hinaus wird deshalb im Ausland die folgende Stelle der Wirthschen Denkschrift ganz ungenügend und ausweichend gefunden: »Deutschland wird für 3 bis 4 Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles befreit. Sachlieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld bestritten werden können.«

5) Über die wichtigsten Beteiligten siehe Schippel Amerikas Wirtschafts- und Finanzlage und die Wiederaufrichtung Europas, 79. Heft der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen (Stuttgart 1921).

greifbarere Vorschläge, in denen es über die Budget- und Wirtschaftsbedingungen heißt, die nach dem oben Entwickelten für die Markstabilisierung unentbehrlich sein sollen:

»Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutschland in die Lage versetzt das Gleichgewicht in seinem Haushalt herzustellen, das Anwachsen der schwebenden Schuld aufzuhalten und die Diskontierung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzustellen. . . Die Ursachen der Inflation fallen damit fort. Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt: Aufhebung entbehrlich werdender Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Vermeidung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse, produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität. Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.«

Diese Zusicherungen des guten Willens wird man nur billigen und höchstens durch den Hinweis auf bereits tatsächlich erzielte Ergebnisse in dieser Beziehung verstärkt wünschen können. Wenn aber die Vorschläge als *conditio sine qua non* der Stützaktion die Befreiung »für 3 bis 4 Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles« bezeichnen, so gestehen sie damit selber zu, daß zur »endgültigen Stabilisierung der Mark« mit einer ausländischen Goldmarkanleihe von 500 Millionen Mark, der eigentlichen Valutastützenleihe (neben den 500 Millionen der Reichsbank), in keiner Weise auszukommen sein wird. Denn Frankreich ist nun einmal nicht in der Lage auf weitere 3 bis 4 Jahre seinen Wiederaufbau mit eigenen Mitteln, wenn auch nur vorschubweise, zu vollziehen. Das als unumgänglich verlangte Moratorium kann deshalb bei einer solchen Sachlage nur darauf hinauslaufen, daß Deutschland anleiheweise vom Ausland die Mittel zur Befriedigung Frankreichs erhält, durch die Wiederaufbauzahlungen also zwar seine Zukunft belastet, nicht aber sein laufendes Budget von neuem aus den Fugen getrieben sieht, soweit es selber keine Deckung im Innern zu finden vermag. Dieses die 500 Millionen weit übersteigende Anleiheerfordernis ist, was nicht bestritten werden soll, unter Umständen vom Ausland hereinzuholen. Aber dafür ist wiederum unvermeidliche Voraussetzung, daß das Ausland genügendes Vertrauen zu unserer Wirtschafts- und Produktionsentwicklung zu fassen vermag.

Alle rettenden Auswege vereinigen sich demnach letzten Endes in dieser einen Richtung. Und wenn in der jüngsten, einen unverkennbaren Fortschritt darstellenden Kundgebung der sozialdemokratischen Fraktion einleitend gesagt wird: »ohne eine aktive Währungspolitik ist der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes nicht zu steuern«, und wenn alsdann mit vollem Recht auf die Notwendigkeit der »Produktionssteigerung«, der »Steigerung der Arbeitsintensität« hingewiesen wird, so läßt sich noch viel zutreffender sagen: Ohne eine aktive Produktionspolitik ist jede Währungsstabilisierungspolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt, können deren Erfolge in keiner Weise den voraussichtlichen Opfern entsprechen. Das Primäre liegt auf dem Produktionsgebiet, in der Neugestaltung unserer Arbeits- und Produktionsweise. Was wir als Partei und Gewerkschaft seinerzeit geflissentlich und stets mit Nachdruck mit betonten, brauchen wir heute erst recht nicht zu verleugnen.



LUDWIG QUESSEL · ENGLAND, DEUTSCHLAND UND DAS NEUE EUROPA



KLAR und deutlich haben die englischen Parlamentswahlen das vernichtende Urteil bestätigt, das die außenpolitisch interessierten Kreise Englands schon seit langem über die Politik Lloyd Georges gefällt hatten. Die 346 Wahlkreise, die konservative Abgeordnete in das Unterhaus geschickt haben, brachten damit vor allem und in erster Linie zum Ausdruck, daß sie eine auswärtige Politik, die dem durch den Kriegsausgang bewirkten gewaltigen Machtzuwachs des militärischen Siegers, Frankreichs, und seiner führenden Stellung in dem neuen kontinentalen Bündnissystem nicht hinreichend Rechnung trägt, unter allen Umständen verwerfen.

Die in dem englischen Wahlergebnis liegende Anerkennung Frankreichs als führende Macht des Kontinents hat nichts mit profranzösischer Gesinnung gemein. Die neue Mehrheit des Unterhauses ist gewiß nicht profranzösischer als die alte, und das neue Kabinett hegt für die Staatsmänner an der Seine sicherlich nicht größere Sympathien als das Kabinett Lloyd Georges. In der englischen Anerkennung der leitenden Stellung Frankreichs auf dem Kontinent steckt durchaus keine Sympathie für Frankreichs Aufstieg in Europa. Sie ist vielmehr rein realpolitischer Natur, entsprungen aus dem dominierenden Sinn der Engländer für Realitäten, aus ihrer Vorliebe für facts and things und aus ihrer wunderbaren Fähigkeit feststehende Tatsachen, auch wenn sie ihnen im höchsten Grad widerwärtig und bedrohlich erscheinen, nicht, wie das deutscher Neigung entspricht, etwa unbeachtet zu lassen sondern zu ihnen bestimmt und klar Stellung zu nehmen. Wenn man dem gegenüber einwendet, daß die 346 Konservativen, die jetzt das Unterhaus zählt, doch zweifellos weniger prodeutsch gestimmt seien als die 142 Arbeiterparteilere und 115 Liberalen, die zu ihnen in Opposition stehen, so ist dazu zu sagen, daß die kühle Einstellung der britischen Konservativen gegenüber Deutschland nicht daher rührt, daß sie aufrichtige Freunde Frankreichs sind, vielmehr aus der Erkenntnis fließt, daß bei dem gegenwärtigen kontinentalen Bündnissystem Deutschland ein absolut unzureichendes Werkzeug britischer Machtpolitik in Europa wäre. Das bedeutet aber nun wiederum nicht, daß die Konservativen von einer Schwächung des derzeitigen kontinentalen Bündnissystems absehen wollen. So wenig wie die Liberalen sind auch die Konservativen geneigt die starke Stellung Frankreichs unangefochten zu lassen. Aber sie wollen sie nicht in einer Weise anfechten, die zu einem offenen Konflikt führen könnte, einem Konflikt, bei dem die angelsächsischen Völker schließlich in der Welt gänzlich isoliert daständen. Vor der Konferenz von Mudania, als Rußland offen für die Türkei Partei ergriff und Italien schnell sein Kontingent von den Meerengen zurückzog, war England einer solchen Isolierung schon sehr nahe gekommen. Von Italienern und Jugoslawen, auf die Lloyd George als britische Hilfsvölker gerechnet hatte, im Stich gelassen, sah England sich plötzlich vor einem Kontinent, der der britischen Weltpolitik teils feindlich teils ablehnend gegenüberstand. In diesem von Lloyd George herbeigeführten Zustand sah das britische Volk eine so ganz und gar unbritische Verkennung außenpolitischer Wirklichkeiten, daß es energisch und entschlossen seiner Politik eine

andere Richtung gab und zu diesem Zweck rücksichtslos auch den Mann stürzte, der mehr Macht in England besaß als je ein Mann seit Cromwell, weil, wie der General Hamilton bei der Enthüllung eines Denkmals für die Gefallenen es ausdrückte, das Volk der Ansicht war, daß dieser Mann eine frische Saat von Gräbern zu säen versuchte, noch ehe die Steine auf den alten errichtet sind.

Man wird also daran festhalten müssen, daß die kühle Einstellung des Kabinetts Bonar Law und der neuen Mehrheit des Unterhauses zu Deutschland mit pro- oder antifranzösischen Gefühlen nichts zu tun hat. Sie entspringt der durchaus realen Einschätzung der Machtverhältnisse auf dem europäischen Festland. In dessen Mittelpunkt steht Frankreich: nicht, wie man sich in unheilvoller Verblendung in Deutschland gern einredet, ein Kontinentalstaat mit kaum 40 Millionen Einwohnern sondern ein Weltreich mit nahezu 100 Millionen Bevölkerung. Will man sich die große Macht Frankreichs als Führer dieses neuen Bündnissystems (dem, abgesehen von Deutschland, keine einzige europäische Macht abgünstig gegenübersteht) vergegenwärtigen, so muß man davon ausgehen, daß Frankreich durch sein militärisches Schutzbündnis mit Belgien zunächst einen Revolver (Antwerpen) ständig auf die Brust Englands gerichtet hält. Doch damit nicht genug. Durch die Entente mit der Türkei verfügt Frankreich über einen zweiten Revolver, den es nach Bedarf gegen die britische Einflußsphäre in Vorderasien (Mesopotamien), gegen den Suezkanal und Ägypten und gegen den britischen Einfluß an den Meerengen richten kann. Unverkennbar ist auch ein Zusammengehen Frankreichs mit Japan in Ostasien. Die Freigabe Wladiwostocks nach dem Besuch Herriots in Moskau spricht dafür, daß sie auf französischen Einfluß hin erfolgte, um Japan freie Hand gegen Amerika zu schaffen. Wie die Dinge zurzeit liegen, reicht der japanische Revolver Frankreichs vollkommen aus, um den großen Alliierten Englands, die Vereinigten Staaten, in Schach zu halten, woraus die amerikanische Abneigung sich in europäische Fragen einzunischen zum allergrößten Teil resultiert. Die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs zu Belgien, zur Türkei und zu Japan hätten freilich geringen Wert, wenn England das französische Weltreich, wie zu Napoléons Zeiten, durch europäische Koalitionen jederzeit bedrohen könnte. Man weiß aber in London sehr genau, daß eine europäische Koalition gegen Frankreich zu bilden zurzeit gänzlich unmöglich ist. Die Hoffnungen, die England in Genua auf Italien gesetzt hatte, wurden schmählich enttäuscht. Wie de Facta ist auch Mussolini ein viel zu guter Italiener, um sich darüber zu täuschen, daß in Italien jede Politik, die sich ernstlich gegen Frankreich richtet, zum Scheitern verurteilt ist. Die angebliche Isolierung Frankreichs auf dem Kontinent, von der während der Konferenz in Genua in deutschen Zeitungen so viel geredet worden ist, hat sich längst als eine außenpolitische Seifenblase erwiesen. Man täuscht sich in London jetzt nicht mehr darüber, daß die territoriale Neuordnung Europas, die die Friedensverträge geschaffen haben, keine ephemere Erscheinung ist sondern eine harte, dauerhafte außenpolitische Realität, die durch das neue kontinentale Bündnissystem so mächtig gestützt wird wie in der neuern Geschichte noch nie eine Staatenordnung in Europa gestützt worden ist. Wie Belgien so sehen Polen, Tschechien, Jugoslawien und Rumänien in dieser neuen europäischen Staatenordnung, deren Kennzeichen Frankreichs

Führerschaft in Europa ist, die sichere Grundlage ihrer Existenz. Dieser gewaltige Block von 6 europäischen Staaten (Frankreich, Belgien, Polen, Rumänien, Jugoslawien, Tschechien), der durch Militärkonventionen fest zusammengeschmolzen ist, vermag eine Wehrmacht von 125 Millionen Menschen ins Feld zu schicken, wobei man die 60 Millionen französischer Kolonialbevölkerung noch gar nicht in Rechnung zu stellen braucht. Sieht man von Deutschland ab, so gibt es keine Macht in Europa, die diesen Zustand wieder mit dem balance of power-System unseligen Angedenkens vertauschen möchte. Das sind die neuen europäischen facts and things, die in England jetzt auch the man in the street begreift, von denen aber in Deutschland selbst berufsmäßige Politiker oft noch sehr unklare Vorstellungen haben.

Nicht zu bestreiten ist, daß England unter Lloyd George daran arbeitete dem von Frankreich geführten Sechsmächteblock eine italienisch-deutsch-russische Kombination entgegenzustellen. Wir wissen jetzt aus den Reden Bonar Laws, daß das Auswärtige Amt Englands diesem Plan Lloyd Georges immer ablehnend gegenüberstand, weil es von seiner Unausführbarkeit überzeugt war. Der Verlauf von Genua und besonders die Meerengenkrise, bei der Italien und Rußland sehr schnell Stellung gegen England nahmen, haben dem Foreign Office recht gegeben. Lloyd George, der gegen dessen Ratschläge gehandelt, und damit »eine frische Saat von Gräbern zu säen versuchte«, mußte abtreten. Symptomatisch für die Machteinbuße, die Großbritannien auf dem Kontinent durch das neue kontinentale Bündnissystem erlitten hat, sind die Vorgänge in Griechenland. Neben Deutschland war es nach Veniselos' Rücktritt nur noch Griechenland, dessen Politik proenglisch orientiert war. Wie die Mehrzahl der Deutschen so konnte auch die Mehrzahl der Griechen nicht begreifen, daß ein neues Europa entstanden ist, das England keineswegs wehrlos gegenübersteht und das dessen Vorherrschaft auf dem Kontinent nicht mehr anerkennt. Als Degen des mächtigen Englands glaubte Griechenland sein Spiel nie verlieren zu können. Es stürzte Veniselos, den Anhänger des neuen Kontinentalsystems, und rief Konstantin, das Werkzeug der Engländer, zurück. Jetzt steht Griechenland am Grab seiner Hoffnungen. Seine Großmachtsträume sind ausgeträumt. Nunmehr haben die Griechen begriffen, daß kein Staat Europas bei Strafe seines Untergangs mehr eine Politik treiben kann, die sich gegen das neue Kontinentalsystem richtet. Vor 5 Wochen wurde schon hier in der außenpolitischen Rundschau darauf hingewiesen, daß die Revolution in Griechenland als "Feinde des Vaterlands" alle diejenigen Kreise bezeichnet, die Griechenland in einen Gegensatz zu Frankreich gebracht haben, und daß die führenden Vertreter der proenglischen Orientierung von den Revolutionären verhaftet worden seien und schwere Strafen zu erwarten hätten. Mittlerweile hat in Athen die Hinrichtung der Minister Gunaris, Stratos, Theotokis, Protopapadakis und Baltezzis sowie eines Generals stattgefunden, obwohl England Protest dagegen erhob und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht hatte. Daß die neue griechische Regierung den britischen Botschafter abreisen ließ, zeigt uns, daß in Athen, wo man es mit Entsetzen erlebt hatte, daß der Hilferuf Lloyd Georges in Europa völlig ungehört verhallte, ja noch mehr, daß wie zum Hohn darauf Rom sein Kontingent von den Meerengen zurückzog und Jugoslawiens Minister die Reise nach Paris antraten, man Englands gegenwärtigen Einfluß in Europa

zurzeit nicht sonderlich hoch einschätzt. Die deutsche Presse, die eine starke Neigung hat jeden Deutschen, der, um die Zukunft seines Vaterlandes ernstlich besorgt, einer Einordnung Deutschlands in das neue kontinentale Bündnissystem das Wort redet, als halben Vaterlandsverräter zu brandmarken, konnte sich vor Erstaunen gar nicht fassen, daß man Staatsmännern eine so herrliche Sache wie die proenglische Orientierung als politisches Verbrechen anrechnen könne. Als dagegen Veniselos wegen seiner profranzösischen Orientierung ins Exil gehen mußte, fand man dies in Deutschland ganz in der Ordnung. So sehr man nun auch die Todesstrafe für außenpolitische Vergehen verurteilen, und so sehr auch ihre Vollstreckung in Griechenland jeden fühlenden Menschen auf der ganzen Erde mit Entsetzen erfüllen muß, so kann man doch nicht verkennen, daß von der außenpolitischen Orientierung das Schicksal der Völker in erster Linie abhängt. Das traurige Schicksal Deutschlands ist ja auch letzten Endes auf die proangelsächsische Einstellung Bethmann Hollwegs und seiner Nachfolger zurückzuführen. Freilich läßt diese in ihrer Absurdität keinen Vergleich mit der proenglischen Einstellung der Gegner Veniselos' zu. Diese waren immerhin wirkliche Verbündete Englands, die vom britischen Imperialismus erst preisgegeben wurden, als es Lloyd George nicht gelang Italien und Serbien in den Kampf gegen die Türken zu führen. Bethmann Hollweg und seine Nachfolger haben aber eine Annäherung an England nie erreichen können und sind bei ihrer proenglischen Einstellung immer nur die Genasführten des britischen Imperialismus gewesen. Die Schuld Gunaris' und seiner Mitarbeiter besteht darin die französische Orientierung, die ihnen zu wenig zu bieten schien, durch die angelsächsische ersetzt zu haben, die ihnen vage Aussichten auf den Besitz Konstantinopels eröffnete. Die Schuld Bethmann Hollwegs und seiner Nachfolger ist dagegen darin zu sehen, daß sie in dem Wahn einen angelsächsischen Frieden erreichen zu können Polen gründeten und die Friedensmöglichkeiten, die schon 1916 und dann vor allem im Frühjahr 1917 nach der Friedensproklamation Kerenskij's in Petersburg vorhanden waren, unausgenutzt ließen. So sehr man also auch aus sittlichen und menschlichen Gründen die furchtbare Massenhinrichtung der proenglisch orientierten griechischen Staatsmänner beklagen muß, so kann man doch das Argument ihrer Gegner, daß ihre unheilvolle Orientierung angesichts des neuen Kontinentalsystems Griechenland mit innerer Notwendigkeit ins Unglück führen mußte, nicht entkräften. Für England bedeutet die Haltung der griechischen Republikaner natürlich eine schwere Einbuße seines Ansehens in der Welt. Hat man doch seit den Tagen Napoléons I. nicht mehr Gelegenheit gehabt von einer Anklage wegen proenglischer Orientierung zu hören. Und der Eindruck dieses Vorgangs wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß er sich gerade in dem Land abspielt, daß von allen Ländern Europas dem Zugriff der britischen Flotte am meisten ausgesetzt ist.



WÄHREND England und Griechenland, durch die Macht der Tatsachen gezwungen, eine Neuorientierung ihrer Außenpolitik vornahmen, die den neuen europäischen Realitäten Rechnung trägt, nicht weil man will, sondern weil man muß, vollzog sich in Deutschland ein Regierungswechsel, der allerdings durch innenpolitische Kräfte veranlaßt wurde, in den jedoch auch außenpolitische Motive vielfach hineinspielten.

Von dem neuen Reichskabinettt ist zu sagen, daß zunächst sein Haupt, Cuno, als konsequent proangelsächsisch orientiert gilt. In der deutschen Presse konnte man, als Cuno vom Reichspräsidenten Ebert mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wurde, lesen, daß ihn seine guten Beziehungen zu England und Amerika besonders qualifiziert als Reichskanzler erscheinen ließen. Von guten Beziehungen Cunos zu den Staaten des europäischen Kontinents war dagegen nicht die Rede. Man bemerkte bei den Preßäußerungen über Cunos Kanzlerschaft mit Schrecken, wie stark noch immer in den Köpfen der deutschen Außenpolitiker die Vorstellung spukt, daß in Europa eigentlich alles beim alten geblieben, und daß England nach wie vor auf Grund des balance of power-Systems der Schiedsrichter Europas sei. Daß der Versuch Lloyd Georges durch eine italienisch-russisch-deutsche Kombination das balance of power-System wieder aufleben zu lassen, soeben bei der Meerengenkrise durch den Abmarsch der Italiener und Russen ins französische Lager kläglich gescheitert war, dafür hatte man in Deutschland weder Augen noch Ohren. Die Wahrheit ist, daß der Reichskanzler auf außenpolitischem Gebiet ein vollkommener Laie ist. Weder seine frühere Tätigkeit als Reichsbeamter noch seine Aufgaben in der Hamburg-Amerika-Linie haben ihn in Berührung mit außenpolitischen Problemen gebracht. Geschäftliche Beziehungen zum Ausland bedeuten noch lange nicht Kenntnis der außenpolitischen Fragen. In ihrer Vorbildung besteht eine gewisse Übereinstimmung zwischen Cuno und Bethmann Hollweg, der ähnlich wie jener für das schwierige Amt des obersten Leiters der auswärtigen Politik statt Sachkenntnis lediglich proangelsächsische Sympathieen mitbrachte. Angesichts des Laientums des neuen Reichskanzlers in der auswärtigen Politik erlangt der Posten seines ersten Mitarbeiters erhöhte Bedeutung. Von dem neuen Außenminister von Rosenberg weiß man eigentlich nur, daß er bei der Brester Friedensposse die rechte Hand von Kühlmanns war, der das Werk Bethmann Hollwegs bis zur Vernichtung des alten Deutschlands konsequent fortsetzte. Alles das kann für den, der die neue Weltlage kennt, wenig ermutigend wirken. Es berührt auch eigenartig, daß gerade zu einer Zeit, wo das ganze europäische Festland einschließlich Rußlands immer mehr seine Politik in Paris orientiert, die auswärtige Politik Deutschlands zwei Männern anvertraut wird, von denen man befürchten muß, daß sie die Welt nur durch die angelsächsische Brille sehen können. Selbst der Abgeordnete Stresemann, dem gewiß keiner nachsagen wird, daß er antienglischer Richtung sei, fühlte sich nach Lage der Dinge im Reichstag verpflichtet Cuno und von Rosenberg eindringlich darauf aufmerksam zu machen, daß nicht England sondern Frankreich die führende Macht Europas ist: »Nie war Frankreich so übermächtig in der Welt wie gegenwärtig. Und es hat keine Zeit gegeben, in der Europas Schicksal so in die Hand einer Macht gegeben war wie wir das jetzt sehen. Ob es der Wunsch der englischen Politik gewesen ist einen solchen Zustand zu schaffen, lasse ich dahingestellt. Der Zustand besteht, und der Staatsmann würde nicht realpolitisch handeln, der nicht diese Entwicklung zum Ausgangspunkt seiner Überlegung machte.«

Diese Mahnung wird leicht verständlich, wenn man sich den armseligen außenpolitischen Inhalt der Regierungserklärung näher ansieht. Da stoßen wir zuerst auf die Stelle, in der gesagt wird, daß Deutschland eine »ehrliche, schlichte deutsche Politik« treiben wolle, die »nichts mit den Schlagworten einer Ost- oder Westpolitik zu tun« habe. Man fragt sich, wenn

man diese Zeilen liest, erstaunt, in welcher Zeit ihre Verfasser eigentlich leben. Von einer Westpolitik wurde allerdings in der Vorkriegszeit, als die Entente cordiale England und Frankreich zu einer außenpolitischen Gemeinschaft zusammenfaßte, viel gesprochen. Heute, wo Frankreich die Führung des europäischen Sechsmächteblocks, dem in der Meerengenfrage sich Rußland und Italien angeschlossen haben, übernommen hat, hat dieses Wort jeden Sinn verloren. Kein ernsthafter Außenpolitiker spricht mehr davon. Es wäre auch vollständiger Unsinn heute zugleich eine Annäherung an Frankreich und England zu erstreben. Ebenso kann heute von einer Ostpolitik im Gegensatz zur Westpolitik nicht mehr die Rede sein. In Rußland wird heute jeder ausgelacht, der von einem Kampf der Roten Armee zusammen mit einer deutschen Wehrmacht am Rhein gegen Frankreich spricht. Die Bolschewisten hatten ihn freilich Ende 1918 großartig angekündigt, und nicht wenige Deutsche sahen ihn schon in der Phantasie. Aber alles das ist in Moskau längst als außenpolitische Kinderei abgetan worden. Heute sucht der russische Bolschewismus, wie Trotzki laut verkündet, Annäherung an »die stärkste Macht des Kontinents«. Was Cuno-Rosenberg mit der Beteuerung, daß ihre Außenpolitik mit West- oder Ostpolitik nichts zu tun haben werde, eigentlich sagen wollten, ist daher völlig unbegreiflich. Überhaupt gibt die Erklärung der Regierung keinen Aufschluß über die Richtung ihrer Politik. Die breite Polemik gegen Poincaré erweckt allerdings den Eindruck einer antifranzösischen Orientierung (die Mitteilung der Agence Havas über den Kriegsrat im Elysée war die Antwort darauf), ist aber wahrscheinlich mehr der Ausdruck eines starken Mangels an Sachkunde als einer beabsichtigten Frontstellung gegen Frankreich. Von Ost- und Westpolitik kann heute nicht mehr die Rede sein, weil weder Frankreich mit England, noch Rußland mit Deutschland marschieren will. Heute kann man nur noch davon sprechen, ob sich Deutschland in das neue Kontinentalsystem einordnen oder noch enger an die beiden angelsächsischen Weltreiche anschließen will.

Dieses letzte erscheint vielen Deutschen noch immer erstrebenswert, obwohl jetzt nicht mehr viel Voraussicht dazu gehört zu erkennen, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit England und Amerika die deutsche Republik zum Fremdkörper in Europa machen müßte und ihr damit jede Aussicht nähme die deutsche Wirtschaft wieder auf die Höhe zu bringen. Auch die sogenannte Reparationsfrage darf nur auf diesem Hintergrund betrachtet werden. Ordnet sich Deutschland dem kontinentalen Bündnissystem ein, so bekommt das ganze Problem der Wiedergutmachung sofort ein anderes Aussehen. Neue Möglichkeiten für Schuldherabsetzung und Minderung der deutschen Verpflichtungen ergeben sich, die bei einer angelsächsischen Einstellung unserer Außenpolitik nicht vorhanden sind. Und ebenso würde dann die Angst um die Rheinlande und das Ruhrrevier, die trotz den bestimtesten französischen Erklärungen (wie jetzt wieder, am 9. Dezember, der Poincarés gegen die Lloyd Georgesche Unterstellung) unsere Öffentlichkeit beherrscht, endlich aufhören. Die angelsächsische "Freundschaft" könnte Deutschland ohnehin vor dem Verlust seiner westlichen Gebiete nicht bewahren. Will es sicher sein, daß ihm nichts mehr genommen wird, will es sein Volkstum ungeschmälert retten und seine alte schaffende Kraft wieder erlangen, so gibt es nur einen Weg dies zu erreichen: den Anschluß an das neue Europa durch eine aufrichtige Verständigung mit Frankreich.



BRUNO JACOB · PARTIKULARISMUS UND FÖDERALISMUS IN DEUTSCHLAND

MIT Recht hat der badische Arbeitsminister Wilhelm Engler hier eine scharfe Grenzlinie zwischen dem Partikularismus und dem Föderalismus gezogen.¹ Werden doch beide Prinzipien nur zu leicht und zu oft mit einander verwechselt, sei es, daß Partikularisten, um das Wasser zu trüben, sich des föderalistischen Namens bedienen, sei es, daß Zentralisten keine Grenzlinie zwischen tatsächlichem Partikularismus und dem echten Föderalismus zu ziehen vermögen.

Zum großen Teil liegt die Verkennung des Föderalismus in seiner Flexibilität begründet, die ihn hindert als starres System aufzutreten; denn so viel föderative Staatsformen es gibt, so viel Formen des Föderalismus sind möglich. Diese Verschiedenartigkeit der Auffassungen machte es aber auch möglich, daß der Begriff des Föderalismus als Parteiwort zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern einen ganz verschiedenen Sinn hatte. In der Schweiz wie in Nordamerika waren die Föderalisten bald die Freunde eines festen Bundesgefüges bald die Partikularisten, die auf möglichste Lockerung des einigenden Bandes hinarbeiteten, in kleinlichem Egoismus, wie die südstaatlichen Sklavenhalter, oder im Kantönligeist wie die Schweizer Sonderbündler von 1847.

Die Schwierigkeit den Föderalismus als ein feststehendes Kriterium irgendeiner Verfassungsform anzusprechen, erhellt am besten aus der Betrachtung dessen, was man im Deutschen Reich vor 1918 als Föderalismus ansprechen darf und was nach der Revolution als solcher angesprochen werden muß. Das Reich, so wie es aus den Vorgängen der Jahre 1866 bis 1871 entstanden war, sollte trotz seiner Provenienz aus dem Krieg von 1866 doch in gewissem Sinn eine Fortsetzung (nach dem Willen des Gründers: eine verbesserte Fortsetzung) des Deutschen Bundes sein; darauf weist zum Beispiel das Stimmenverhältnis im Bundesrat hin, das noch klarer in dieser Abhängigkeit wird, wenn ausdrücklich im Artikel 6 der Reichsverfassung von 1871 »die Stimmführung sich in der Weise verteilt, daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau und Frankfurt 17 Stimmen führt«. Die preußische Hegemonialstellung infolge der Annexionen und der später darauf gegründeten Stellung des Königs von Preußen als Deutscher Kaiser war der antiföderative Einspruch, gegen den sich zum Beispiel Gervinus in seiner Denkschrift zum Frieden an das preußische Königshaus im Winter 1870-1871 mit den Schlußworten gewandt hat: »Diesen wahren Bundesstaat unverkennbar zu schaffen gibt es nur ein Mittel: die Herstellung der eingegangenen Staaten.« Unverkennbar lag in dieser Forderung, auf die sich auch die Gegner der Annexionen in Hannover, Kurhessen usw. stützten, und die namentlich in Bayern viel Sympathie fand, eine föderalistische Reaktionserscheinung. Aber es wäre ein glatter Unfug, wollte man darin allein schon das Wesen des Föderalismus, auf Deutschland bezogen, erschöpft sehen.

Constantin Frantz, dessen Schriften und Wirken erst während des Weltkriegs und nachher breitere Kreise zu interessieren begannen, und den man

¹) Siehe Engler *Der deutsche Partikularismus und das Deutsche Reich*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 797 ff.

den Altmeister des Föderalismus nennen darf, sprach sich schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts klar und deutlich darüber aus, daß es mit dem Protest gegen die preußischen Annexionen und auch mit der Wiederherstellung der aufgelösten Staaten nicht getan sei, sondern daß eine föderative Erneuerung Deutschlands ganz andere Voraussetzungen habe. Im Jahr 1875 schrieb Frantz:

»Was sich bei uns als Föderalismus ausgibt, hat allermeist gar keinen eigenen positiven Sinn sondern bedeutet nur das Widerstreben gegen den Zentralismus, wovon der Föderalismus dann nur das Gegenteil wäre. Solches Gegenteil ist aber viel mehr der Partikularismus. Föderalismus ist etwas sehr anderes. Es liegt unmittelbar zweierlei darin: nämlich ebenso die Selbständigkeit der Elemente wie andererseits ihr Zusammenwirken, weil ohne beides eben kein Föduß wäre. Unselbständige Elemente können sich nicht konföderieren, aber wozu konföderierten sie sich wohl, wenn nicht zu irgendwelchem Zusammenwirken? Demnach ist der Föderalismus weder das Gegenteil des Partikularismus noch des Zentralismus sondern zu beiden das höhere Dritte. Wird er nicht so begriffen, so wird er überhaupt nicht begriffen. Und er ist auch wirklich nicht begriffen, sondern was bisher als Föderalismus bei uns auftrat, war nichts weiter als die Selbstgenügsamkeit und Selbstgefälligkeit des Partikularismus. Damit ein rein passives Wesen, welches sich wohl rührt, wenn ihm die Zentralisation auf den Leib rückt und seine Fortexistenz gefährdet. Sein Widerstreben hilft dann aber nichts, sondern die Niederlage ist unvermeidlich, weil der Zentralismus mächtiger ist. Und fügen wir hinzu: Der Zentralismus hat auch dem Partikularismus gegenüber das bessere Recht, weil er allerdings ein höheres Ganze anstrebt, nur freilich von falscher Art, statt dessen der Partikularismus überhaupt keinen Trieb und Sinn für ein höheres Ganze hat. Er will nur sein Fürsichsein, und bleibt ihm das unangetastet, so mag das übrige der liebe Gott besorgen oder allenfalls auch der Teufel holen.«²

In schärfster Form rechnet Frantz dann auch mit dem bayrischen Partikularismus ab, und er fügt mit einem weitem Seitenhieb auf die Hannoveraner hinzu, daß die hannoversche Frage »nur im Zusammenhang der allgemeinen deutschen Frage Sinn und Bedeutung« habe; ein Zusammenhang, auf den die Deutsche Rechtspartei (das heißt eine Partei nicht der Rechten sondern des Rechts), die 1892 bis 1914 bestand, auch durch Tat und Wort hinzuweisen sich bestrebte.

Worauf es ankommt, wenn man den Föderalismus als deutsches Problem auffaßt, das hatte Frantz dann selbst auch wieder ausgeführt in seinem Wahlaufuf an die Föderalisten, wo er mit dem bankerotten Staatensystem in Deutschland rücksichtslos abrechnete, wobei er betonte, daß der Konservativismus auch nicht imstande sei hier Remedur zu schaffen, weil »ihm die auf dem Wiener Kongreß geschaffene Ordnung Deutschlands wie mit einer göttlichen Sanktion bekleidet erschien«:

»War es denn aber wirklich der heilige Geist gewesen, der auf dem Wiener Kongreß präsiidierte? . . . Und waren nicht überhaupt die letzten 2 Jahrhunderte nur eine Periode des fortschreitenden Verfalles des ehemaligen Reiches gewesen, und wie konnte nun all das, was in dieser traurigen Zeit geschehen, und wodurch statt einer naturgemäßen Gliederung vielmehr die naturwidrigste Zerreißung und Verrenkung des deutschen Nationalkörpers entstanden war, hinterer als eine unantastbare Grundlage gelten sollen, wo es doch vielmehr auf die Wiederherstellung Deutschlands nach solcher Zerrüttung ankam?«³

Um hier gleich zu betonen, wie weltenfern der Föderalismus dem Bestreben ist legitimistische Atavismen durch die Jahrhunderte zu schleppen, sei angefügt, wie Frantz über das Staatensystem des Wiener Kongresses, das ja in praxi noch das Großteil von heute ist, urteilt:

2) Siehe *Frantz Aufruf zur Begründung einer föderativen Partel /München 1875/, Seite 2 ff.*

3) Siehe *Frantz Wahlaufuf an die Föderalisten /Leipzig 1877/, Seite 5 ff.*

»Geschichtliche Bildungen waren es freilich gewesen, aber eben geschichtliche Mißbildungen, und sollen sie hinterher für heilig gelten, statt daß sie tunlichst zu beseitigen wären, so muß zuletzt ein Zustand daraus entspringen, der eine gesunde Fortbildung unmöglich und gewaltsame Katastrophen unvermeidlich macht, oder das Nationalleben würde in Stagnation versinken. Und wer wollte wohl leugnen, daß das oft in so wunderliche Lappen zerfetzte Deutschland, die dann ebenso wunderbar zusammengenäht wurden, keineswegs den Anblick einer gottgewollten Ordnung darbietet sondern in vieler Hinsicht als eine Karikatur erscheint? . . . Wäre die Ordnung der Dinge vor 66 eine haltbare und befriedigende gewesen, so wäre sie auch nicht so leicht zu beseitigen gewesen, wie im Jahre 66 geschah.«

Diese Zitate sollen in erster Linie zeigen, wie wenig ein klarer und konsequenter Föderalismus sich mit den *laudatores temporis acti* identifizieren kann, ja wie scharf gerade hier die Grenzlinie zu ziehen ist. Es ist vollkommen richtig, sowohl nach 1815 wie nach 1871, daß, wie Engler betont, den Fürsten »ihre Selbständigkeit höher als das Reichsinteresse« stand. Man braucht das zunächst keineswegs als einen Vorwurf aufzufassen, das liegt im monarchischen System begründet. Es war in gewissem Sinn ein Mittel der Selbsterhaltung, wenn das deutsche Erbfürstentum sich in der Zeit von 1815 bis 1866 gegen jede Bundesreform sperrte; ihr Besitztitel war ein Produkt der Teutschen Libertät, wie sie aus dem Westfälischen Frieden hervorgegangen, und der Besitz ein Ergebnis der Akte von 1806 und 1815, die den Fürsten erst die volle Souveränität verliehen. Es ist darum auch kein Wunder, daß der fürstlich-einzelstaatliche Partikularismus in Preußen und Bayern am kräftigsten wirkte: in Preußen, das als Königreich aus einem nicht zum Reich gehörigen Territorium herausgewachsen war und schon lange vor dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als europäische Macht aufgetreten war, und in Bayern, das erst 1806 ein aus heterogenen Elementen zusammengeschweißter "Staat" geworden war.

DER neue Föderalismus muß ein Gebilde ganz anderer Art zeitigen, als es der alte, auf die Teutsche Libertät zurückgehende zu zeitigen vermochte. Es war ein vollkommen richtiger, geradliniger Gedanke nach dem Umsturz von 1918 die sämtlichen deutschen Einzelstaaten in den Tiegel zu werfen, zu einem deutschen Neuguß, einem Neuguß, der nicht den zentralistischen Einheitsstaat schaffen sollte sondern die Staatsform, die man als den dezentralisierten Einheitsstaat bezeichnen kann. Solche Neugliederung ist in den Sozialistischen Monatsheften sofort verlangt, von den neuen, ängstlichen Machthabern aber versäumt worden. Was von diesem großen Gedanken übrig geblieben ist, fand in dem Artikel 18 der Reichsverfassung seinen Niederschlag, aber es war viel eher ein Begräbnis 1. Klasse als die Wiege eines Neuen. Die Gefahren, die Engler für den Fall einer Volksabstimmung in irgendwelchen Gebieten sehr treffend zeichnet (für Hannover- Niedersachsen wird jetzt diese Frage brennend), und die sich aus der Erregung der Leidenschaften zum Zweck der Agitation pro oder contra ergeben, sind gar nicht zu verkennen. Aber diese Gefahren vorauszusehen war Sache der Gesetzgeber. Wer in den Tagen, die dem Beschluß des Verfassungswerks in Weimar vorangingen, das Feilschen miterlebt hat, das sich um den Artikel 18 entspann, kann nur mit Beschämung daran zurückdenken. Mehr aber noch, wenn er sich dann hierzu den Artikel 167 ins Gedächtnis ruft, der gewissermaßen das deutsche Volk wie ein Kind behandelt, dem man ein Messer erst gibt, wenn es über die ersten Jahre hinaus ist.

Der Artikel 18 war ein Kind der Verlegenheit. Die souveräne Deutsche Nationalversammlung kapitulierte vor dem einzelstaatlichen Partikularismus, der besonders scharf schon in der Stuttgarter Erklärung vom 29. März 1919 in die Erscheinung getreten war. Ein gutes Teil der Revolution von 1918 ist damit verspielt, und wenn heute Bayern auf seine staatlichen Rechte pocht, so ist es eine Folge der damals betriebenen zwiespältigen Politik. Denn damit, daß man einmal die alten "Staaten", angefangen mit Preußen und endend mit Waldeck, bestehen ließ und ihnen Staatencharakter zuerkannte, gab man ihnen die partikularistischen Trümpfe in die Hand, die heute Bayern, formal im Recht, auszuspielen beliebt. Alle Kommentare der Reichsverfassung (so Stier-Somlo, Anschütz, Hatschek) betonen übereinstimmend, daß den »Ländern« nach Artikel 2 der Reichsverfassung Staatencharakter zukomme. Aber nur Hatschek weist auf die darin liegende praktische Unmöglichkeit hin.⁴ Nicht bloß das Gesamtvolk soll souverän sein, sondern auch das Volk jedes Gliedstaats, und es soll Rechte besitzen, die von niemandem, auch nicht von der Reichsgewalt, abgeleitet sind. Das ist eben die Souveränitätsteilung als politisches Prinzip. Aber diese ist bei parlamentarischem Regime in sich widerspruchsvoll. Die Reichsverfassung will ein unlösbares Problem lösen. So sind die Ursachen der Reibungen des Reichs mit Bayern darin zu sehen, daß beide Parteien *formal* im Recht sind; das tatsächliche bessere Recht liegt zwar beim Reich, aber auch Bayern kann den Staatencharakter der Länder stets zu seinen Gunsten anführen.

Nicht mit Unrecht wird darauf hingewiesen, daß Preußen allein im Reich aufgehen zu lassen (um diese Terminologie vom Jahr 1848 zu verwenden) nicht möglich sei, solange Bayern noch in seinem staatlichen Bestand erhalten bliebe. Das ist richtig. Es gibt keinen "Staat" im alten Sinn, der von einer solchen deutschen Neugliederung unberührt bleiben dürfte (über einzelne Grenzl意思ien der neuen "Länder" kann man verschiedener Meinung sein). Aber es wäre ein Unsinn, wollte man die »geschichtlichen Mißbildungen«, um mit Frantz zu sprechen, noch weiter erhalten.

Zwar ist der revolutionäre Elan von 1918, wenn er je vorhanden war, bereits längst verflogen. Aber es ist nicht so, daß das Reich nun für Zeit und Ewigkeit auf die damals gewordenen oder erhaltenen Zustände festgelegt wäre. Der verfassungsmäßige Weg geht über den Artikel 76 der Reichsverfassung, die Kompetenzkompetenz liegt beim Reich, das selbst die Regelung auch dieser Frage, das heißt des künftigen Bestandes von Ländern im Sinn des Staatenrechts, erneut in Fluß bringen kann. Die Anregung Englers, der Reichstag solle eine Körperschaft einsetzen, die Vorschläge für eine Neugliederung mache, zeigt den sympathischsten und meines Erachtens auch den einzigen bedenkenlos gangbaren Weg. Dann wäre es möglich die vielfach sich kreuzenden Interessen von hoher Warte aus zu behandeln und namentlich auch die ungleichmäßige Gestaltung der neuen Selbstverwaltungsgebiete tunlichst auszuschließen. Um zum Beispiel noch einmal auf Bayern hinzuweisen, so muß hier eine scharfe Grenzlinie gezogen werden, die Altbayern von Franken ebenso trennt wie sie Bayrisch Schwaben mit dem übrigen Schwabenland zusammenbringt. Ebenso darf nicht der hessische Brückenstaat, der eine Mainbrücke sein muß, schon am Main enden, wie das rheinische Projekte vorsehen, die Rheinhessen und Starkenburg für ein hypertrophes Rheinland reklamieren, dessen Größe am Rhein ein zweites

4) Siehe *Hatschek Deutsches und preußisches Staatsrecht I* /Berlin 1922/, Seite 67.

Bayern schüfe. Aber auch die Treibereien in Südthüringen, die darauf abzielen weitere Gebiete des Landes Thüringen zu dem vollkommen stammesfremden Bayern zu schlagen (auch auf dem Weg über den Artikel 18), sollten die Reichsregierung anspornen ihrerseits bald selbst die deutsche Neugliederung zu fördern, damit die dauernde Beunruhigung Deutschlands beseitigt und eine Konsolidierung der Länder ermöglicht werde.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß *alle* partikularistischen Aspirationen ohne Ausnahme von dem überlebten Staatsgedanken ausgehen, an den sich die Länder klammern. Nichts würde dem Gedanken der Reichseinheit mehr dienen, als wenn das Reich den, in dem neuen Föderalismus beschlossenen Gedanken einer vollkommenen Neugliederung aufgreift und, statt des Artikels 18 in seiner unglückseligen Fassung, von sich aus mit fester Hand und nach einem wohlwogenen Plan die Neugliederung des Deutschen Reichs (die dann auch die Wiedervereinigung Deutsch Österreichs mit Deutschland leicht machte) vornähme und damit den Reichsgedanken erfüllte.

SAINT-GEORGES DE BOUHÉLIER · KLAGE DES WANDERERS AUF DER LANDSTRASSE · ÜBER- TRAGEN VON MAX HOCHDORF

MEIN Bruder, steht am alten Weg und Steg
Nicht irgendwo ein Haus den Gast zu hegen
Mit sanftem, friedebringendem Geheg,
Naht er, geschwächt von Wanderung und Wegen?«

»Mein Bruder, nach der Zeiten Kampf und Haß
Kommt auch des Glückes glanzbeflimmert Wellen.«

»Mondglimmen, das nur matt und todesblaß,
Bringt meinem Aug schon Grämen und Vergällen.«

»So wäre nichts, das trostvoll dich erquickt?

Verschüttet jeder Sinn, jedwedem Wollen?«

»Die Schickung, von der Gottheit mir geschickt,
Ist Schicksal nur, gefügt aus Wut und Grollen.«

»Armselge Seele, eines Tages wirst
Zur letzten Reise du auch auserkoren.«

»Ach, säh' ich Rettung schon auf lichtigem First,
Mein Sein zu opfern vor des Todes Toren!«

»Was du gesündigt, ist nur leicht und lind.
Es kann der Gottheit Güte schwerlich lähmen.

Sieh Himmelsporten, die erschlossen sind!«

»Darf ich denn noch den Weg zum Himmel nehmen?«

»Mein Bruder, Zuflucht höchsten Prunkes prangt
Für Herzen deiner Trauer noch im Eden.«

»Wer müd wie ich, ist längst dahingelangt,
Daß stumpf er sich ergibt in Schimpf und Schäden.«

»Wozu, in Träumen bohrend, sich verfluchen?«

»Was ich erlitt, ist mehr als Todespein.

Ich suche sie, ich muß sie ewig suchen.

Wie find ich sie? Verloren lockend Sein.«

»Tu auf das Aug! Am Firmamente blinkt
Des Himmelslichtes vielverheißend Prunken.«

»Wo ihres Blickes lichtet Leuchten winkt,
Ist jedes Glänzen finster und versunken.«

»Es singt im Himmel sanfter Lindrungssang.«

»Ein Laut von ihrem Mund kann tiefer rühren

Denn aller Tröstung Sang und Abgesang,

Den Engelschöre harfen und vollführen.«

»Mein Bruder, trotzdem harrt am alten Steg

Ein Haus, die letzte Hausung dir zu schenken.«

»So zünde Todeskerzen, mich zum Weg

Des Nichts erlösend hinzulenken.«

HERMANN SCHÜTZINGER · DIE GESTALTUNG DER POLIZEI UND DER WEHRMACHT IN DER DEUTSCHEN REPUBLIK



NACH dem Zusammenbruch des alten Staats und seines Heers wurde die deutsche Sozialdemokratie als Hauptträgerin der Republik vor Aufgaben gestellt, die sie zu lösen weder vorbereitet noch vorgebildet war. Seit Jahrzehnten hatte sie in schärfster Opposition zum Militärsystem der großpreußischen Monarchie gestanden, die Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Wehrmacht finden sich in den Parteitagsprotokollen und Parteihandbüchern lediglich unter dem Kennwort Militarismus. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie sahen in der kaiserlichen Armee nur ein Kampfinstrument des kapitalistischen Staates gegen die Arbeiterklasse und brachten dies durch die Ablehnung des Militär- und Marineetats zum Ausdruck. Das Ideal unserer Führer aber blieb nach wie vor die "Miliz", die Volksbewaffnung nur zum Schutz der eigenen Grenzen nach Schweizer Muster. Anregungen zu richtigerer, neuzeitlicher Auffassung des Wehrwesens, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften gegeben wurden, riefen in der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit nur fassungslose Entrüstung hervor.¹ So wurde eine wirkliche innere Umbildung der deutschen Armee zu einem Instrument wahrhafter nationaler Verteidigung unterlassen. Das deutsche Wehrsystem zerbrach im Weltkrieg.² Nun hatten wir die Freiwilligen- und dann die Söldnertruppe. In jenen Sturmtagen, in denen der allein als Vertreter des alten Systems äußerlich kenntliche Offizier mit Achselstücken und Schußwaffe die Empörung der ausgehungerten und mißleiteten Volksmasse auf sich zog, mußte die vor eine unlösbare Aufgabe gestellte Führung

1) Siehe Schippels Isegrimskizze War Friedrich Engels milizigäubisch?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1898, Seite 495 ff., und die Debatte darüber auf dem Parteitag in Hannover /1899/.

2) Siehe Schützinger Die deutsche Heeresmaschine, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 I, Seite 22 ff.

der Partei experimentieren. Die Zeit, in der die Soldatenräte herrschten und die Kommandogewalt der militärischen Führer durch Ausschüsse irgendwelcher Art beschränkt war, mußte ebenso wie überall, selbst im "kommunistischen" Rußland, überwunden werden und einer in ruhige Bahnen gelenkten Umorganisation Platz machen. Diese Umbildung, die nur unter der tätigen Mitwirkung des Offizierkorps hätte ermöglicht werden können, war für den Genossen Noske in der kurzen, ihm zur Verfügung stehenden Zeit eine unlösbare Aufgabe. Offiziere, die im Dienst der Republik gegen deren Feinde erprobt waren, gab es nicht. Immerhin hat sich dann ein Kern republikanischer Militärsachverständiger gebildet. Das Vertrauensverhältnis zwischen diesem Führerstab und den leitenden Köpfen der deutschen Sozialdemokratie gilt es vorerst zu pflanzen und zu vertiefen. Dann können wir an die schwere Arbeit der Republikanisierung der Wehrmacht, Reichswehr und Polizeiwehr herangehen. Hierzu brauchen wir vor allem aber klare Ziele.

Innerhalb unserer Partei besitzen wir auf dem Gebiet der Wehrreform überhaupt noch kein klares Programm. Unsere Presse betrachtet ihre Aufgabe größtenteils als erschöpft, wenn sie über Ludendorff, Wilhelm II. und den Militarismus im allgemeinen herzieht und dadurch den verständigen Teil des ehemaligen Offizierkorps immer wieder abstößt. Eine Einheitlichkeit ist aber selbst in diesem "Feldzug" nicht zu finden. Während die Münchener Post in heißem Liebeswerben um die Zuneigung der ehemaligen Offiziere ringt, kämpft im Hamburger Echo ein überradikaler Pazifismus mit einem vernünftigen wehrpolitischen Reformismus. Für unsere Wehrpolitik muß auch der Grundsatz gelten sie in organischer Entwicklung zu unserm Ziel zu führen. Mit dem Schlagwort "Die Internationale des Proletariats gegen die Internationale des Kapitalismus!" läßt sich keine praktische Außenpolitik treiben; indem man jegliche bewaffnete Macht ablehnt, kann man internationale Konflikte nicht verhindern. »Der Widerstand gegen den Krieg hat sich« wie Léon Jouhaux als Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 28. Oktober in Genf ausführte, »bisher mehr auf dem Gebiet des Gefühls betätigt als in einer wirklichen Friedensorganisation Ausdruck gefunden . . . Eine übernationale Autorität setzt eine übernationale Wehrmacht voraus. Für uns gilt es dann darüber zu wachen, daß diese Wehrmacht nicht in den Dienst irgendwelcher Einzelinteressen gestellt wird.« Die Ersetzung der zwischenstaatlichen Anarchie durch die Herrschaft des Rechts läßt sich aber nur durch die Erstarkung der nationalen Demokratien, die Höherbildung der Gemeinschaft freier Staatsbürger zur Gemeinschaft freier Weltbürger erreichen. Man darf nicht den Fehler machen heute schon Formen zu verlangen, an denen die Menschheit sich in ferner Zeit erfreuen wird, und zwar nur dann erfreuen wird, wenn sie in den Geist hineingewachsen ist, der solche Formen verlangt und bedingt. Ist unsere Erde in großen Wirtschaftsimperien organisiert (von denen heute 2 der wichtigsten: das Russische Reich und Kontinentaleuropa, noch nicht zu sehen sind, weil das eine durch Deutschland, den Bolschewismus und England zerstört ist, das andere durch England, den Bolschewismus und Deutschland an der Bildung gehindert wird), so kann sich darauf ein *wahrer* Völkerbund aufbauen. Und haben wir diese Weltorganisation, dann freilich, aber auch nur dann, braucht das Einzelvolk seine Soldaten nicht mehr. Bis wir so weit sind, hat sich ein aufstrebendes Volk die Grundelemente seines Aufstiegs und seines Besitzes selbst zu sichern.



OLIZEI, Polizeiwehr und Reichswehr stellen die staatliche Exekutive der Republik dar. Ihre Aufgaben sind verschieden, der selbe Geist muß sie aber beherrschen, wenn die einzelnen Organe zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität reibungslos ineinandergreifen sollen. Der Polizeibeamte ist Hüter des Gesetzes, Schützer und Berater der Bevölkerung in ruhigen Zeiten; bei größeren Aufläufen und Unruhen steht zur Stütze seiner Autorität die Polizeireserve, die Schutzpolizei, hinter ihm. Erst bei Ausbruch von Aufständen eines gewissen Umfangs sowie bei Bedrohung der deutschen Grenzen vom Ausland her tritt die Reichswehr in Aktion. "Ruhe und Ordnung!" war die Parole, mit der ein volksfremder "Polizeiher" die Massen knebelte. Da, wo die Arbeiterschaft aber Hand an die staatliche Exekutive gelegt hat, in den Industriezentren Mitteldeutschlands, Rheinland-Westfalens und in den deutschen Hafenstädten, da muß diese Parole umgewandelt, mit dem lebendigen Geist eines aufrechten, mitschaffenden und mitverantwortlichen Gemeinsinns erfüllt, aus einem Schreckmittel für Untertanen und Knechte zum Wahrzeichen der Volkssouveränität gemacht werden. Für uns bedeutet sie den Arbeitsfrieden für das schaffende Volk und das notwendige Instrument für dessen sozialen Aufstieg. Die Aufrechterhaltung dieses Arbeitsfriedens muß unter möglichster Abstreifung der äußerlichen Schlacken des alten Obrigkeitsstaats und so durchgeführt werden, daß dem Produktionsapparat ein Mindestmaß von Kräften entzogen wird. Das autonome schaffende Volk soll in seinem von ihm bestellten Polizeibeamten in erster Linie den helfenden und schützenden Staatsbürger in Uniform sehen. Der von uns unseren Beamten auferlegte Dienst aber soll die rationellste Ausnutzung der Polizeikräfte gewährleisten und erzieherisch auf die Massen wirken, so daß Einschreiten mit roher Gewalt zur seltenen Ausnahme wird.

Die deutsche Schutzpolizei ist ein Produkt der inneren Erschütterungen der Jahre 1918 bis 1920. Sie war eine "Organisation für den Kriegsfall", das Reservoir der Kampfesreserven im Bürger- und Straßenkampf. Das Beispiel Hamburgs verdeutlicht uns ihren Werdegang und fordert uns förmlich zur Kritik dieses Ergebnisses der Umsturzperiode der Nachkriegszeit heraus. Preußen, der größte deutsche Bundesstaat, geht schon längst dazu über bei der Umbildung seiner Polizei nicht allein die Aufrechterhaltung gewisser unumgänglich notwendiger Polizeikampftruppen zu berücksichtigen sondern auch die Angehörigen dieser Verbände auf den Einzeldienst als die Hauptaufgabe polizeilicher Tätigkeit einzustellen. Selbstverständlich müssen bei der Polizeireform die verschiedenartigen Sicherheitsbedürfnisse der einzelnen Länder auf landesgesetzlichem Weg berücksichtigt werden. Die Interalliierte Kontrollkommission will die schematische Zurückführung der deutschen Polizeiorganisation auf den Stand von 1913; als Ordnungstruppe" erkennt sie nur die Reichswehr an. Die innenpolitischen Verhältnisse haben sich aber seit 1913 gewaltig verändert. Konnten früher im Polizei- und Militärstaat die Geheimräte und Generale die Masse des politisch größtenteils indifferenten Volks unter dem Druck der gewaltigen Militärmaschine mit Hilfe geringer Schutzmannsaufgebote "regieren", so ist jetzt der junge Volksstaat und seine Autorität gegen Beschimpfungen und Gewaltakte in umfassendem Maß zu schützen. Explosionen solcher Art in den Großstädten lassen sich aber nicht durch die in Provinz- und Grenzgarnisonen untergebrachte Reichswehr hintanhaltend. Deshalb brauchen wir zweifellos

eine militärisch geschulte Polizeireserve. Doch muß, bei unserm magerem Staatssäckel, auf rationellste Verwendung der Polizeikräfte gesehen werden. Ein Altonaer blauer Beamter leistet in 24 Dienststunden 13 Straßendienst- und 11 Bereitschaftsstunden, ein Sicherheitspolizeibeamter in Hamburg 8 Straßendienst- und 16 Bereitschaftsstunden. In einem Zeitraum von 72 Stunden leisten also in Altona 162 blaue Beamte 2106, 210 grüne Beamte aber nur 1680 Straßendienststunden. Die 48 Stunden der wachfreien Zeit, die von der blauen Polizei zur Erledigung polizeimäßiger Tätigkeit benutzt werden, werden zudem von der Schutzpolizei nur zur Instruktion, zum Sport und Waffendienst verwandt. Hier wird man einsetzen müssen, um neben den nicht zu entbehrenden kurzen militärischen Übungen durch kräftigere Heranziehung zum reinen Polizeidienst eine intensive polizeitechnische Ausnutzung der Beamten zu erreichen. Dieses Ziel kann nur durch die zu *allen* Dienstzweigen zu verwendende *Einheitspolizei* erreicht werden.

Die Zusammenziehung von Bereitschaften im Augenblick drohender Unruhen ist zweifellos jetzt noch ebenso notwendig wie 1919-1920. Nirgends aber ist doch der Polizeibeamte gefechtsbereiter als im Straßendienst und als Träger des vorbeugenden Polizeidienstes im Einheitsrevier, das heißt in der gemeinsamen Wacht- und Dienststube der blauen, grünen und Kriminalpolizei. Hier kann der junge Schutzpolizeibeamte von seinem polizeilich ganz anders geschulten Kollegen nur lernen. Die Tatsache, daß zum Beispiel in Altona die doppelte Anzahl grüner Beamter kaum halb so viel strafbare Vorgänge zur Anzeige bringt wie die blaue Polizei, sagt allein genügend. Die deutsche Arbeiterschaft hat absolut kein Interesse daran polizeilich unproduktive Schutzpolizeigarnisonen mit teurem Geld zu erhalten, damit die Beamten dieser Kategorie die kostbare Arbeitszeit mit Kasernendienst und Fußballsport vertun. Die Einheitspolizei, zusammengesetzt aus Beamten, die in allen Gebieten des Polizeidienstes geschult sind und bei drohender Störung der öffentlichen Sicherheit zu geschlossenen Polizeireserven zusammengefaßt werden, muß uns bei allen Reformvorschlägen vorschweben.

Wir brauchen, um es noch einmal zu sagen, vor allem klare Ziele, zu denen wir die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Ringen um die politische Macht emporführen wollen. Trotz allen Vernunftgründen und Mahnungen unserer Parteileitung und in verantwortlichen Staatsstellen sitzender Genossen konnte sich der tätige, aufstrebende, qualifizierte deutsche Handarbeiter nicht entschließen in Massen in das Söldnerheer der Reichswehr einzutreten. Der niedrige Arbeitsverdienst und die Eintönigkeit des Berufs hielten ihn davon ab. Sollen wir durch die Aufrechterhaltung der uns aus politischen Gründen leichter zugänglichen Schutzpolizei aus Parteigenossen neue Landsknechtsexistenzen schaffen, oder sollen wir andere Wege gehen, um aus den besten Elementen der deutschen Arbeiterschaft heraus eine Kerntruppe zum Schutz der Republik zu bilden? Je mehr wir den Polizeiberuf vertiefen und erweitern, um dem vorwärtsstrebenden deutschen Arbeiter ein Feld der Tätigkeit in allen Sparten des Polizei- und damit auch des Verwaltungsdienstes einzuräumen, desto lebendiger und wertvoller wird der Strom, der auf diesem Weg von der Hand- zur Kopfarbeit Polizei und Verwaltung durchfließt. Die Leiter der Hamburger Schutzpolizei zum Beispiel haben durch die Einrichtung eines kostenlosen Einjährigenexamens, durch Beförderung von 81 Unter- zu Oberbeamten, durch Weckung des Bildungstrebens schon Großes geleistet.

Um der Arbeiterschaft den Eintritt in eine derartig ausgebaute Polizeiorganisation zu erleichtern, muß man sein Augenmerk auf die Anstellungs- und Versorgungsverhältnisse richten. Das Schutzpolizeibeamtengesetz vom Juli 1922 hat eine große Enttäuschung unter der Beamtenschaft hervorgerufen. Das Gesetz sieht zwar für Oberbeamte (Offiziere) eine lebenslängliche Anstellung vor, aber das Gros der Unterbeamten ist danach nach 12jähriger Dienstzeit zu entlassen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Augsburg wandten sich nicht weniger als 5 Ortsgruppen (Erfurt, Weimar, Ostachsen, Bremen, Breslau) gegen das Gesetz. Dieses tritt automatisch mit dem 31. Dezember 1925 außer Kraft. Bis dahin gilt es die Schutzpolizei von unzuverlässigen Elementen aller Dienstgrade zu säubern und dann ein neues Anstellungsverhältnis, am besten in Form der Einheitspolizei, zu schaffen. Ich möchte hier nicht die Stellung der Sozialdemokratie zum Beamtenproblem erörtern. Jeder, der als Hand- und Kopfarbeiter im freien Beruf tätig war, kennt die Vorteile und Nachteile dieser wirtschaftlichen Existenz. Zur Erziehung einer mit der Republik verwachsenden tätigen Einheitspolizei leistet die Beamtenstellung, die den aufwärtsstrebenden Staatsdiener von wirtschaftlichen Sorgen unabhängig macht, gute Dienste. Als Ziel der Partei aber möge folgender Polizeireformvorschlag kurz zusammengefaßt werden: Schaffung einer Einheitspolizei; die jüngsten Jahrgänge zusammengefaßt in einer Schulpolizei, die nächsten Jahrgänge in einer Reserve- oder Bereitschaftspolizei; Zusammenfassung des gesamten praktischen Einzel- und Gruppenpolizeidienstes in einem "Einheitsrevier"; Überführung sämtlicher befähigter Beamten in Kriminal-, Gewerbe- und Spezialpolizei unter lebenslänglicher Anstellung vom 30. Lebensjahr ab; Schulung und Ausbildung für den mittlern und höhern Verwaltungsdienst sowie für Oberbeamten- und Offiziersdienst in Wehrmacht und Polizei. Damit wäre eine Elite tüchtiger und energischer Führerköpfe in den Wachtstuben der Polizei geschaffen.



B man Polizei- und Wehrmacht im monarchistischen oder republikanischen Sinn umbildet, das hängt lediglich von der politischen Macht ab, die man besitzt. Je kleiner der Wehr- oder Polizeikörper ist, desto rascher werden Truppe und Beamtenschaft umgebildet werden. Die politische Macht über die gesamte Reichswehr übt der Reichswehrminister im Auftrag der Reichsmehrheit aus; die politische Richtung gibt eine Einzelpersonlichkeit mit wenigen Vertrauten, der ihm unterstellte Apparat dehnt sich über das ganze Reich aus. Die Polizei dagegen wird von den Landesparlamenten aus beherrscht; je kleiner das Land ist, desto intensiver wirkt hier der politische Druck (siehe Hamburg, Braunschweig); selbst in Mittelstaaten läßt sich der Polizeikörper noch weitgehend von den parlamentarischen Kraftfaktoren beeinflussen (siehe Sachsen und Thüringen im republikanischen und Bayern im reaktionären Sinn). Diese Tatsache muß uns die Richtlinien für den Republikanisierungsprozeß der Reichswehr geben. Ein republikanisches Truppenoffizierskorps läßt sich unter den heutigen Verhältnissen nun einmal nur in der Schutzpolizei heranbilden. Hier ist mit der Isolierung des Republikaners bereits in den meisten Ländern gebrochen worden. Die Verpflanzung vereinzelter Republikaner in die Reichswehr ist völlig zweck- und sinnlos. Es gibt da tausendfältige Mittel, um diese unbequemen Elemente zu quälen und jedenfalls kaltzustellen. Selbstverständlich würden solche armen Opfer verlästert und disqualifiziert werden; das geht nirgendwo so

einfach wie beim Militär. Nein, hier kann nur eine großangelegte Reformaktion etwas helfen. Zunächst gilt es in der uns zugänglichen Schutzpolizei 200 bis 300 tüchtige, militärisch begabte, verlässliche Offiziersanwärter und Offiziere heranzubilden. Denn nicht allein die Gesinnung darf für die Besetzung wichtiger Posten der Reichswehr ausschlaggebend sein, sondern die berufliche Eignung, das militärische Können. Dieses republikanische Truppenoffizierskontingent, herausgebildet aus Polizei und Polizeiwehr, ist für die Reformaktion bereitzuhalten. Man wende nicht ein: Der Dienst in der Polizeitruppe ist ein anderer, wir können die Leute in der Reichswehr nicht gebrauchen. Den Offizier der Schutztruppe der Republik erzieht man nicht mehr mit Generalstabsreisen und Kriegsspielen, mit Strategie und einem übergroßen Ballast an Taktik und Waffenlehre, sondern indem man ihm tiefgehendes allgemeines Wissen verschafft, ihn mit den Sorgen und Nöten des Volkes vertraut macht, aus ihm eine Führerpersönlichkeit gestaltet. Die Reformaktion darf aber nicht allein von unten, sie muß auch von oben vorbereitet werden. Das Instrument zur Ausstrahlung der politischen Macht muß verbreitert werden. Während der Reichswehrminister als einzige politische Persönlichkeit in einem rein militärischen Stab seinen Einfluß im Namen der Regierungskoalition ausübt, vermögen die kleineren Staaten in viel kleinerem Maßstab der ihnen unterstellten Polizeiwehr ihren Willen aufzuzwingen; so Hamburg durch den Polizeipräsidenten, den Polizeisenator und die verschiedenen politischen Dezernenten. Dem Reichswehrminister müssen 2 oder 3 politische Beamte, verantwortlich für ihre Ressorts, vor allem das Personalressort, zur Seite gestellt sein. Die Schaffung einer gewissen Anzahl politischer Staatssekretäre im Reichswehrministerium bedeutet keineswegs die "Politisierung" der Wehrmacht. Eines allerdings soll sie zur Folge haben: die Republikanisierung. Dem einen Staatssekretär könnte das Personal-, dem andern das Bildungsreferat übertragen werden. Haben wir so oben die parlamentarische Spitze der Reichswehr verbreitert und zur Besitznahme der wichtigen Truppenführerstellen das nötige Offiziersmaterial bereitgestellt, dann kann die Reformaktion beginnen. Die Bedenken der Interalliierten Kontrollmilitärkommission gegen die Übernahme von Polizeioffizieren in die Reichswehr werden zweifellos zurückgestellt werden. Das Verbot entsprang ja nur der Idee, daß die Schutzpolizei durch den Offiziersaustausch nicht in militärischen Zusammenhang mit der Reichswehr kommen dürfe, ging also von ganz anderen Gesichtspunkten aus.

Die Reformaktion muß mit der Bildung der Staatssekretariate im Reichswehrministerium beginnen. In jedem Stab der Reichswehrdivisionen und -brigaden ist dann für einen überzeugten Republikaner eine Stelle als Kommandeur oder Generalstabsoffizier freizumachen, ihm ist Einfluß auf das Personal- und Bildungsreferat zu verschaffen. Im übrigen ist ganz systematisch an die Republikanisierung des Truppenoffizierkorps heranzugehen, und zwar divisionsweise. Von der mehr gewaltsamen Methode der völligen Auflösung aller Verbände und deren Ersatz durch neue ist zu warnen. Dem Umbau der 1. Division müßte in einem angemessenen Zeitabschnitt die Umbildung einer 2. und 3. Division folgen, bis in einem Zeitraum von etwa 5 Jahren die Hauptarbeit der Reform geleistet ist. Ein guter Teil des Offizierkorps wird dann republikanisch werden, die Mannschaft wird dies zweifellos in überwiegender Zahl sein, und damit wäre der Nachersatz für ein von unten aufsteigendes republikanisches Offizierkorps geschaffen.

Daß diese Reichswehrreform sich gut durchführen läßt, dafür möchte ich einige Stimmen militärischer Führer sprechen lassen. »Ich glaube«, schreibt der General von Schoenaich, »daß man die Offiziere der Reichswehr sehr schnell sanieren könnte, wenn man die nötige Anzahl kluger, taktvoller Republikaner hineinversetzte. Das Hauptübel sind die Regimentsvereine. Die terrorisieren die Offiziere der Reichswehr ganz furchtbar. Ich kenne einige ganz verständige Reichswehroffiziere, die nur aus Furcht vor diesem Terror ihrer alten Kameraden nicht nach außen republikanische Farbe bekennen. Ich glaube bestimmt, daß die meisten Offiziere im Grund verständig und noch bildungsfähig sind. Wenn ich sie mir nur einmal vornehmen könnte, mache ich mich anheischig sie sehr schnell umzustimmen. Das wissen deren radikale Führer auch.« Und der Polizeioberst Lange äußert sich also: »Meinungsverschiedenheiten über die Reichswehr kann es für jeden ernsthaften Republikaner nicht geben. Die Gefahr liegt ausschließlich im Offizierkorps, das stark gelichtet und aus den Reihen der Reichswehrunteroffiziere vornehmlich ergänzt werden müßte. Ist erst die Mehrzahl der Offiziere republikanisch gesonnen, dann wird es sich herausstellen, daß die Mannschaft gar nicht daran denkt monarchistisch zu sein. Jetzt ist sie es nur unter dem Druck der Offiziere.«



UBER all den Kämpfen des politischen Alltags darf die deutsche Arbeiterklasse als Trägerin des neuen Staatsgedankens nicht vergessen, daß sie die Bleibsel des alten Obrigkeitsstaats, darunter auch die Wehrmacht, fortentwickeln muß für deren höhere Sendung Werkzeug des nationalen und internationalen Rechts zu werden. Reichswehr und Polizei gilt es mit einem neuen Geist der Verantwortlichkeit gegenüber Volk und Staat zu erfüllen. Das ist eine Sache der Organisation und der Erziehung. Die neue Armee war das Ziel Jean Jaurès', die Armee der nationalen Verteidigung und der internationalen Verständigung. Jaurès' Streben galt der Veredelung und der Gesundung des nationalen Gedankens. Soll diese Wirklichkeit werden, so muß ein neues Europa erstehen, aufgebaut auf der Produktionsidee. Der Zusammenschluß des europäischen Kontinents zu einem Wirtschaftsorganismus ist die Vorbedingung des neuen, des erst zu schaffenden Völkerrechts. Das ist die politische Aufgabe, die unserer Generation gestellt ist. Zu ihrer Lösung bedarf es eines neuen Geistes, der alle ihre Glieder erfassen muß, eines Geistes, ähnlich dem Gluthauch, der die Armee der großen französischen Revolution durchlohte, des Geistes von 1789: der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, des Geistes der französischen Proletarierbataillone, geführt vom Kellner Murat, vom Färber Lannes, vom Hausierer Ney, vom Landstreicher Masséna, vom Kommis Oudinot, von den geweckten Proletariern und kleinen Bürgern der Pariser Vorstadt, die alle in der Napoléonischen Armee den Marschallstab im Tornister trugen. Die Liebe zur Freiheit und zum Vaterland hatte die Bürger der französischen Republik zu den besten Soldaten der Neuzeit gemacht. Sie kämpften für eine höhere Idee. Die deutsche Republik, in Not und Zusammenbruch geboren, nicht aus drängendem Freiheitswillen erschaffen, muß sich mit jenem Geist erfüllen. Die Gestaltung ihrer Polizei und Wehrmacht ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Aufgabe muß klar erkannt, darf nicht durch Schlagworte wie Militarismus und Pazifismus verdunkelt werden.



LUDWIG HILBERSEIMER · SCHÖPFUNG UND ENTWICKELUNG

KUNST geht aus Mythos hervor. Ihre Absicht ist zu bannen, in Ekstase zu versetzen. Als Mittel dazu dienen ihr Farbe und Form, von den Uranfängen an bis zu den Gestaltungen der Gegenwart. Immer ist sie Ausdruck einer Weltanschauung, ein Symbol geistigen Erlebens, eine Verdichtung intuitiver Erkenntnisse, ein Abbild der gesamten menschlichen Beziehungen zum Kosmos.

Einfach liegen die Verhältnisse bei den sogenannten primitiven Völkern. Bei ihnen besteht die Einheit der Gesinnung des Wollens und Tuns. Ihre Kunst ist vor allem religiös bestimmt; sie ist Verbildlichung der tiefsten Empfindungen, die dem religiösen Bewußtsein entstammen. Ihre schöpferische Arbeit ist Adoration. Solcher Art sind die künstlerischen Manifestationen der Prähistorik und der Exoten, die Baukunst des alten Orients, Griechenlands, des frühen Christentums und Mittelalters, Indiens, Ostasiens, Mexicos und Perus. Religiosität gibt jedem Tun Bindung. Was einer tut, tut er sowohl für sich wie für das Ganze.

Diesem Zustand naiver Kindheit steht der nach Bewußtheit drängende der zivilisierten Völker gegenüber. Die Kultur der zivilisierten Völker ist chaotisch. Die Begleiterin der Zivilisation, die Bildung, bringt allerlei Durchkreuzungen hervor. Es entsteht der Individualismus, der Einzelmensch und damit die Diskrepanz zwischen dem Einzelnen und der Gesamtheit. Während jener Zustand naiv göttlich ist, strebt dieser nach bewußter Göttlichkeit. »Wir sehen«, sagt Heinrich Kleist in einer Studie über das Marionettentheater, »in dem Maße, als in der organischen Welt die Reflexion dunkler und schwächer wird, die Grazie darin immer strahlender und herrschender hervortritt. Doch so wie sich der Durchschnitt zweier Linien, auf der einen Seite eines Punktes, nach dem Durchgang durch das Unendliche, plötzlich wieder auf der andern Seite einfindet, oder das Bild des Hohlspiegels, nachdem es sich in das Unendliche entfernt hat, plötzlich wieder dicht vor uns tritt: so findet sich auch, wenn die Erkenntnis gleichsam durch ein Unendliches gegangen ist, die Grazie wieder ein, so daß sie zu gleicher Zeit in demjenigen menschlichen Körperbau am reinsten erscheint, der entweder gar kein oder ein unendliches Bewußtsein hat, das heißt in dem Gliedermann oder in dem Gott.«

Das wissenschaftliche Ergebnis des 19. Jahrhunderts, die Bekanntschaft mit den Kulturen aller Völker und Zeiten, erweiterte auch das metaphysische Verstehen der Kunstschöpfungen primitiver und exotischer Völker und führte zu der bemerkenswerten Erkenntnis von der Gleichwertigkeit und Gleichstellung aller Kulturen, als einem Neben-, nicht einem Nacheinander. Was bei den sogenannten hohen Kulturen zunächst wesentlich erscheint, ist ihre zivilisatorische Auswirkung. Das Streben aller Zivilisation geht dahin das durch die Erlebnisfähigkeit des Einzelnen Erworbene durch die Bildung den anderen zugänglich zu machen. Die Bildung wird zum Ersatz intuitiven Erlebens, sie ermöglicht den Schein, als ob man die Dinge, über die man verfügt, auch wirklich besitzt. Man versucht die Qualität durch Quantität zu ersetzen, das Produktive durch das Reproduktive. Bis zuletzt durch Häufung von Quantitativem das Qualitative zur Nebensache wird. Es bleibt

als letztes Ventil noch die Skepsis. Das war schon beim Ausgang des sogenannten Altertums der Fall. Damals verhinderte das neuerstehende Christentum ihren Durchbruch. In der Renaissance aber gewann sie hemmungslos Boden. Skepsis noch gegen Skepsis angewandt verhinderte letzte Erstarrnis. Die Konsequenz der Renaissance: die Freiheit der Kunst, des künstlerischen Schaffens, scheiterte an dem "Idealismus", der in Kunst und Leben trat. Man wollte so scheinen wie andere waren. Es sollte durchaus die Antike wiedergeboren werden. Benutzung von bereits Geschaffenem wurde Tendenz. Parallel damit läuft eine grenzenlose Verachtung für alles nicht mit Hellas und Rom Zusammenhängende. Im 18. Jahrhundert wurde neben der Ästhetik auch die Pädagogik in diese Bahnen geleitet. Die durch die Klassik geschaffenen Bildungsideale führten zu einer einseitigen Überschätzung der griechischen Kunst, und noch obendrein ihres am wenigsten wertvollen Teils: des Hellenismus der Verfallszeit; galten doch die Laokoongruppe, der Apollo von Belvedere für die Höhepunkte griechischen Schaffens. Schönheit wurde zur Kunst, wurde für Kunst genommen. Das Wesentliche wurde hintangesetzt. Eklektizismus war die Folge.

Da entdeckte der junge Nietzsche den Dionysismus der griechischen Kunst. Die ganze, so gut fundierte Ästhetik brach zusammen. Nietzsche lenkte das Augenmerk von der überschätzten apollinischen Seite der griechischen Kunst auf die mißachtete dionysische. Die Welt erschrak über das Barbarentum, das in den vermeintlich so "ästhetischen" Griechen steckte. Man begriff mit einemmal den hohen Wert des Primitiven im Gegensatz zum Reproduktiven, das in routinierter Materialbeherrschung aufging, das Wollen ertötete und in der Entwicklung des Könnens, des Kunststücks, das Heil erblickte.

Einer neuen Ästhetik war damit die Bahn gebrochen.

EIN Kunstwerk ist ein zur Harmonie gebrachtes Spannungsverhältnis. Die Konvention lehnt alles Neue aus Gründen der Dissonanz ab. Dissonanzen, sei es in der Musik, Architektur, Plastik und Malerei, kann es aber, immer das reine Kunstwerk vorausgesetzt, nicht geben. Es ist immer das neue Spannungsverhältnis, das von dem gewohnten abweicht, es sind die neuen Proportionen und Konstruktionen, die als dissonierend empfunden werden. Etwa die gotische Kunst gegenüber der griechischen. Oder von uns aus gesehen alles Ursprüngliche und Selbständige, dem die Harmonie fehlen, das voller Dissonanzen, Unausgeglichenheiten sein soll. Begreiflich ist daher der Ruf nach Gesetzen, in deren Besitz man sicher zu werten, ja zu schaffen glaubt. Vielleicht gibt es eine ideale, höhere Gesetzmäßigkeit, die alle Werke, die schon geschaffenen wie die noch zu schaffenden, bereits in sich schließt. Aber sie kann nicht a priori erkannt werden sondern immer nur a posteriori, aus den sie offenbarenden Werken. Aristoteles schon hat angemerkt, daß alle Künste vor ihrer Theorie waren. Der Schöpfer ist intuitiv. Spontan geht das Werk mit seiner ihm eigentümlichen Gesetzmäßigkeit aus dem Schaffenden hervor. Alle Wissenschaft, alles Forschen und Erkennen kann diese naive Sicherheit des Schaffenden nicht ersetzen. Neues kann daher nie nach Altem, nie nach von diesem abgeleiteten Gesetzen beurteilt werden. Noch viel weniger kann der Schaffende sich vorhandener Gesetze bedienen. Er kennt sie gar nicht. Und wenn er sie kennen sollte, müßte er sie erst überwunden haben, um zur Schöpfung zu kommen.

Ideen sind absolut. Ihre Manifestation im Kunstwerk jedoch ist nur relativ. Denn die Konkretisierung der Idee hat eine Verunreinigung zur Folge, wenn sie auch einziges Dokument der Idee ist. »Die Materie«, sagt Goethe, »hat eine solche [schöne] Gestalt nicht, sondern diese war in dem Ersinnenden früher als sie zum Stein gelangte. Sie war jedoch in dem Künstler nicht, weil er Augen und Hände hatte, sondern weil er mit der Kunst begabt war. Also war in der Kunst noch eine weit größere Schönheit; denn nicht die Gestalt, die in der Kunst ruhet, gelangt in den Stein, sondern dorten bleibt sie, und es gehet indessen eine andere geringere hervor, die nicht rein in sich selbst verharret, noch auch wie sie der Künstler wünschte, sondern insofern der Stoff der Kunst gehorchte. Wenn aber die Kunst dasjenige, was sie ist und besitzt, auch hervorbringt und das Schöne nach der Vernunft hervorbringt, nach welcher sie immer handelt, so ist diese fürwahr diejenige, die mehr und wahrer eine größere und trefflichere Schönheit der Kunst besitzt, vollkommener als alles, was nach außen hervortritt. Denn indem die Form, in der Materie hervorschreitend, schon ausgedehnt wird, so wird sie schwächer als jene, welche in Einem verharret. Denn was in sich eine Entfernung erduldet, tritt von sich selbst weg: Stärke von Stärke, Wärme von Wärme, Kraft von Kraft; so auch Schönheit von Schönheit. Daher muß das Wirkende trefflicher sein als das Gewirkte. Denn nicht die Unmusik macht den Musiker, sondern die Musik, und die übersinnliche Musik bringt die Musik in sinnlichem Ton hervor.«

Idee und Wollen sind identisch. Das Kunstwollen ist wie das Wollen überhaupt keiner Entwicklung unterworfen. Entwicklungsfähig ist nur die Materialbeherrschung, das Können: eine Sache der Virtuosität und der Systematik, die mit dem Reinkünstlerischen nichts zu tun hat. Bei der Urschöpfung ist das Wollen dem Können durchaus kongruent. Man kann so viel als man will. Da aber den Zeiten des Wollens Zeiten der Entspannung folgen, diese aber auf das Können keinerlei Wirkung haben, "entwickelt sich" dieses weiter. Es sucht das durch das Wollen Geschaffene zu systematisieren, kommt so von der Form zum Formschema. Das Schöpferische schafft aus dem Urbewußtsein, bringt Metaphysisches zur Anschauung. Das bloße Können wirkt sich als Schönheit aus, sucht bereits Geschaffenes zu verwerten. Schönheit will man ruhevoll genießen. Das Kunstwollen aber stört diese Ruhe, ist eine stete Bedrohung des Genusses.

Architektonische Schöpfungen manifestieren das Kunstwollen einer Epoche am reinsten. Sie geben ein getreues Bild der jeweiligen Absichten. Vor allem sind sie Substrat des jeweiligen Gesamtwollens einer Zeit, einer bestimmten Kultur. Wie in der Musik kommt auch in der Architektur der Gestaltungswille am eindeutigsten zum Ausdruck. Zusammen mit Plastik und Malerei wurde Architektur zur höhern Einheit Baukunst, zur höchsten Ausdrucksmöglichkeit eines Volkes.

Das Wesentliche der Kunst zeigt sich nicht an den Bildungen der sogenannten hohen Kulturen sondern an den primitiven Schöpfungen, bei denen nichts war als die Idee und das Material, die noch keine Vorbilder und damit noch keine Hemmungen hatten. So sind ägyptische Reliefs und Skulpturen, exotische, griechische und etruskische Vasenmalereien, byzantinische Mosaiken, koptische Webereien, nordische Schnitzereien, romanische Miniaturen, Fresken und Skulpturen, gotische Glasmalereien, französische Bildteppiche, orien-

talische Web- und Knüpftteppiche, indische und chinesische Skulpturen, afrikanische, ozeanische und amerikanische Schnitzwerke Schöpfungen aus erster Hand, aus dem jeweiligen Material entstehend, dieses restlos ausnutzend, seine Möglichkeiten steigernd. Diesen Werkkünsten gegenüber ist die Renaissance eine reine Formenkunst. Sie ignoriert das Material. Raffaels Teppiche sind eine Übertragung der Möglichkeit des Freskos in die Unmöglichkeit der Wirkerei. Ähnlich die Plastik, die, wie schon im späten Rom, Stein wie Bronze und Bronze wie Stein verwandte, die Wechselbeziehung von Form und Material völlig außer acht ließ.

Ein Stil erreicht dann seinen Höhepunkt, wenn das Material dem Formwillen keinen Widerstand mehr entgegengesetzt. Der Verfall, hervorgerufen durch die Nachahmung und das Spielkönnen mit der Form, tritt deshalb ein, weil ohne Widerstand keine Spannung aufrecht erhalten werden kann. So bildet Raffael mit einigen seiner Madonnenbilder den Höhepunkt der Renaissancemalerei. Bei der Sixtinischen Madonna fand der Geist der Renaissance am klarsten seinen formalen Ausdruck. Das römische Barock erledigt sich in einer Person: Michelangelo. Er schuf sein stärkstes und sein schwächstes Werk: die Piazza del Campidoglio, wo die dynamische Architektonik des Barocks meisterhaft zum Ausdruck kommt, und die Porta Pia, die sich in architektonische Spielerei auflöst. Was nachher kommt, ist ein, wenn am Anfang auch glänzender Verfall. Es triumphiert nur noch das Können. Das Wollen schwindet mehr und mehr. Immerhin, der Weg von der Peterskirche in Rom zum Berliner Dom ist weit.

Einem Gebirge, dem viele Gipfel emporschossen, sind die verschiedenen Kulturen vergleichbar. Die erreichten Höhen sind absolut.



IN ewigem Fluß ist das Leben. Aber nur Abgegrenztes läßt sich wahrhaft begreifen. Kunstwerke sind Abgrenzungen des Tatsächlichen, in ihrer Einmaligkeit, Totalität. Begrenzung ist zugleich Formgewordenes, Faßbarkeit, höchste Wirklichkeit. So sind Gestaltung und Begrenzung identisch. Durch die Form wird uns der Inhalt zum Bewußtsein gebracht. So ist Form Inhalt und Inhalt Form. Bei den wahrhaft Schöpferischen deckt sich beides. Für sie gibt es weder ein Form- noch ein Inhaltsproblem. Elementarstes liegt ihren gleichnishaften Werken zugrunde. Sie sind eine gemeinverständliche Sprache. So ist das Kunstwerk eine Einheit, der sich alle integrierenden Bestandteile unterordnen. Daher kann der Form als solcher nur eine sekundäre Bedeutung zukommen. Ja, sie kann zu einer reinen Äußerlichkeit werden: Alle Nachahmer bedienen sich entweder der bereits geschaffenen, abgelösten Form (Formalismus), oder sie benutzen Naturformen (Naturalismus) als etwas Selbständiges. Die Form ist aber immer nur innerhalb der Gesamtheit des Kunstwerks, was sie ist: Mittel zum Ausdruck. Davon abgelöst, selbständig gemacht wird sie unbrauchbar. Denn man kann nicht neue Kunstwerke aus bereits vorhandenen Formen schaffen. Die vielen Versuche, die damit gemacht worden sind, erweisen das zur Evidenz, besonders im 19. Jahrhundert, in dem Jahrhundert der Nachahmung.

Dadurch erledigt sich auch von selbst die Frage "Abstrakte oder Naturform?". Sie ist ganz falsch gestellt. Dem Künstler steht jedes ihm gemäße Mittel zu. Innerhalb eines Kunstwerkes besteht nur die Form, die durch die Einheit des Kunstwerks bedingt ist und keine Willkür mehr zu-

läßt. Der Begriff abstrakte Form ist eine *contradictio in adiecto*. Eine Form ist an die Wahrnehmung durch die Sinne geknüpft, muß daher notwendig sinnlich sein, um mit den Sinnen wahrgenommen zu werden. Deshalb ist das Abstrakte letzten Endes auch ein Gegenständliches, eine geistige Realität. Seine Manifestationen beweisen dies. Der doktrinäre Abstraktionismus der Gegenwart entstand aus rein formalen Gründen. Seit der Renaissance erschöpft sich die Kunst im Nachbilden der Natur. Als Reaktion darauf kam es zur Flucht vieler Maler ins Abstrakte, zu ästhetischen Abstraktionen, was sich bei der bestehenden Inhaltslosigkeit notwendig formalistisch auswirken mußte.

Das Wesen der Kunst kann man in keiner Formulierung zum Ausdruck bringen. An ihren Entgleisungen aber ist das ihr Unwesentliche zu erkennen. Die Kunst werdender Kulturen steht in diametralem Gegensatz zu der vergehenden. Ursprünglich Elementares wandelt sich in abgelöst Formales. Der Kult der Form löst den Kult des Inhalts ab. Schöpferisch starken Zeiten ist Kunst Beschwörung, Bannung, Magie. Ihre Werke zeichnen sich durch Gläubigkeit, Ideenreichtum, Kraft und Willen aus, geben ein totales Weltbild, haben einen durchaus synthetischen Charakter, sind Ausdruck ihrer von Äußerlichkeiten unabhängigen Visionen, manifestieren sich ideographisch. Diese Kunstart ist weder alt noch neu sondern eine Ausdrucksform, die sich zu allen Zeiten offenbaren, sich jeden Ausdrucksmittels bedienen kann. Ein Kunstwerk hat kein Alter. Es ist überzeitlich, ewig. Der Schaffende schöpft aus dem Urbewußtsein. Und das Urbewußtsein ist weder einer Entwicklung noch einer Mode unterworfen. Die Kunst unserer Tage ist doktrinär. Sie sucht sich aufs Abstrakte zu versteifen. Aber warum sollte sich der schöpferische Mensch nicht auch sogenannter natürlicher Formen bedienen? Die Kunst kann ebenso realistisch wie unrealistisch sein. Denn alle Formen sind nur integrierende Bestandteile des Gesamtwerkes. Die naturalistischen Elemente bei Grünewald, Raffael, Bruegel, Chagall und Rousseau heben das Künstlerische ihrer Werke nicht auf. Sie sind im Gegenteil notwendige Bestandteile. Ebenso ist das Naturalistisch-Psychologische in den Romanen Stendhals, Balzacs, Flauberts, Dostojewskijs und Tolstojs durchaus als Ausdrucksmittel benutzt, keineswegs Abschrift. Selbst bereits Gestaltetes, Photographieteile und andere Materialien, bei neueren Kunstwerken sind nur Ausdrucksmittel, keineswegs Selbstzweck. Entscheidend ist der Geist, aus dem ein Werk erzeugt wird. Die Mittel, deren sich der Schaffende bedient, sind ihm dabei durchaus untergeordnet. Ihm geht es einzig und allein um die Schöpfung selbst. Er gehorcht dem Gebot, das von dem zu Schaffenden ausgeht.

Die Kunst der Spätzeiten ist nur noch reproduktiv wirksam. Die sinkende Kultur verdrängt Elementar-Schöpferisches. Unter Verkennung des Wesentlichen erschöpft sie sich in schematisierendem Formalismus, ist ungeistig, vervollkommnet sich schließlich rein technisch, verfällt in bloße Nachahmung. Sie wird zur Physiographik, geht vom Zufälligen, vom Gesehenen aus. Sie läßt das Chaos in der Chaotik, ist formlos und willkürlich, erschöpft sich an der Oberfläche der Dinge, begnügt sich mit dem sogenannten schönen Schein. Ungläubigkeit, Äußerlichkeit, Skepsis und Analytik sind typisch für Spätzeiten, denen Wissen und Können über Empfinden und Wollen gehen.



ALFRED LIEBING · KRAFTEKONZENTRATION · EINE ANREGUNG



IN Tagen politischer Hochspannung empfinden wir Proletarier noch mehr als sonst, daß die Zerrissenheit der Arbeiterklasse unsere Aktionen bis zu einem gewissen Grad lähmt, und daß wir darum, trotz der bei gewissen einzelnen Handlungen erzielten Einigkeit, nur verhältnismäßig bescheidene Erfolge erringen können. Die parteipolitische Zerrissenheit ist ja jetzt glücklich überwunden. Sie war schuld daran, daß die Arbeiterklasse vom November 1918 bis zum September 1922 tiefere und bedeutendere Rückschläge erlitt als es beim Bestehen einer einzigen politischen Organisation der Fall gewesen wäre. Noch größere Schuld an diesen Rückschlägen trägt aber ein anderes. Es ist die Spaltungssucht, Eigenbrötelei, Zersplitterung, der Mangel an Einsicht und das Auseinandergehen auf allen anderen Gebieten der Arbeiterbewegung. Die Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport-, Kriegsinvaliden-, Mieter-, Jugend-, freigeistigen Organisationen usw. verzetteln ihre Kräfte, indem sich jeder für ein anderes Teilobjekt des Klassenziels einsetzt, sich nur von taktischen Erwägungen leiten läßt und strategische Erkenntnisse und Notwendigkeiten vollständig übersieht. Dazu kommt noch, daß so bedeutend mehr Funktionäre und tätige Mitglieder gebraucht werden, und da deren nur eine gewisse Zahl vorhanden ist, so wird dadurch der einzelne überlastet. Die verschiedenen Sonderorganisationen kollidieren in ihrer Tätigkeit mit einander; ihre Schlagkraft leidet, und keine von ihnen hat den erwarteten Erfolg. Diesem schlimmen Zustand wird nicht abzu- helfen sein, indem man einfach sagt: Die verschiedenen Organisationen haben sich mehr dem großen Ganzen anzupassen und unter Umständen ihre Sonderinteressen hinter die Interessen des Gesamtwohls zurückzustellen. Das ist schon oft gesagt und verlangt worden, und meist mit minimalem Erfolg. Es wird dies auch in Zukunft nicht anders werden; denn wo einmal Spezialgebilde vorhanden sind, werden auch Spezialforderungen gestellt und Spezialkämpfe geführt werden.

Es wäre richtiger gewesen von Anfang an die Bildung solcher Neuorganisationen zu hindern, die sich ausschließlich die Vertretung bestimmter Teilforderungen zur Aufgabe machen, und lieber durch die ursprüngliche Organisation etwa vernachlässigte Gebiete intensiver bearbeiten zu lassen, falls sich dies als nötig erwiesen hatte. So wäre die Entstehung der verschiedensten proletarischen Spezialvereinigungen (Mieter-, Kriegsinvaliden-, Freidenker-, Sportverbände) überflüssig geworden. Es hätte dann auch nicht so leicht geschehen können, daß zum Beispiel die Parteien für Beibehaltung der Zwangswirtschaft eintreten, die Genossenschaften aber das Gegenteil fordern, oder daß bei Streiks die Kriegsinvaliden auf Anweisung ihrer Organisationsvertreter weiter im Betrieb zu bleiben versuchen, womit natürlich keine Gewerkschaft einverstanden sein kann, oder daß eine Sportorganisation zu einem größern Fest Mittel der Allgemeinheit beansprucht und damit auf den prinzipiellen Widerstand der parlamentarischen Fraktion einer Arbeiterpartei stößt, oder daß sich die Betriebsräte eine eigene Organisation schaffen, oder daß in den meisten, auch kleineren Orten, ein halbes Dutzend Jugend- und Kinderorganisationen besteht.

Wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens so wird sich auch in der Arbeiterbewegung eine Konzentration vollziehen. Doch sind hier die Ansätze vorerst noch schwach, und die Widerstände bedeutend. Zudem lagen die Versuche nach dieser Seite bisher hauptsächlich in vertikaler Richtung. Erst in neuerer Zeit wendet man sich auf den einzelnen Gebieten einer horizontalen Zentralisation zu: bei den Parteien (Einheitspartei), den Gewerkschaften (Industrieverbände) wie auch bei den Sportorganisationen (Verschmelzung der Turner und Schwimmer, Arbeiterturn- und -sportbund statt des frühern Arbeiterturnerbunds). Die Vorbedingung dieser Zentralisation ist, daß auch die Sonderorganisationen sich wieder mit ihrer Mutterorganisation organisch vereinigen. Das heißt, soweit sie nur Interessen wahrnehmen, die eine andere, umfassendere Organisation in ihrem Arbeitsprogramm mit umschließt, sind sie aufzulösen, und ihre Tätigkeit ist von der alten Organisation mit zu übernehmen. So würde die Kraft der in der Arbeiterbewegung aktiv tätigen Elemente voller ausgenutzt, und manche halbe Arbeit fiel weg. Hierbei ist noch zu beachten, daß sich die zu leistende Arbeit seit 1918 vervielfacht hat (Betriebsräte, öffentliche Ämter, Anwachsen von Partei und Gewerkschaften usw.). Und da dann weiterhin auch weniger Versammlungen stattfänden, so würde die leidige "Versammlungsmüdigkeit" der sogenannten Masse ebenfalls nachlassen und schließlich verschwinden.

Zur Illustration des Vorstehenden sei ein Beispiel angeführt: In einem Vorort Leipzigs bestanden im Jahr 1913 7 proletarische Organisationen mit 940 Mitgliedern. Und zwar waren dies: Partei, Freireligiöse Gemeinde, Turnverein, Kraftsportverein, Radfahrerverein, Sängerkhor, Arbeiterjugend. Außerdem wurden in den Sommermonaten gemeinsam von Partei, Turnern und Jugend in zwangloser Form Kinderspiele veranstaltet. Wenige Jahre früher war die Zahl der Vereine noch geringer, da ursprünglich der Kraftsportverein organisatorisch dem Turnverein unterstand. Da man jedoch hier nur die rein turnerischen und leichtathletischen Leibesübungen pflegte, war für die Kraftsportler der Betätigungsrahmen zu eng, und die Folge war die Neugründung einer eigenen Organisation. Das gleiche war, nur in noch stärkerem Grad, zentral der Fall. Der Sängerkhor gehörte damals noch der Partei als Unterabteilung an, und zwar von den Zeiten des Sozialistengesetzes her, in denen man sich dort zu illegaler politischer Betätigung zusammenfand. Hier war eine Trennung notwendig. Im wilhelminischen Zeitalter mußten die Arbeiterjugend und die Freireligiöse Gemeinde als selbständige organisatorische Gebilde bestehen, um gewissen gesetzlichen Beschränkungen zu entgehen respektive bestimmte gesetzliche Voraussetzungen zu erfüllen. Hätten das Reichsvereinsgesetz und die heutige Schulgesetzgebung nicht existiert, so wären weder Jugendvereine noch Freireligiöse Gemeinden nötig gewesen; denn jeder Schulentlassene hätte dann Mitglied einer politischen Partei werden können, und wer am konfessionellen Schulunterricht nicht teilnahm, wäre doch nicht verpflichtet gewesen als Mitglied bei einer Freireligiösen Gemeinde einzutreten. Unter Umständen hätte man also in dem fraglichen Bezirk vor 1914 mit höchstens 4 Arbeiterorganisationen auskommen können. Doch bleiben wir bei den 7 Vereinen. Da jeder von ihnen einen Vorstand von mindestens 6 Personen hat, wären also mehr als 42 Funktionäre nötig. Schon damals zeigte es sich, daß es unter den Mitgliedern der einzelnen Organisationen nicht genügend Leute

gab, die gewillt und fähig waren jene Posten zu übernehmen. Wollte man nicht Ungeeignete heranziehen (was natürlich hie und da auch vorkam), so mußten einzelne Genossen in 2, 3 oder mehr Vereinen zugleich Ämter übernehmen, oder gewerkschaftlich tätige Vereinsmitglieder mußten mehr Parteiarbeit leisten als es sonst der Fall gewesen wäre. Kurz, es gab Genossen, die schon damals überlastet waren. Jetzt, 1922, bestehen in jenem Vorort Leipzigs, an Stelle der 7 Vereinigungen vom Jahr 1913, 17 Organisationen mit überwiegend proletarischem Einschlag und proletarischer Leitung. Bleiben wir bei der Annahme, daß jeder Verein (abgesehen von den Kinderorganisationen, die in der Zahl 17 nicht enthalten sind) mindestens 6 Vorstandsmitglieder braucht, so sind also 102 Funktionäre, statt der 42 im Jahr 1913, nötig. Fehlte es schon damals an geeigneten Kräften, so ist dies jetzt noch viel mehr der Fall, obwohl heute 2430 Mitglieder vorhanden sind; aus dem Kreis der Neueingetretenen werden nicht viel bewußte Kämpfer für die Arbeiterbewegung kommen, da sich die aktiven und ehrlichen Elemente schon vor dem Novemberzusammenbruch hervorwagten und betätigten. Es kommt hinzu, daß seit 1918 die Gebiete, auf denen die organisierte Arbeiterschaft mitarbeitet und tätig sein muß, zahlreicher und stärker ausgebaut sind. So wird manche Kraft vollständig durch die ungeheure Ausbreitung der Gewerkschaften und deren erweiterte Arbeitsgebiete in Anspruch genommen. Die Betätigung als Betriebsrat beansprucht ebenfalls viele, so daß sie andere Arbeit unterlassen müssen. Auch parlamentarische und andere öffentliche Ämter beschäftigen eine bedeutend größere Zahl unserer Leute als früher; diese kommen für andere Funktionen dann nur noch wenig oder gar nicht mehr in Frage. Vielerorten hat man bereits das Ungesunde dieses Zustands empfunden und eine Kartellierung der verschiedensten Vereinigungen angestrebt oder auch bereits durchgeführt. Durch die besonders hier im Leipziger Bezirk bestehenden "Ortskartelle" vermied man Kollisionen unter den Veranstaltungen und konnte planmäßig eine Verteilung der Arbeitsgebiete vornehmen. Insoweit sind die Folgen der "Kleinstaaten im proletarischen Organisationsleben" eingeschränkt oder aufgehoben worden. Der andere, größere Nachteil besagter "Kleinstateerei" jedoch besteht nach wie vor, er ist sogar noch verstärkt worden, da ja das Ortskartell ebenfalls Funktionäre braucht und somit dadurch wieder einige Genossen mehr belastet werden. Das Ortskartell kann überhaupt nur eine Hilfsform darstellen, vor allen Dingen auch deshalb, weil jeder Verein als Glied seiner Zentrale durch Verpflichtungen, die sich aus der Bezirks- oder zentralen Arbeit ergeben, dann und wann gezwungen sein kann den Abmachungen und Plänen des Ortskartells entgegenzuhandeln.

Es müssen andere Mittel und Wege zur gemeinsamen, gewissermaßen strategischen Betätigung und Einteilung der gesamten Arbeiterbewegung gefunden werden. Die Nutzenwendung aus dem bisher Dargelegten wäre der Abbau der viel zu zahlreichen Organisationen. Der ist jedoch schwierig. Es wird vorerst unmöglich sein den Organisationsegoismus zu überwinden, da sich einstweilen noch alles im Fluß und in der Entwicklung befindet. Das Ideal wäre eine einzige Arbeiterpartei, mit diversen Sparten oder Unterabteilungen. Das ist aber für unsere Generation kaum zu erreichen. Unsere Organisationen sind vornehmlich Kampforganisationen. Zu jedem Kampf gehört ein Gegner. Lassen wir nun einmal im Geist unsere Gegner aufmarschieren. Wir finden, daß wir Feinde in 5 unserer Eigenschaften

haben: 1. als Staatsbürger, 2. als Produzenten, 3. als Konsumenten, 4. als Wesen mit geistigen Bedürfnissen, 5. als Genuß verlangende Wesen mit körperlichen Bedürfnissen. Zur 1. Gruppe gehören: Verwaltungsbehörden (bedingt), Justiz, Militär und Polizei (bedingt), politische (bürgerliche) Parteien (bedingt); zur 2. Gruppe: Unternehmertum, andere Gewerkschaftsrichtungen; zur 3. Gruppe: Warenbesitzer, Hausbesitzer; zur 4. Gruppe: Kirche, Schule (bedingt), Presse, Literatur, Kino (bedingt); zur 5. Gruppe: die bürgerlichen Sportvereine. Weiter sind als unsere Gegner die sogenannten neutralen Vereinigungen zu betrachten, Engstirnigkeit und Einsichtslosigkeit bei Mittelstand und Kleinbesitz, sowie das jedem Menschen inwohnende Beharrungsvermögen. Es soll nun, dies mein Vorschlag, der Grundsatz aufgestellt werden: Jeder Gruppe unserer Gegner ist eine proletarische Organisation gegenüberzustellen. Es ist eine Trennung anzustreben in eine politische Partei, eine Gewerkschaft, eine Konsumorganisation, eine Bildungsorganisation, eine Sportvereinigung und eine Presseorganisation. Es hätten sich aufzulösen: die Mieter-, Freidenker- und Kriegsinvaliden- sowie einzelne Sportorganisationen, und es wäre nur eine einheitliche Presse zu schaffen. Außerdem muß selbstverständlich der Spaltungs- und Vereinigungsprozeß innerhalb der politischen Bewegung, der bestimmt noch eine Anzahl Etappen zurückzulegen hat, nach Möglichkeit abgekürzt werden. Die Aufgaben der vorerwähnten, dann überflüssigen Korporationen sind den 5 neuen Organisationen nach folgendem Schema zu überweisen: die der Mieterorganisationen den Parteien (respektive der Partei) und der Konsumorganisation; die der Freidenkervereine usw. den Parteien (der Partei) und der Bildungsorganisation, die der Kriegsinvalidenorganisationen den Parteien (der Partei) und der Gewerkschaft. Den 5 neuen Gliedern steht als gemeinsames Hilfsmittel die Presse zur Verfügung. Ihre zweckmäßige Gliederung (immer im Rahmen eines einheitlichen Plans) ist eine taktische Frage. Eine strategische Aufgabe behält sie aber auch nach vollzogener Umgruppierung, indem sie das wertvollste Bindemittel der 5 Glieder zu einem, alle zusammenfassenden und die Umgruppierung abschließenden großen Allgemeinen Freien Arbeiterbund darstellt.

Der so in großen Umrissen aufgezeigte Plan zur Umbildung der Arbeiterbewegung verspricht eine nutzbringende Verwendung unserer Kräfte. Auch zeigt die Entwicklung seine Richtigkeit, da jetzt trotz den vorhandenen Widerständen an der Aufrichtung von Industrieverbänden wie auch eines Einheitssportbundes gearbeitet wird. Hier geht man auf Zentralisation in horizontaler Richtung aus, während diese in letzter Zeit nur in vertikaler Richtung vorgenommen wurde. Es bewahrheitet sich hier das Hegelsche Schema These-Antithese-Synthese, das eine Stütze unserer sozialistischen Erkenntnis geworden ist: Vor 60 bis 70 Jahren planmäßige Zusammenfassung der Arbeiterschaft (des Proletariats) überhaupt, vornehmlich Entstehung von Partei und Gewerkschaften (These). Dann Hand in Hand mit der fortschreitenden Emanzipation der Arbeiterklasse und zugleich als deren Folge die Dezentralisation in vielen Zweigen der Arbeiterbewegung (Antithese), die noch nicht beendet ist. Und nun zum Schluß als höhere reinere Form und Ausdruck des Fortschritts die Synthese, das Ergebnis: die aus Zweckmäßigkeitsgründen in mehrere Arbeitsgebiete geteilte Einheitsorganisation: der Allgemeine Freie Arbeiterbund.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Internationales Arbeitsamt Immer mehr laufen die internationalen Fäden gemeinsamer Arbeit und Gesetzgebung in Genf zusammen, und immer mehr erkennt man dort, daß ein sinnvolles internationales Arbeiten ohne Deutschland unmöglich ist. Deutschland gehört der Internationalen Organisation der Arbeit als vollberechtigtes Mitglied an, und im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat es 2 Sitze inne, die mit einem Regierungsvertreter und einem Arbeitnehmervertreter besetzt sind, ganz abgesehen von den vielen Sonderausschüssen und Konferenzen, an denen deutsche Delegierte mitbestimmend teilnehmen. Die Bedeutung des deutschen Einflusses kann auch nicht durch die Ablehnung des von französischer Seite (Jouhaux) gestellten Antrags auf Einführung der deutschen Sprache als amtlicher Verhandlungssprache geschmälert werden. Auf die Dauer wird sie ja nicht zu entbehren sein. Das geht schon daraus hervor, daß bereits bisher zahlreiche Publikationen auch in deutscher Sprache erschienen sind. Vorläufig sind die finanziellen Verhältnisse des Internationalen Arbeitsamts, wie Albert Thomas ausführte, so, daß dem Budget die neue wesentliche Belastung durch Einführung einer weitem amtlichen Sprache nicht zugemutet werden kann; die rein sachliche Arbeit des Amts müßte sonst, auch zum Schaden der deutschen Interessen, stark eingeschränkt werden. Um eine ständige Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt zu haben, ist in Berlin im Reichsarbeitsministerium ein Zweigbureau geschaffen worden. Von hier aus wird ein deutscher Auszug aus den Veröffentlichungen des Genfer Amts allwöchentlich an die deutsche Presse versandt. Deutschland wendet für die Mitarbeit einschließlich der Kosten für Delegationen jetzt etwa 20 Millionen Mark jährlich auf. Angesichts dieser hohen Summe liegt die Frage nahe, ob durch die Berliner Zweigstelle und die Entsendung einiger Vertreter nach Genf auch die bestmögliche Verwendung und Ausnutzung dieses Geldes gegeben ist. Andere Staaten stellen die Verbindung mit Genf auf ganz andere Weise her. So unterhält Albanien ein Ständiges Se-

ekretariat in Genf, Dänemark errichtete eine besondere Abteilung für internationale sozialpolitische Zusammenarbeit, die sich mit allen Fragen beschäftigt, die Dänemark als Mitglied der Internationalen Organisation der Arbeit angehen. In Deutschland wird ganz besonders das Fehlen einer Zentralstelle empfunden, die eine Zusammenfassung aller beteiligten Organisationen darstellt und alle Vorschläge und Beschlüsse bearbeitet und weiterleitet und damit zu einer Materialsammlung käme, die lange entbehrt wird. Diese Zentralstelle könnte dann auch in Genf das so wichtige Ständige Sekretariat unterhalten und dadurch in unmittelbarer Fühlung mit dem Internationalen Arbeitsamt bleiben. Deutschland hat kein Geld. Vielleicht führt aber ein Weg, auf dem es wieder zu internationaler Anerkennung und gesunder Wirtschaft käme, über die Internationale Organisation der Arbeit.

Verein für Sozialpolitik

In Eisenach, der Stadt, in der vor 50 Jahren am 6. Oktober der Verein für Sozialpolitik gegründet wurde, trafen sich jetzt die Vertreter des Vereins aus dem Deutschen Reich und Deutsch Österreich, um im Rückblick auf die verflossenen Jahre den Weg für die Zukunft zu erkennen. Der Vorsitzende Heinrich Herkner erklärte, daß der Verein nicht die Aufgabe habe die sozialökonomisch Gelehrten zu einer einheitlichen, übereinstimmenden Meinung über die aktuellen Probleme der Wirtschaftspolitik zu bringen, und daß der Verein, abgesehen von internen Angelegenheiten, keine Beschlüsse fasse und infolgedessen auch kein Programm aufstelle; als programmatisch können nur die Äußerungen einzelner angesehen werden, die dann aber auch nur von diesen vertreten werden müssen. Im Anschluß daran kam es zu der Gründung der Vereinigung der staats- und sozialwissenschaftlichen Dozenten, die keineswegs als Konkurrenzunternehmen anzusehen ist sondern lediglich als eine Gruppe, der eine besondere Aufgabe zufällt. Während der Verein die Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Forschung hat, übernimmt die Dozentenvereinigung die Organisation der sozialwissenschaftlichen Lehre. Es sind demnach jetzt die folgenden Organisationen vorhanden:

1. Verein für Sozialpolitik, Vorstand: Herkner /Berlin/, Fuchs /Tübingen/, Sehring /Berlin/, Hartmann /Berlin/.
2. Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft zur Herausgabe einer von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft unterstützten Forschungsreihe, Vorstand: Sering /Berlin/, Herkner /Berlin/, Diehl /Freiburg/, Hesse /Königsberg/.
3. Deutsche Gesellschaft für Sozialreform, Präsident: Tönnies /Kiel/.
4. Vereinigung staats- und sozialwissenschaftlicher Dozenten, Vorsitzender: Adolf Weber /München/.

**Wohlfahrts-
pflege** Nach langen Beratungen und vielen Abänderungen ist jetzt vom *thüringischen* Landtag ein Wohlfahrtspflegegesetz verabschiedet worden. Danach ist in § 1 die wirtschaftliche Fürsorge als Ziel an die Spitze gestellt worden. Gesundheitliche und erzieherische Fürsorge folgen erst an zweiter Stelle. Wichtig ist, daß zwar nach Möglichkeit die private Fürsorge durch eine Zusammenarbeit in den ehrenamtlichen Ortspflegeausschüssen nicht beeinträchtigt werden soll, daß aber eine Bestimmung darüber in das Gesetz nicht aufgenommen wurde. Als beigeordnete Organisation wurde neben der Regierung ein Landesausschuß für Wohlfahrtspflege bestimmt, der sich in Vorstand und Beirat gliedert. Die Vorstandsmitglieder werden vom Wirtschaftsministerium ernannt, in den Beirat wählen die Wohlfahrtsämter je ein Mitglied. Zur Durchführung der eigentlichen Wohlfahrtspflege werden Gemeindefürsorgereinen angestellt, über deren Ausbildung erst die Ausführungsbestimmungen Aufschluß geben werden. Die Kosten sind natürlich von den Gemeinden zu tragen. Doch sind ihnen im Gesetz staatliche Zuschüsse zugesichert, die alljährlich im Haushaltsplan festgesetzt werden.

Totenliste In München starb der Professor der Staatswissenschaften *Ludwig Sinzheimer*, 54 Jahre alt. Er hat auf dem Gebiet des Wohnungswesens gearbeitet und die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Technik klargelegt. Die sozialpolitischen Gesichtspunkte hat er dabei stets beachtet. Mehr als durch seine Veröffentlichungen wirkte er freilich durch das, was er in Vorlesungen und in Seminaren seinen Hörern gab. Am 5. Juli starb *Eugen Simanowski*, der um das Krankenkassenwesen hochverdiente Geschäftsführer des Zentralverbands der Krankenkassen, in Berlin.

Ganz still ist in einem Mainzer Hospital *Henriette Arendt* verschieden. Sie ist 48 Jahre alt geworden. Als erste Polizeiassistentin Deutschlands leuchtete sie in bisher ungekanntes Kinderelend hinein, zeigte durch statistische Angaben und genaue Beschreibungen, was der Kinderhandel zu bedeuten hat, und schaffte und arbeitete, oft unter schweren Opfern, um Abhilfe zu bringen. Sie stammte aus Königsberg, war die Schwester des Genossen Paul Arendt (der in der nichtöffentlichen Berliner sozialistischen Studentenbewegung der neunziger Jahre als einer der Besten mitgewirkt hat und auch an der Gründung des Sozialistischen Akademikers beteiligt war, und den während des Weltkriegs der Tod von traurigem Leiden befreite) und hat eigentümliche Lebensschicksale gehabt. Da sie vielen unbequem war, so nahm man an ihrem Auftreten vielfach Anstoß. Sie kehrte sich nicht daran. Sie wirkte als Fürsorgerin und Krankenschwester, heiratete einen französischen Offizier, um überall Bewegungsfreiheit zu haben, wurde zu Beginn des Krieges in Deutschland interniert, hatte auch später, im ersten Jahr der deutschen Republik, Erlebnisse, die so auf sie einwirkten, daß sie sich den Kommunisten anschloß, bei denen sie das Gute zu finden glaubte. Mit der französischen Besatzung kam sie dann als Fürsorgerin ins Rheinland, wo sie Ende August an zu starkem Veronalgenuß starb.

Am 20. Oktober starb in Berlin der den Berliner Arbeitern bekannte Arzt *Alfred Bernstein*, 64 Jahre alt, an einem Herzschlag. Das Gesundheitswesen Berlins hat ihm viel zu verdanken. Die Gründung der Berliner Säuglingsfürsorgestellen war sein und des vor 20 Jahren allzu früh verstorbenen unvergessenen Genossen Freudenberg Werk. Er gehörte früher der Sozialdemokratie an, ging dann von der Partei, die ihm schwunglos schien, zum Syndikalismus über. Er war und blieb ein Mensch sozialistischer Gesinnung.

Eine derjenigen, die zu allererst, nicht geleitet von Theorien sondern von unmittelbarem Gefühl moderne Wohlfahrtspflege trieben, *Rosalie Mosler*, ist in hohem Alter in Berlin gestorben. Sie hat an vielen Stellen gewirkt, vornehmlich aber in dem Verein zur Speisung armer und notleidender Kinder, dem sie 50 Jahre Arbeit widmete. Im Kriegsjahr 1870 übernahm sie ein Lazarett, und 44 Jahre später, im Weltkrieg, sorgte sie wieder für die Verwundeten.

Kurze Chronik Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hielt im Juni eine Tagung ab, bei der über den Aufbau der *Jugendämter* gesprochen wurde. Ein Bericht über die Konferenz mit Leitsätzen und Referaten ist erschienen und durch die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin zu beziehen. ◊ Entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung ist die Versicherungsgrenze in der *Unfallversicherung* sowohl wie in der Angestelltenversicherung auf 300 000 Mark heraufgesetzt worden; der Mindestsatz für Sterbegeld in der Unfallversicherung auf 3000 Mark. ◊ Die langjährige Mitarbeiterin der Sozialen Praxis und des Bureaus für Sozialpolitik *Käthe Gaebel* ist als Referentin in das Reichsamt für Arbeitsvermittlung berufen worden.

Literatur

Die Schrift *Paul Arndts* Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Heimarbeit /Jena, Gustav Fischer/ fällt aus dem Rahmen der sonstigen Veröffentlichungen über Heimarbeit grundsätzlich heraus. Der Verfasser bestreitet, daß die Schriften Sombarts, Wilbrandts und anderer auf erschöpfenden Untersuchungen beruhen, soweit sie das Elend der Hausindustrie in den Mittelpunkt rücken. Den selben Vorwurf der Unvollständigkeit und Einseitigkeit möchte man nun freilich dem Verfasser machen, wenn er beispielsweise schreibt: »Die eigentlich treibende Kraft ist auf seiten der Arbeiter, die nach einer ihnen passenden Arbeitsgelegenheit Ausschau halten.« Wo man doch in der Mehrzahl der Fälle davon sprechen muß, daß die Arbeiter nach der einzig möglichen Gelegenheit Ausschau halten, also nicht die Wählenden sind sondern die durch die Verhältnisse Gezwungenen. Es schadet nichts, wenn die Heimarbeit auch einmal von ihrer »wohlthuenden Seite« dargestellt wird. Aber daß die Schrift noch einseitiger und in ihren Ergebnissen angreifbarer ist als die vom Verfasser abgelehnten Veröffentlichungen, kann nicht bestritten werden. ◊ In der Sammlung Staat und Wirtschaft, /Berlin, Zentralverlag/ erschien eine Schrift *Richard Bergers* Grundfragen der Staatenkunde. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind anfechtbar, wertvoll aber ist der Aufbau der ganzen Schrift: eine klare Übersicht über die Fragen, Probleme und Begriffe, die in der Staatslehre, besonders auf den Hochschulen eine Rolle spielen. ◊ Das neue Buch *Alice Salomons* Die deutsche

Volksgemeinschaft /Leipzig, B. G. Teubner/ ist ein Lehrbuch und will als solches verstanden werden. Es verdient seinen Platz wie vielleicht kein zweites; besonders in unsern Wohlfahrtsschulen und auch dem Außenstehenden kann es als kurzes Nachschlagewerk von Bedeutung sein. ◊ Die kleine Schrift *Albert Gebhardts* Volkssolidarität oder Ausbeutung? /Berlin, Verlag der Kulturliga/ wirkt lebensfremd. Man könnte wünschen, daß die Gedanken, die darin entwickelt sind, einmal mehr in die Tiefe gehend und im Zusammenhang dargestellt und erläutert würden. ◊ Die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ gehören zweifellos zu dem Wertvollsten, das die gesamte sozialpolitische Literatur kennt. Jetzt ist kurz nach dem Tod des Herausgebers *Ludwig Sinzheimer* der 152. Band in 2 Teilen erschienen: Die geistigen Arbeiter. Mit unendlichem Fleiß und tiefeschürfender Sachkenntnis ist hier ein Gebiet bearbeitet worden, das bisher von der Sozialpolitik zweifellos etwas stiefmütterlich behandelt wurde. Wer einen Einblick in die Berufs- und Lebensverhältnisse von Schriftstellern, Verlegern, Journalisten und bildenden Künstlern gewinnen will, greife zu diesen Bänden. ◊ Die Schrift *Wenzel Goldbaums* und *Gerhard Jacobys* Rechte und Pflichten der Bühnen- und Filmschauspieler /Berlin, Franz Vahlen/ bringt eine Zusammenstellung alles Wissenswerten von den vertraglichen Verhältnissen im Bühnen- und Filmschauspiel. ◊ Über die gesetzlichen und praktischen Fragen des Lohnabzugs, die ja ständigen Änderungen unterworfen sind, unterrichtet *Fritz Koppe* (Der Lohnabzug /Berlin, Spaeth & Linde/). ◊ Im 11. Heft der Schriften des Frankfurter Wohlfahrtsamts /Frankfurt, Reitz & Köhler/, denen man immer mit Interesse entgegensehen kann, berichtet *W. V. Simson* aus der Praxis der Krüppelfürsorge. Die Schrift bringt allen, die in der Krüppelhilfe stehen, wertvolles Material. ◊ Ein frisches, anschauliches Lebensbild gibt *Albert Franz* in seinem Buch *Adolf Kolping*, der Geselevater /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Kolping mußte selbst durch die Not hindurch, kannte sie wirklich und ging dann mit Kopf und Herz an die Hilfeleistung. Man sollte öfter zu solchen Lebensbildern greifen, um Geschichte und Entwicklung von Bewegungen und Strömungen aller Art besser zu erfassen.

Wirtschaft / Julius Kaliski

Deutschland: Ende 1921 wurde der Dollar in Berlin mit 200 Mark bezahlt, im Dezember 1922

mit mehr als 8000 Mark. In dieser Differenz des Dollarpreises spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesem Jahr getreulich wieder. Es ist müßig zu untersuchen, welchen wirklichen Wert die deutsche Reichsmark darstellt; denn daß ein Preis von 8000 Mark für den amerikanischen Dollar illusionär ist, bedarf eigentlich keiner Betonung. Aber gewiß ist dieser Dollarstand ein zuverlässiger Maßstab für die Bewertung der Führung unserer Politik und Wirtschaft. Ihre produktiven Leistungen sind leicht an der Ausgabe von Schatzwechseln und Noten im vorigen Jahr zu ermesen. Es befanden sich Ende November 1921 Schatzwechsel im Wert von 221,15 Milliarden Mark im Verkehr, gegen 765,2 Milliarden im Jahr 1922. Der Bestand an Schatzwechseln bei der Reichsbank Ende November 1921 betrug 100,5 Milliarden Mark, gegen 592,7 Milliarden im Jahr 1922. Der Notenumlauf betrug im Jahr 1921 96,4 Milliarden Mark, gegen 643,7 Milliarden Ende November 1922. Mit der Ausgabe von Schatzwechseln und Notendruck glaubte man offenbar die Existenz der Nation erhalten zu können. Denn darüber hinaus geschah nichts, um das erschütterte Wirtschaftsleben einer Gesundung entgegenzuführen; es sei denn, daß die unaufhörlichen Versicherungen alle Kräfte in den Dienst der Erstarkung unseres Wirtschaftslebens stellen zu wollen als bare Münze genommen würden.

Auf welches Gebiet immer der Blick auch fällt, nirgends ist eine planmäßig durchgeführte und gewollte Steigerung der Produktion zu erblicken. Mit der ungeheuren Zunahme der Inflation wurde stets von neuem zusätzliche Kaufkraft geschaffen bei gleichzeitiger Minderung der für den Verbrauch erforderlichen Produkte aller Art. Ein derartiger Zustand bedeutet die Katastrophe in Permanenz, und es bedarf dabei nur eines Anstoßes, um die Auflösung in Atome herbeizuführen. Charakteristisch ist die Gestaltung der Kohlenproduktion in der Zeit von Januar bis Oktober während der beiden letzten Jahre. Es betrug (in 1000 Tonnen) die Produktion von Steinkohlen im Jahr 1921 112 579 gegen 109 824 im Jahr 1922, die Braunkohlenproduktion 101 489 im Jahr 1921 gegen 113 395 im Jahr 1922, die Koksproduktion 23 157 im Jahr 1921 gegen

24 568 im Jahr 1922. Als Ergebnis der Anspannung unserer Produktion bis zur "Grenze der Leistungsfähigkeit" erlebten wir also eine Abnahme der Produktion oder allenfalls einen fast unveränderten Produktionsumfang bei zweifellos wesentlich gesteigertem Aufwand. Dem Verlangen nach der Steigerung der Leistung der Arbeiterschaft wird entgegengehalten, daß die Abbauverhältnisse sich seit Kriegsbeginn verschlechtert hätten und die Ausbesserungsarbeiten bisher den notwendigen Ausgleich nicht schaffen konnten. Ferner, daß der Bau von neuen Schächten aus finanziellen und anderen Gründen unterbleiben mußte. Mußte? Alle Fragen des Kohlenbergbaus werden in einer Weise behandelt, als ob der augenblicklich bestehende Produktionsumfang eine naturgegebene Größe sei. Man scheint sich wirklich immer mehr in die Täuschung hineinzuleben, daß es außerhalb menschlichen Vermögens liege die Kohlenförderung nennenswert zu vermehren. In engstem Zusammenhang mit der innern Produktion steht die Frage der Kohlenlieferungen zur Erfüllung der Pflicht zur Wiedergutmachung, deren Rückwirkung auf das innere Wirtschaftsleben ebenso falsch beurteilt wird. Bisher kannte man in Deutschland in den Jahren nach dem Krieg keine Arbeitslosigkeit; mithin sind keine Arbeiter für neue Schächte verfügbar, und schließlich fehlt auch das Geld, um neue Schächte zu bauen. Dabei geniert es nicht, daß in allen nur erdenklichen Wirtschaftszweigen eine bis zur Sinnlosigkeit gehende Erweiterungstätigkeit begann, daß das Kapital in Strömen dorthin floß, wo es volkswirtschaftlich durchaus unproduktiv war. Es genügte eben, daß irgendwer privatwirtschaftliche Vorteile erwartete, und alle Kräfte wurden mobilisiert, um seine Absichten auszuführen.

Niemals konnte sich das Privatkapital so uneingeschränkt ausleben wie in den Zeiten seit 1918. Zwangswirtschaft und Spekulationsfreiheit brachen gleichermaßen zusammen, jene Spekulationsfreiheit, die in Deutschland vor dem Krieg unter der Marke "Freies Spiel der Kräfte" ging und nur noch kleinliberales Ideal war. Heute stehen mit wenigen Ausnahmen die Gegner des freien Spiels der Kräfte nur im Lager der Arbeiterklasse. Aber deren Vertretung weiß als Gegenmittel am Ende auch nichts weiter als eine Wiederbelebung der Zwangswirtschaft zu empfehlen. Besser und fruchtbarer wäre die Idee eine wirt-

schaftliche Zusammenfassung der Kräfte unter Selbstverantwortung und solidarischer Haftung der einzelnen Berufsgruppen anzubahnen. Aus der Ideenwelt der Sozialistischen Monatshefte stammen Aufbaupläne, die auch von dem 2. Rätekongreß freudig akzeptiert wurden, und denen die wertvollsten Kreise der deutschen Wirtschaft zustimmten. Industrie, Handel und Banken nahmen jedoch das Rezept der Spekulationsfreiheit als Heilmittel gegen alle Krankheiten des deutschen Wirtschaftskörpers auf, nachdem die Furcht vor den unmittelbaren Folgen des Zusammenbruchs geschwunden war, den man bei uns Revolution zu nennen pflegt. Bei dem ungestümen Betrieb der Notepresse, dem Sinken der deutschen Mark und entsprechend niedrigen Auslandspreisen ließ sich ungeheurer Nutzen erzielen. Es kam deshalb nicht darauf an die Produktivität zu steigern oder die Produktionsleistung des einzelnen Betriebs zu vermehren; denn der Verkauf konnte auch ohne Rücksicht auf solche Dinge, lohnend gestaltet werden. Hand in Hand damit ging eine Lohnpolitik, die den Arbeitern lange einen Ausgleich für die wachsende Teuerung aller Lebenskosten vortäuschte. Nachdem sich die Rechnung als falsch erwiesen hatte, kehrte man zu der Forderung zurück den Vertrieb aller Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsartikel zu reglementieren. Daß noch über die furchtbaren automatischen Wirkungen dieses Systems hinaus Verteuerung durch verwerflichen Wucher betrieben wird, liegt klar zutage; diesen bekämpft man jedoch im wesentlichen auch nur, indem man sich gegenseitig denunziert und anklagt, während sich augenscheinlich niemand der eigenen Schuld bewußt ist. Alle Erfahrungen bestätigen die Tatsache, daß Wucher auf die Dauer nur dann möglich ist, wenn an den Waren, mit denen gewuchert wird, Knappheit herrscht. Wer Wucher beseitigen will, muß sich schon entschließen dem Mangel an den betreffenden Waren entgegenzuarbeiten und, die Zusammenhänge der Produktion würdigend, sich für eine Steigerung der gesamten Produktivität einzusetzen. Das gilt für die Industrie genau in dem selben Maß wie für die Landwirtschaft, nur daß im einzelnen hier wie dort die Mittel und Wege dem Ziel entsprechend gewählt werden müssen. Deutschland braucht eine Einschränkung der Industriebasis bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität, während die Landwirt-

schaft Erweiterung der Produktionsbasis ebenfalls unter gleichzeitiger Steigerung der Produktivität braucht. Alles, was dieser Aufgabe diene, hätte bewirkt werden müssen. Also auch eine Erhöhung der Arbeitsleistung des einzelnen, ohne die die erforderliche Vermehrung der quantitativen und qualitativen Gesamtleistung nicht zu erreichen ist. Eine solche freiwillige Zustimmung zur Erhöhung der Arbeitsleistung verleiht das moralische Recht und die notwendige politische und wirtschaftliche Macht den Produktionsprozeß entscheidend zu beeinflussen. Diese Politik der wirtschaftlichen Erfüllung wäre zugleich die Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag gewesen; sie wird es auch sein, wenn wir damit heute oder morgen beginnen.

Um eins der nächstliegenden Beispiele zu erwähnen: Wenn wir die Kräfte herausgenommen hätten, die in den Reichsbetrieben; der Eisenbahn, der Post, überflüssig waren, um sie in den Dienst des Aufbaus der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zu stellen, so wäre für Deutschland statt der unnötigerweise gezahlten Löhne und Gehälter ein erhebliches Stück Wiedergutmachung abgelöst worden. Zugleich aber hätte die Ablösung überflüssiger Hände und Köpfe aus den Reichsbetrieben stark zur Sanierung der staatlichen Unternehmungen beigetragen. Was für die staatlichen Betriebe zutrifft, gilt für die private nicht weniger. Aber das ist nur eine Seite der mit einer Erfüllungspolitik notwendig verbundenen Produktionssteigerung. Die Leistung für die Wiedergutmachung würde bei wirklichem organisatorischem Willen und Können für die Gesamtproduktion verbessernd und verbilligend wirken, ganz abgesehen von den Wirtschaftsverbindungen, die sich aus einer Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich ergäben. Nichts von alledem wurde bisher in Angriff genommen. Erst der Vertrag Stinnes-Lubersac hat das Tor für die Kräfte geöffnet, bei denen Bereitwilligkeit zur Durchsetzung einer Erfüllungs- und Produktionspolitik besteht.

Als Ersatz für eine Entfaltung unserer Schaffenskräfte, die auf Selbsttätigkeit beruht und wirklich bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit geht, haben wir die aberwitzige Steigerung der Kurse aller Aktienwerte zu verzeichnen. Es stieg zum Beispiel der Kurs für die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft von zirka 1000 % gegen Ende

1921 auf über 25 000 % Ende 1922; der Kurs der Aktien der Deutschen Bank stieg von etwa 600 % auf über 6000 %, der der Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft von ungefähr 800 % auf über 7000 %. Das ist die Flucht vor der Mark. Ergänzend sei dem noch hinzugefügt, daß wir im Jahr 1912 in Groß Berlin etwa 12 000 leerstehende Läden hatten, während im Jahr 1922 ungeheure Abfindungssummen gezahlt werden, um einen Laden zu bekommen und nicht wenige Wohnungen inzwischen zu Läden ausgebrochen oder in sonstiger Weise hergerichtet wurden. Das ist der Triumph einer Bedarfspolitik bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit.

Die deutsche Gesamtwirtschaft am Ende des Jahres 1922 hat die Notwendigkeit klargelegt sofort eine Produktionspolitik in Angriff zu nehmen, die Innenwirtschaft und Außenpolitik als ein einheitliches Gebiet umfaßt. Sie darf nicht mit dem Verlangen einer Ermäßigung unserer Verpflichtungen beginnen; wohl aber wird diese ihre Folge sein.

Totenliste Im Mai dieses Jahres starb in Brüssel, 84 Jahre alt, **Ernest Solvay**, der berühmte Erfinder der Herstellung von Soda mittels Ammoniaks. Dieses Verfahren, das seit langem in der ganzen Welt angewendet wird und dem mehr als 5000, von der Solvaygesellschaft gegründete Fabrikanlagen dienen, wurde im Jahr 1860 von dem jungen Solvay ausgearbeitet, der damals ein kleiner Angestellter in einer Gasfabrik in der Nähe Brüssels war. Lange Zeit mußte der junge Erfinder gegen allerlei Widerstände streiten, ehe es ihm nach unendlichen Mühen gelang ein Patent auf sein Verfahren zu erhalten und Mittel zu einer Versuchswerkstätte und später zur Anlage einer Fabrik zu sammeln. Als Solvay dann immer größere Reichtümer gewann, nutzte er sie in großartigster Weise zur Förderung der verschiedensten humanitären und kulturellen Zwecke. Er gründete die weltberühmten Institute für Soziologie, Physiologie und Handelswissenschaften im Leopoldspark in Brüssel und später ein internationales Institut für Physik und ein ebensolches für Chemie. Solvay war auch ein immer hilfsbereiter Freund der Arbeiterklasse; für Zwecke sozialer Fürsorge wie für Arbeiterbildungsbestrebungen hat er viele Millionen hergegeben. Einer der hervorragendsten Berliner Großindustriellen, **Carl Leopold Netter**,

starb im Juli im Alter von 58 Jahren in Baden-Baden. Die Firma, der er vorstand, gehörte zu den bedeutendsten Unternehmungen auf dem Gebiet der Eisenerzeugung und -verarbeitung. Netter trug auch hauptsächlich mit zur Gründung der Berliner Metallbörse bei. Auch im Versicherungsgewerbe und im Luftfahrwesen hatte er starken Einfluß. Wohlfahrtsvereinigungen fanden bei ihm Hilfe und Unterstützung.

Am 18. Juli starb in Berlin im Alter von 61 Jahren der Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank **Karl Mommsen**, der Sohn Theodor Mommsens. In der Berliner Finanzwelt bedeutete er viel, ebenso, durch die Bank, die er leitete, auch in verschiedenen großen industriellen Unternehmungen, so in den Siemens & Halske-Betrieben, der Chemischen Fabrik Schering, der Deutschen Petroleumgesellschaft und anderen. Er betätigte sich auch als demokratischer Politiker, im Reichstag und auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Kurze Chronik Im Wilmersdorfer Stadthaus wurde im Mai dieses Jahres eine staatliche *Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung* eröffnet, an deren Gründung die Gewerkschaften hervorragenden Anteil haben. Die Stadt Berlin zahlte zur Unterstützung des neuen Instituts 300 000 Mark. Die neue Hochschule hat den Zweck den Arbeitern die Möglichkeit eines Aufstiegs in höhere Verwaltungs- und ähnliche Tätigkeiten zu geben, sei es innerhalb der Arbeiterorganisationen sei es an anderen Stellen. ◊ In *Frankreich* wurde ein neues Dekret über die Arbeitszeit im Eisenbahnwesen veröffentlicht, das der Minister der öffentlichen Arbeiten **Le Trocquer** herausbrachte. Bisher wurde in 3 Schichten von je 8 Stunden gearbeitet; jetzt finden 2 Schichten von je 12 Stunden statt, bei denen die Stunden über den 8stündigen Arbeitstag hinaus als Überschichten gelten. Durch diese Änderung sollen jährlich 300 Millionen Francs erspart werden. Auch in der Handelsmarine wurde die Arbeitszeit verlängert. Die Anwesenheitszeit, die nicht mit der tatsächlichen Dienstzeit identisch ist, soll 12 Stunden betragen. Der Unterstaatssekretär **Rio** erklärte zur Begründung dieser Vorlage, er habe sich den Bedürfnissen der Reedereien fügen müssen, da diese sonst der Konkurrenz der anderen Staaten erlegen wären, bei denen kein Achtstundentag festgelegt ist.

Literatur

Die Gründung einer Völkerbank als Mittel zur Überwindung der Weltkrisis fordert *Hans Heymann* (Die Völkerbank /Berlin, Ernst Rowohlt/). Er verlangt die Begründung einer einheitlichen internationalen Hilfswährung durch eine überstaatliche Emissionsbank mit dem Recht der Notenausgabe. Die Hauptaufgabe der Völkerbank soll die Gewährung von Krediten gegen Erwerb fundierter Forderungen an die Kreditnehmer in den einzelnen Ländern sein. Zur Finanzierung von Produktionsanstalten, Verkehrsanlagen usw. sollen Trustbanken als Aufbaubanken gegründet werden, die nach international vereinbarten Grundsätzen von der Völkerbank langfristige Notenkredite erhalten. Der Wiederaufbau ist vor allem ein Problem der Produktion und der Eigenleistung; die Behandlung der Gründung einer Völkerbank durch Heymann ist unterbaulos, da er diese Voraussetzungen übersieht. \diamond »Gemeinwirtschaft«, meint *Carl von Tyszka* in seiner Schrift Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens /Jena, Gustav Fischer/, »kann nur da erfolgreich sein, wo der ganze Gang des Betriebes und die Art des Unternehmens eine mehr bürokratische, eine der öffentlichen Verwaltung ähnliche ist. Wo, um einmal ein Schlagwort zu gebrauchen, weniger gewirtschaftet als vielmehr verwaltet werden muß, wo nicht die strenge Durchführung des wirtschaftlichen Prinzips, sondern die geordnete, peinlich genaue, sorgfältige Verwaltung anvertrauter Güter an erster Stelle steht.« Das Wesen der Gemeinwirtschaft wird von dem Verfasser verkannt, Gemeinwirtschaft kann nicht in einzelnen Betrieben oder einzelnen Wirtschaftsgebieten bestehen, sie umfaßt die Wirtschaft in ihrer Totalität. \diamond Die englische Wirtschaft behandelt *Hermann Levy* /Leipzig, B. G. Teubner/. Auch wenn man dem Autor in seinen Schlüssen nicht folgt, wird man die Fülle des gegebenen Materials gern anerkennen und aus ihr Nutzen ziehen. \diamond Im 1. Teil einer 152 Seiten starken Schrift, die *Wirtschaftsstatistisches Handbuch für Sowjetrußland* betitelt ist /Berlin, E. Laub/ hat der Verfasser (er zeichnet Spectator) im wesentlichen bekanntes statistisches Material über das alte Rußland veröffentlicht. Der 2., größere Teil, der dem bolschewistischen Rußland gewidmet ist, hat nur Liebhaberwert, da die Angaben über Produktionsumfang und Leistung, wenn sie mehr beweisen wollen als die absolute Unproduktivität des bolschewistischen Regimes, Zahlenspielerei sind.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Finanznot

Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden verschlechtern sich fortschreitend in solchem Umfang, daß, wie eine Eingabe des Vorstands des Deutschen Städtetags vom 12. Oktober 1922 mit Recht ausführt, der finanzielle Zusammenbruch unvermeidlich ist, wenn nicht die nötige Hilfe bald kommt. Die Besoldungs- und Lohnpolitik des Reichs, die die Gemeinden für ihre Beamten und Angestellten mitmachen müssen, hat fast katastrophal gewirkt. Das Reich hat sich gezwungen gesehen, um die Wirtschaft der Gemeinden überhaupt aufrecht zu erhalten, ihnen durch allgemeine Vorschußaktionen beizuspringen und im September dieses Jahres einen außerordentlichen Vorschuß von 14 Millionen Mark auszubezahlen. Neben der Besoldungspolitik muß die Praxis des Reichs den Gemeinden fortgesetzt neue Aufgaben zuweisen, ohne für die Kostendeckung zu sorgen, die Finanzen der Gemeinden ruinieren. Für Kriegsinvaliden-, Erwerbslosen-, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge müssen die Gemeinden viele Hunderte von Millionen aufwenden, ohne daß sie wissen, woher sie die Deckung nehmen sollen. Die Eingabe erhebt daher die alte Forderung von neuem: Überweisung ausreichender Steuern und größere Bewegungsfreiheit auf finanziellem Gebiet. Von den kleineren Steuern, die der dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorgelegte Entwurf des neuen Landessteuergesetzes bringt, kann natürlich keine durchgreifende Hilfe erwartet werden. Sie sind im Vergleich zu dem großen Fehlbetrag nur kleinere Aushilfsmittel. Die Eingabe verlangt daher eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer und will diese trotz allen Bedenken durch ihre Erhöhung von 2½ auf 3 % erreichen. Ob wirklich kein anderer Ausweg bleibt, wie die Eingabe ausführt, erscheint mindestens zweifelhaft. Die Steigerung der Umsatzsteuer um 50 % bedeutet eine weitere so starke Belastung des Massenverbrauchs, daß mit Recht begründete Zweifel an ihrer Tragbarkeit gegen den Vorschlag erhoben werden. Außerdem fordert die Eingabe wiederum ein Zuschlagsrecht auf dem Gebiet der Einkommensteuer und führt aus, daß ein solches sehr wohl neben der Reichseinkommensteuer bestehen kann. Seine Einführung würde allerdings eine gründliche Reform der ganzen Reichseinkommensteuer erfordern; diese dürfte aber

kaum in der nächsten Zeit möglich sein. Auf jeden Fall können die Gemeinden nicht bis zu einer solchen Reform untätig zuschauen. Ist also von der Reichsbesteuerung aus zunächst wenig genug für die Gemeinden zu erwarten, so bleiben noch die auf Landesrecht beruhenden Steuern, vor allem die Grund- und Gewerbesteuer übrig. Die Gewerbesteuer hat sich vielfach zu einem Ersatz der früheren Einkommensteuer ausgestaltet. Die Erträge der Grundsteuer sind in Preußen durch einen Zugriff des Landes bedroht. Die Erträge aus den durch die Novelle zum Kommunalabgabengesetz geschaffenen neuen Quellen: Wohnungsluxussteuer und Verwaltungsgebühren, sind nur beschränkt. So bleiben den Gemeinden, wollen sie nicht untätig der Entwicklung zusehen sondern einen Versuch machen sich selbst zu helfen, nur wenige Wege offen. Die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität, für die Benutzung der Straßenbahnen, der Krankenanstalten, der Schulen werden in immer kürzeren Abständen erhöht, um die auf diese Einrichtungen fallenden Anteile der Mehrausgaben für Beamte, Arbeiter und Angestellte zu decken. Die Wirkungen dieser Preiserhöhungen haben nicht immer das gewünschte Ergebnis. Überall tritt ein Rückgang in der Benutzung der Einrichtungen auf, dessen Größe natürlich nach ihrer Art verschieden ist. So wirken die Gebührenerhöhungen bei den Krankenanstalten außerordentlich ungünstig und bringen starken Rückgang ihrer Belegung. Welche Wege nun sonst noch vorhanden und gangbar, zum Teil von den Städteverwaltungen besprochen worden sind, dafür möge eine Denkschrift der Düsseldorfer Verwaltung über die Verhütung des Zusammenbruchs des städtischen Haushaltsplans im Winter 1922-1923 als Beispiel dienen. Sie betont mit Recht, daß alle gangbaren Wege auch betreten werden müßten, und daß es eine Gewissenlosigkeit wäre, sie nicht vor der Bürgerschaft zu vertreten; alle parteipolitischen Erwägungen müßten bei ihrer Beurteilung zurücktreten, der Gesichtspunkt der finanziellen Not dürfe allein maßgebend sein. Wie sehen nun die Vorschläge aus, die mit so starkem Pathos eingeleitet werden?

Sie bewegen sich auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung, aus allen spricht aber in der Tat der ganze finanzielle Jammer der Zeit. Ein Teil von ihnen läuft darauf hinaus eine bessere Ausnutzung des Personals zu verlangen. Allerdings, zu der allein Hilfe bringenden Forderung: von dem gesamten städ-

tischen Personal, ohne Unterschied, ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, eine größere Arbeitsleistung ohne Erhöhung des Lohns zu verlangen, kann sich die Denkschrift noch nicht entschließen. Sie fordert im Bereich der allgemeinen Verwaltung Fortsetzung des begonnenen Personalabbaus, bessere Ausstattung der Dienststellen der Steuerverwaltung, um die zahllosen Steuern und Gebühren schneller hereinzuholen, bei der Polizeiverwaltung und der Feuerwehr eine andere Diensterteilung, um eine Personalsparnis zu erreichen. Da die im Haushaltsplan der Volksschulen für Vertretung kranker und beurlaubter Lehrkräfte vorgesehenen Mittel bereits verausgabt sind, sollen alle Vertreter und Vertreterinnen entlassen und die Schulen angewiesen werden jene Lehrkräfte durch die an der Schule tätigen übrigen Lehrer vertreten zu lassen. Dadurch werden 69 Schulamtsbewerberinnen frei, die sämtlich im städtischen Bureaudienst beschäftigt werden sollen. Außerdem sollen 20 Vertreter in freien Stellen durch Zusammenlegung von Klassen erspart werden. Weitere Vorschläge beschäftigen sich mit der Rückbildung einer Reihe von städtischen Einrichtungen, in denen sich der Fortschritt unserer städtischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten besonders deutlich ausdrückte. Es sind dies vorwiegend Einrichtungen auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege und des Volksbildungswesens. Das Müllabfuhrsystem und die Straßenreinigung sollen geändert werden, die Ausgaben für die Straßeninstandhaltung vorwiegend auf die Hauptverkehrsstraßen, die Garteninstandhaltung der öffentlichen Anlagen soll so weit wie möglich eingeschränkt werden. Gleichzeitig will man die städtischen Einrichtungen stärker für den Erwerb ausnutzen. So soll das Gartenamt, soweit es nicht für die öffentlichen Zwecke benötigt wird, auch private Geschäfte übernehmen; hier, ebenso bei der Friedhofverwaltung, soll der Überschuß der Erzeugnisse freihändig verkauft werden. Sehr tiefe Eingriffe werden bei der Schulverwaltung vorgeschlagen. Die Kosten der Heizung der Schulen will man durch Verlängerung der Weihnachtsferien um 23 Tage bei entsprechender Kürzung der Oster- und Herbstferien des Jahres 1923 verringern. Um weitere Ersparnisse an Beleuchtung, Heizung und Reinigung zu erreichen, wird vorgeschlagen, 3 benachbarte Schulsysteme in 2 Gebäuden unterzubringen, so daß von je 3 Schulgebäuden 1 frei wird. Schulräume wie Aulen, Turnsäle

usw. sollen den gemeinnützigen Vereinigungen nicht mehr wie bisher kostenlos überlassen, sondern es sollen mindestens die Selbstkosten für Heizung, Beleuchtung und Reinigung in Rechnung gestellt werden. Die privaten Lyzeen, die von der Stadt unterstützt werden, sollen bis zum Ende des Haushaltsjahrs zusammengelegt und der Überschuß von Schülerinnen den städtischen Schulen überwiesen werden; im übrigen sollen diese Anstalten ihr Schulgeld im selben Prozentsatz erhöhen wie die städtischen Schulen, um die Zuschüsse der Stadt herabzusetzen. Der weitere Ausbau der Mädchenfortbildungsschule soll eingestellt werden, wenn nicht der Staat mit wesentlich höheren Zuschüssen eingreift. Die Ausstellungen und Museen sollen den Winter über nicht geheizt und deshalb nicht geöffnet werden. Das Arbeiterschuloseminar wird zum 1. April 1923 geschlossen, wenn der Staat nicht die Einrichtung allein finanziert. Die Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung geht am 1. April 1923 ein; an ihre Stelle tritt eine nur mit Kursen arbeitende Verwaltungsakademie für den städtischen Beamtenkörper, mit der die Verwaltungsbeamtenschule vereinigt werden soll. Die Verwaltung der Volkshochschule und die der akademischen Kurse sollen zusammengelegt und vereinfacht werden. Die Akademie für praktische Medizin soll neu organisiert werden, um auch hier Ersparnisse zu machen. Als unerträglich bezeichnet die Denkschrift weiter den Zuschuß von 60 Millionen zum Stadttheater und Orchester. Auch hier werden durchgreifende Maßnahmen als notwendig bezeichnet. Zunächst soll nur eine allgemeine Erhöhung der Theaterpreise auf das Hundertfache der Friedenspreise und für Ausländer auf das Sechshundertfache stattfinden. Gleichzeitig kündigt die Denkschrift die Notwendigkeit einer Prüfung an, ob der Theaterbetrieb überhaupt oder wenigstens noch teilweise aufrecht erhalten bleiben kann. Aus den bisher genannten Vorschlägen sowie weiteren, die wir hier im einzelnen nicht aufzählen können, errechnet die Denkschrift eine Ersparnis von 78,5 Millionen Mark für das laufende Rechnungsjahr. Von dem auf 798 Millionen für das Rechnungsjahr 1922 geschätzten Defizit bleiben also nach Abzug der genannten 78,5 Millionen und von 464 Millionen, die aus Steuern, Beiträgen der industriellen Werke und Gebühren fließen sollen, immer noch 255,5 Millionen als ungedeckter Fehlbetrag. Seine Deckung erwartet die Denkschrift

aus den erhöhten Zuschüssen des Reichs zu den Besoldungserhöhungen und erhöhten größeren Überweisungen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer. Die Deckungsvorschläge sind so trostlos wie die Finanzlage der Stadt. Sie beweisen, wie erdrückend groß unsere Armut geworden ist, und haben jedenfalls das Verdienst diese Tatsache rücksichtslos ausgesprochen zu haben.

Es war notwendig. Denn auch heute noch lebt der größte Teil unserer städtischen Bevölkerung in dem Glauben dahin, daß unsere Verhältnisse keineswegs so schlecht sind wie die Schwarzmacher es darzustellen lieben. Aus diesem Mangel an Kenntnis heraus fließen zum großen Teil alle die Widerstände, die eine *verstärkte Arbeitsleistung* unseres Volkes auch heute noch verhindern wollen.

Arbeitslosenversicherung Die Reichsregierung hat dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und gleichzeitig auch dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung vorgelegt, der nebst einer allgemeinen Begründung im Reichsarbeitsblatt vom 15. Juli 1922 abgedruckt worden ist. Ergänzt ist der Entwurf durch einen Nachtrag im Reichsarbeitsblatt vom 15. Oktober 1922. Darin sind an dem Entwurf diejenigen Änderungen vorgenommen, die durch das neue Arbeitsnachweisgesetz notwendig geworden sind. Hier soll nur untersucht werden, welche Rolle der Entwurf den Gemeinden zuweist.

Um das Ergebnis an die Spitze zu stellen: Der Entwurf macht jeder selbständigen Betätigung der Gemeinde in der Arbeitslosenfürsorge ein Ende. Damit findet eine Entwicklung ihren Abschluß, deren wichtigster Träger neben den gewerkschaftlichen Organisationen die Gemeinde war. Ein kurzer Rückblick wird dies zeigen. Die allgemeine Begründung hebt mit Recht hervor, daß der Gedanke einer öffentlichen Arbeitslosenhilfe sehr starke Widerstände gefunden und sich nur sehr langsam durchgesetzt habe. Die ersten praktischen Maßnahmen hätten die Gemeinden getroffen, und zwar auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung. Dagegen sei die Frage einer besondern Arbeitslosenunterstützung bis zum Krieg fast ganz zurückgetreten. Nur wenige Gemeinden hätten sich an den ersten Versuchen ihrer Einführung beteiligt. Wenn die Begründung davon spricht, daß die öffentlichen Körperschaften sich mit steigendem Interesse seit der Mitte der

neunziger Jahre der Frage der Arbeitslosenunterstützung angenommen hätten, so ist dies dahin richtig zu stellen, daß sie mit allerdings steigendem Interesse die Frage untersucht haben, wie sie am besten ihre Untätigkeit in der Sache begründen und ihre Abschiebung auf andere Instanzen rechtfertigen konnten. Es war in der Tat ein trauriges Bild, wie von Reich, Staat und Gemeinde eine immer die andere Körperschaft als die verpflichtete bezeichnete. Da aber den Gemeinden die Arbeitslosigkeit ganz anders nahe kommt als dem Reich und den Staaten, konnten sie auf die Dauer mit ihrer Abschiebungspolitik nicht auskommen. Sie mußten sich um die Probleme kümmern und die Wege und Mittel finden ihrer Herr zu werden. Wenn etwas vor dem Krieg von öffentlichen Körperschaften geleistet worden ist, so war es von Gemeinden. Außer dem Ausbau der Arbeitsvermittlung, der Einrichtung von Notstandsarbeiten waren es auch die Fragen der Arbeitslosenunterstützung, die von ihnen in Angriff genommen wurden. Köln hat im Jahr 1894 den ersten, allerdings wenig gelungenen Versuch einer selbständigen öffentlichen Arbeitslosenkasse gemacht. Diese wurde im Jahr 1911 reorganisiert und erweitert. Im Jahr 1907 hat dann Straßburg zum erstenmal das Genter System der Arbeitslosenunterstützung in Verbindung mit den Arbeiterorganisationen bei sich eingeführt, und seinem Beispiel ist in den folgenden Jahren eine langsam wachsende Zahl von Gemeinden gefolgt. Im wesentlichen wurde das Genter System, hier und da abgeändert und durch Spareinrichtungen für unorganisierte Arbeiter ergänzt, von den Städten angewandt. Es hat sich auch in Deutschland durchaus bewährt. Zu Beginn des Krieges haben die meisten Gemeinden ihre Einrichtungen aufgehoben. Nur Ludwigs-hafen hat im Jahr 1917 eine Arbeitslosenversicherung nach Genter Art eingerichtet. Durchweg trat an die Stelle des Genter Systems die Erwerbslosenunterstützung, deren Bedeutung mit der schnellen Abnahme der Arbeitslosigkeit immer geringer wurde. Durchweg waren aber die Träger auch dieser Fürsorge, mit Ausnahme der Sondereinrichtungen für die Textil- und die Schuhindustrie, die Gemeinden. Infolgedessen hielt auch die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge von 1918 daran fest die Gemeinden zu Trägerinnen der neuen Einrichtung zu machen. An die Stelle ihrer freiwilligen Tätigkeit während des Krieges trat nunmehr die Verpflichtung. Sie

mußten nach der Verordnung eine Fürsorge für Erwerbslose einrichten, der sie nicht den Rechtscharakter der Armenpflege geben durften. Für die Durchführung mußten die Gemeinden Fürsorgeausschüsse errichten, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl saßen. Der Entwurf hebt nun die Erwerbslosenunterstützung auf und setzt an deren Stelle eine allgemeine Versicherungseinrichtung mit Mitgliedszwang. Das Genter System wird abgelehnt. Die allgemeine Begründung untersucht kurz die von seinen Anhängern behaupteten Vorzüge und sucht sie als wenig bedeutungsvoll hinzustellen, doch sind ihre Ausführungen wenig stichhaltig. Welche Stellung behält nun die Gemeinde nach dem Entwurf? Nach § 44 zahlt die Errichtungsgemeinde des Arbeitsnachweises die Arbeitslosenunterstützung wöchentlich nachträglich aus. Das ist die eine Funktion der Gemeinde. Außerdem hat sie nach § 71 ein Zwölftel des Aufwands der Versicherung, der aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird, zu decken, und schließlich kommt sie als Trägerin des öffentlichen Arbeitsnachweises insofern in Betracht, als sie die Kosten für diesen tragen soll, wenn ihr auch zwei Drittel der notwendigen Kosten durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersetzt werden. Irgendwelchen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung hat also die Gemeinde nicht, obwohl sie die Kosten mit decken muß. Neben der Gemeinde ist aber eine ihrer Einrichtungen an der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung wesentlich beteiligt: der Arbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis soll feststellen, ob Arbeitslosigkeit im Sinn des Gesetzes vorliegt. Er hat weiter die Arbeitswilligkeit zu prüfen und das Bestehen der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit zu kontrollieren. Mit der Erhebung der Beiträge hat er nichts zu tun. Diese wird der Organisation der Krankenversicherung übertragen. Das ist der gleiche Aufgabenkreis, der in der Praxis der Erwerbslosenfürsorge dem Arbeitsnachweis zustand. Weggefallen ist nur die Prüfung der Bedürftigkeit, eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben der Erwerbslosenfürsorge. Der Entwurf bewegt sich also in der gleichen Richtung wie andere Gesetze der letzten Jahre. Die kommunale Selbstverwaltung wird von Gebieten, auf denen sie als Pionier mit großem Erfolg tätig gewesen ist, teils ganz verdrängt, wie bei der Erwerbslosenfürsorge, teils wird ihre Rolle auf die einer Kosten-

trägerin eingeschränkt, teils werden die Aufgaben nicht mehr der Gemeinde übertragen, wobei ihr überlassen bliebe die für ihre Lösung notwendige Organisation selbst zu treffen und den Aufgabenkreis in den Rahmen ihrer Verwaltung einzugliedern, sondern bestimmten, von der Gemeinde einzurichtenden Ämtern. Namentlich die letzte Entwicklung ist von besonderer Bedeutung, da sie die Verwaltungseinheit der Gemeinden aufs schwerste bedroht. Die Ämter (Arbeitsnachweisamt, Jugendamt usw.), die nur als ein Teil der Gemeinde Existenz und Tätigkeit hatten, werden zu fast selbständigen Organisationen, denen durch die Reichsgesetzgebung die besonderen Aufgabenkreise übertragen werden. Außerdem werden sie einer direkten Aufsicht durch Instanzen unterworfen, die mit Gemeindeaufsicht an und für sich nichts zu tun haben. Auch dadurch wird eine Zersplitterung des ganzen Verwaltungsgefüges gebracht.

Kurze Chronik Die Mitteilungen des Deutschen Städtetags bringen in einer sehr interessanten Zusammenstellung die Resultate einer Umfrage über die Ergebnisse der Zwangseinquartierung, die von der Geschäftsstelle im April 1922 veranstaltet wurde. Die Tabelle zeigt, wie außerordentlich verschieden die Wohnungsverhältnisse in den einzelnen Städten liegen und wie verschieden daher auch die Wohnungsrationierung durchgeführt wurde. In allen Größenklassen finden sich Städte, die noch ohne Zwangseinquartierung durchgekommen sind. Der Prozentsatz der Wohnungen, die durch die Rationierung gewonnen sind, berechnet auf die Zahl der Großwohnungen mit 5 und mehr Zimmern, zeigt in den einzelnen Größenklassen starke Schwankungen. Neben Städten, die über die Hälfte der Großwohnungen zur Zwangsrationierung herangezogen haben, bestehen solche, in denen sich der Prozentsatz noch unter 1 bewegt. ◊ Im gleichen Monat hat die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetags den Versuch gemacht über das Eindringen ausländischen Kapitals in den deutschen Grundbesitz zuverlässiges Material zusammenzustellen. Die höchsten Zahlen kommen natürlich aus den von Ausländern bevorzugten Grenzstädten wie Aachen, Breslau, Düsseldorf, Flensburg, Frankfurt am Main, Köln, Wiesbaden und anderen. Irgendeine Regelmäßigkeit läßt sich den Zahlen kaum entnehmen. Doch weist im allgemeinen das 4. Quartal 1921 besonders hohe Zahlen auf.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Guesde † Zwei ihrer bedeutendsten Führer hat die französische Partei kurz nach einander in diesem Sommer verloren: Guesde und Sembat. Jules Guesde, einer der Alten unter den internationalen Sozialisten, starb am 29. Juli. Er war am 11. November 1845 in Paris geboren. Mit 17 Jahren schon bestand er das sogenannte Mittelschulexamen. Ebenso früh trieb ihn der Drang nach sozialer Betätigung aus der eben eingeschlagenen wissenschaftlichen Laufbahn. Er wurde Journalist und Volksredner. Als die von Marx ins Leben gerufene Internationale erstand, schloß sich ihr Guesde begeistert an, um dann sein ganzes Leben lang in ihrem Sinn zu wirken. Die Commune sah ihn unter ihren Kämpfern. Als sie niedergedrungen war, mußte er ins Exil flüchten, er schlug sich in der Schweiz und in Italien armselig durch und konnte erst 1876 wieder nach Frankreich zurückkehren. Auch später trafen ihn zahlreiche Strafen. Von 1876 bis 1879 arbeitete Guesde besonders lebhaft. Er erreichte es, daß sich 1879 in Marseille ein Gewerkschafts- und Genossenschaftskongreß zum Sozialismus bekannte. Das legte den Grundstock zu der Sozialistischen Partei Frankreichs, die ein Jahr darauf gegründet wurde. Guesde war ein Vertreter des sozialistischen Radikalismus alten Stils, allerdings ausgezeichnet durch Geist und Temperament, weshalb seine Schriften nie in die Öde des gewohnheitsmäßigen deutschen Radikalismus fielen. In der Frage des sozialistischen Ministerialismus, in deren Beantwortung Frankreich um die Jahrhundertwende mit dem Fall Millerand voranging (kann man sich heute, da die sozialistischen Minister eine allbekannte politische Erscheinung sind, noch die leidenschaftlichen Kämpfe im internationalen Sozialismus vorstellen, in denen Jaurès die Vernunft und das Gewissen, Bebel die kompakte Mehrheit repräsentierte?), war Guesde der Wortführer der Intransigenz. Als aber im August 1914 das Vaterland in Gefahr war, warf das leidenschaftliche Gefühl des fast Siebzigjährigen das Dogma über den Haufen: Guesde trat, zusammen mit Sembat, in das Ministerium der nationalen Verteidigung ein. Die zahlreichen Entzweigungen und Kämpfe innerhalb der französischen Partei, hier wie überall hauptsächlich vom Bolschewismus ausgelöst, verbitterten Guesdes letzte Lebensjahre. Er war bis zuletzt tätig und ist im Armut

gestorben. Ein großes Kapitel der Geschichte des französischen Sozialismus ist durch Guesdes Tod abgeschlossen. Mit Paul Lafargue hatte ihn treueste Freundschaft verbunden. Aber auch Jaurès hatte er persönlich nahegestanden; er bewunderte seine Größe und Tatkraft, so tiefe Meinungsdifferenzen ihn auch in der Sache von ihm trennten.

Sembat ↑ Als Guesde gestorben war, hatte Marcel Sembat auf die Aufforderung der Redaktion der Sozialistischen Monatshefte es übernommen einen Artikel über den alten Kämpfer für diese Zeitschrift zu schreiben. Er tat es besonders gern, weil durch den Beginn solcher Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften der Beginn einer Zusammenarbeit des aufbauenden Sozialismus Frankreichs und Deutschlands symbolisiert werden sollte. Gerade weil Sembat als Sozialist von glühender nationaler Empfindung war, gerade deshalb hatte er auch Sympathie für die nationale Gesinnung auf der andern Seite, und er begriff und teilte die Auffassung, die in dieser Zeitschrift stets vertreten wurde: daß nur die französisch-deutsche Kooperation das zerstörte Europa wieder aufrichten könne. Statt des Artikels, der in jenen Tagen erwartet wurde, kam die Nachricht, daß Marcel Sembat am 5. September plötzlich in Chamonix in der Schweiz gestorben wäre. Das war ein schwerer Schlag für die gemeinsame Sache des französischen und des deutschen Volkes. Jetzt müssen andere Genossen aus beiden Völkern sich mit vermehrter Energie der Aufgaben annehmen, an deren Lösung tätig mitzuwirken Sembat besonders berufen war. Sembat gehörte der sogenannten Rechten der Partei an. Beim Ausbruch des Weltkriegs stellte er sich seiner Nation zur Verfügung, er trat in die Regierung ein, wahrte jedoch stets sozialistische Haltung. Als die französischen Arbeiter ins Feld zogen, mahnte er sie immer daran zu denken, daß auch auf der andern Seite Genossen ständen. Noch 1913 hatte er das Buch geschrieben, das damals so viel Aufsehen erregte und einer Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland dienen sollte: *Faites un roi, sinon faites la paix!* Er war einer der gefürchtetsten Parlaments- und Versammlungsredner. Er hatte sprühenden Geist und zog in der Debatte auch seine politischen Gegner an (wie denn in Frankreich das Originelle der Art und die Schönheit der Form auch die Anders-

denkenden begeistern, die Leistung um ihrer selbst willen geschätzt wird). Seit ihn die Partei wieder aus dem Ministerium abberief, trat Sembat nicht mehr so stark hervor. Mit mild ironischer Überlegenheit sah er zu, wie Jean Longuet, der ihn, den Reformisten, angerannt und gestürzt hatte, nun selber vom Bolschewismus ereilt wurde. Er hatte aufgehört aktiv zu sein. Aber nach seiner Vergangenheit durfte man von ihm eine Zukunft erwarten. Um so härter muß das Schicksal seines jähren Endes empfunden werden. Seine Gattin, Georgette Agatte, als Malerin bekannt, erschob sich in der Nacht nach seinem Tod.

Deutschland: Die Parteitage der Sozialistischen demokratischen Partei und Einigung der Unabhängigen, der erste vom 17. bis zum 24. September in Augsburg, der andere vom 21. bis zum 24. September in Gera, standen fast ausschließlich unter dem Zeichen der Einigung. Die Diskussionen über dieses Thema bildeten nur den formalen Abschluß der Besprechungen, die in engeren Kreisen beider Parteien wie gemeinsamer Vertreter schon Monate lang vorher stattgefunden und die Wiedervereinigung vorbereitet hatten. Von einem Widerspruch war in Augsburg überhaupt keine Rede. In Gera trat eine kleine radikale Opposition, unter Führung Ledebours, hervor, die die Fahne der Unabhängigen Sozialdemokratie nach wie vor aufrechterhalten zu wollen erklärte. Ihr schloß sich außer Ledebour selbst noch Theodor Liebknicht, Obuch und wenige andere an, während Kurt Rosenfeld, der zuerst ebenfalls schwere Bedenken geltend machte, zu aller Überraschung dann dennoch in die geeinte Partei eintrat. Der eigentliche Einigungsakt vollzog sich am 24. September in Nürnberg, wohin jede der Parteien 150 ihrer Mitglieder entsandt hatte. Pfannkuch als Alterspräsident und Wilhelm Bock, der einstige Präsident des Gothaer Einigungsparteitags, übernahmen den Vorsitz. Hermann Müller und Artur Crispian sprachen für die beiden Parteien, Marie Juchacz für die Frauen und Brandes für die Gewerkschaften. Für die Zweite Internationale begrüßte Amon von der englischen Arbeiterpartei, für die Wiener Arbeitsgemeinschaft Compère-Morel die vollzogene Wiedervereinigung, die, wie alle Redner hervorhoben, in dem Zusammenschluß der beiden Internationalen bald ihren weitem Ausdruck finden werde. Die nun geeinte Partei richtete darauf ein Manifest an die Arbeiter-

schaft. Es sagt unter anderm: »Wiedervereint wird sie [die sozialistische Bewegung] verstärkte Kräfte entfalten. Von der Industriearbeiterschaft ausgehend, die zuerst die Bedeutung des sozialistischen Gedankens erkannte, hat sie immer weitere Schichten des schaffenden Volkes ergriffen, sie hat große Teile des Landvolks, der Angestellten, der Beamten unter ihren Fahnen gesammelt. Nur von seltenen, bald wieder wettgemachten Rückschlägen unterbrochen, zeigt die Linie ihrer Entwicklung steten Aufstieg. . . Die Einigung in Deutschland ist uns Unterpfand und sichere Verheißung der Einigung in der wiedererstehenden sozialistischen Internationale.« Die Einigung war damit auf Grund der vorher vereinbarten Organisationsbestimmungen wie des provisorischen Aktionsprogramms vollzogen. Dieses Programm erhebt nicht den Anspruch eine neue wissenschaftliche Begründung des Sozialismus oder auch nur dauernde Richtlinien für die Betätigung der geeinten Partei zu geben. Das soll einem eingehenden Entwurf vorbehalten bleiben, den eine besondere Kommission unter dem Vorsitz Karl Kautskys ausarbeiten wird. Das Aktionsprogramm nennt nur die unmittelbaren Ziele der Vereinigten Sozialdemokratie; es fordert vor allem den »schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Ausgestaltung der Reichswehr zu einer zuverlässigen Verteidigungswaffe der Republik, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat . . ., Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen« und in der Finanz- und Wirtschaftspolitik »unmittelbare Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen, Erbrecht des Reichs bei entfernten Verwandtschaftsgraden . . ., Verhinderung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht, schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Gratisaktien und Bezugsrechte, Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne, verschärfte Erfassung der Auslandsdevisen mittels wirksamer Kontrolle durch die Außenhandelsstellen, Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Zucker unter Mitwirkung und Förderung der Genossenschaften, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, Bekämpfung des Bauwuchers, Kontrolle der privatwirtschaft-

lichen Monopole, Sozialisierung der Schlüsselindustriellen, insbesondere des Bergbaus«, in der Sozialpolitik »Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag«, in der internationalen Politik »Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaus unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands«. Das sind ganz allgemeine Forderungen, die keinen Anlaß zum Widerspruch einer der beiden Parteien geben konnten. Wie Crispian, der Vertreter der weit überwiegenden Mehrheit, in Gera richtig sagte, existierte in der Tat in letzter Zeit kaum mehr eine wesentliche Differenz zwischen der politischen Stellungnahme der Sozialdemokratie und der der Unabhängigen. Sie lag höchstens in der Haltung der beiden Parteien zur Koalitionspolitik. Nach dem vorjährigen Görlitzer Parteitag hatten die Unabhängigen bekanntlich dauernd darauf hingewiesen, daß die Billigung einer Regierungskoalition ohne ausdrücklichen Ausschluß der Deutschen Volkspartei jede Einigungsmöglichkeit wieder zerstört hätte. Inzwischen haben sich die Unabhängigen aber, dem Zwang der Verhältnisse folgend, prinzipiell zur Koalitionspolitik bekehrt, und es kann sich in der praktischen politischen Arbeit höchstens noch um ein Mehr oder Weniger handeln. Jedenfalls ist die Raschheit und Gründlichkeit bemerkenswert, mit der die einst so heftig bekämpfte revisionistische Forderung sich selbst unter Intransigenten Bahn gebrochen hat. Wenn gerade jetzt die Frage wieder um eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei ging, die unter den gegenwärtigen politischen Umständen als dringende Notwendigkeit erscheint, so ist natürlich auch deren Ablehnung nur ein letztes Refugium des "Radikalismus", aus dem er schließlich ebenso vertrieben werden wird wie aus allen seinen früheren Positionen. In diesem Punkt bedeutet die Wiedervereinigung vielleicht eine Verlangsamung der richtigen politischen Orientierung, wie die Ablehnung der Großen Koalition bei der Kabinettskrise im November gezeigt hat, da sich die Unabhängigen naturgemäß noch stärker verpflichtet fühlen ihre frühere Tradition aufrechtzuerhalten. Hoffen wir, daß sie auch darin bald die alten Eierschalen fallen lassen. Gutes darf man von ihrem Einfluß in gewisser Hinsicht in der Außenpolitik erwarten, wo sie die das deutsche Volk so schwer schädigende und den Zusammenschluß des Festlands hindernde Hetze gegen Frankreich niemals mitgemacht haben.

Zu Vorsitzenden der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurden einstimmig Hermann Müller und Artur Crispian gewählt, und nach Vorschlägen der beiden Parteitage setzte man eine Programm- und eine Organisationskommission ein.

In einer Sonderbeilage des Vorwärts und der Freiheit (die nunmehr zu einem Organ verschmolzen sind) begrüßte eine Reihe deutscher und ausländischer Parteigenossen die Wiedervereinigung als ein bedeutungsvolles Ereignis, das nur das Vorspiel zur erstrebten Einigung der Internationale bilden werde. Leider kommt diese etwas verspätet, da die Tage der Präponderanz des Sozialismus, die in der glorreichen russischen Revolution vom April 1917 begründet, durch die bolschewistische Konterrevolution vom November 1917 sabotiert, dann durch den Kriegsausgang und den deutschen Novemberumsturz wiedergeschaffen wurde, einstweilen vorüber sind. Sie werden erst wiederkommen, wenn der Sozialismus seine Pflicht erkennen und ausüben wird: Träger des Produktionsgedankens zu sein.

Totenliste

Am 8. August starb nach langen Leiden an den Folgen einer schweren Operation *Alwin Gerisch*, der viele Jahre hindurch, einst an der Seite Auers, im Parteivorstand tätig war, ursprünglich als Sekretär, dann als Kassierer. Erst 1912 zwang ihn dann seine Krankheit das Amt niederzulegen, und von da an betätigte er sich nur noch in der Trepower Gemeindeverwaltung. Gerisch war am 14. März 1857 in dem erzgebirgischen Dorf Rautenkranz geboren. Er war der Sohn eines Proletariers. Als Maschinenbauer beteiligte er sich zuerst an der Agitation in seiner Gewerkschaft; 1892 wurde er Vorstandsmitglied und dann Rendant im Berliner Metallarbeiterverband. 1892 wurde er in den Parteivorstand berufen. Er interessierte sich besonders für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, wo er zahlreiche Parteiblätter ins Leben rief. 1894 wurde Gerisch im Plauenschen Kreis in den Reichstag gewählt, dem er bis 1898, und dann nochmals von 1903 bis 1906 angehörte. Alwin Gerisch erfreute sich wegen seines reinen Idealismus der Hochschätzung aller Genossen, die ihn näher kannten. Wer vor mehr als 2 Jahrzehnten das Bureau des Parteivorstands (die "Katzbachstraße") besuchte, wird in Erinnerung haben, wie die Drei: Auer,

Pfannkuch, Gerisch, im engen Raum an der so simplen und so wichtigen Arbeit saßen, wie der bedeutendste Mensch, über den damals das deutsche Volk verfügte: Ignaz Auer, mit ruhiger Selbstverständlichkeit Adressen schrieb und Zirkulare versandte, und die beiden treuen Kollegen genau wie er sich zu nichts zu schade waren. Das war die schöne Generation der stillen Kämpfer.

Am 28. August starb, 79 Jahre alt, *Heinrich Dietz*, in Stuttgart. Den im ganzen internationalen Sozialismus bekannten und berühmten Verlag J. H. W. Dietz in Stuttgart hat er selbst begründet und geleitet. Eine große Reihe der Schriften, die dort erschienen sind, verdankt ihre Existenz seiner persönlichen Anregung und dem tiefen Interesse, das er dem geistigen Leben in der Partei entgegenbrachte. Das größte Werk seines Verlags ist die Internationale Bibliothek, die 70 Bände umfaßt und in der fast alle bedeutenden Mitglieder der Partei als Mitarbeiter vertreten sind. Marx', Engels', Mehrings Schriften wie Jahrzehnte hindurch die Neue Zeit erschienen bei Dietz. Dietz wurde am 3. Oktober 1843 in Lübeck geboren. Er wurde Buchdrucker und arbeitete an der Genossenschaftsdruckerei in Hamburg, bis er unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen wurde. Von 1861 bis 1918 war er für den 2. Hamburger Wahlkreis Reichstagsabgeordneter. Dietz war eine Persönlichkeit von hohen menschlichen Qualitäten, die sofort Sympathie und Vertrauen hervorriefen. Auf dem Parteitag in Lübeck hatte man den Eindruck, daß er, obgleich seit langem in Süddeutschland tätig, fest in seiner Heimat an der Nordkante wurzele.

In Leipzig starb am 28. August infolge einer Operation *Karl Pinkau*, im Alter von 63 Jahren. Er war Lithograph und Photograph, war aber vor allem als Parteitagator tätig. Auch ihn traf unter dem Sozialistengesetz Gefängnis und Ausweisung. Später kehrte er nach Leipzig zurück und wurde dort bald Stadtverordneter und Landtags-, später auch Reichstagsmitglied.

Am 16. Oktober starb in Berlin plötzlich *Ilja Rubanowitsch*, einer der bekanntesten Führer der russischen Sozialrevolutionäre. Er war 1859 geboren und ursprünglich Wissenschaftler, widmete sich aber bald ganz der revolutionären Tätigkeit. Er gehörte der Partei der Volksfreiheit an, mußte 1880 ins Ausland flüchten und lebte seitdem meist in Paris, von wo er für seine Partei wirkte.

Die 1901 gegründete Sozialrevolutionäre Partei entsandte ihn als Vertreter in das Internationale Sozialistische Bureau nach Brüssel, dem er bis zu seinem Tod angehörte. Rubanowitsch war auch Mitarbeiter der Humanité unter Jaurès und Herausgeber der Zeitschrift La Tribune Russe. Nach Berlin, wo ihn kurz nach einer Rede der Tod ereilte, war er zu einer Konferenz der Auslandsdelegation der Sozialrevolutionäre gekommen,

Kurze Chronik Bei den *englischen* Parlamentswahlen gewann die Arbeiterpartei 142 Mandate, gegenüber 346 Konservativen, 58 Liberalen Asquithscher, 57 Liberalen Lloyd Georgescher Richtung und 12 Unabhängigen. Die Arbeiterpartei bildet somit in dem neuen Parlament die zweitstärkste Fraktion. Dabei ist vom sozialistischen Standpunkt die bedeutende Vermehrung der Vertreter der Independent Labour Party bemerkenswert, die bekanntlich innerhalb der Labour Party den Sozialismus repräsentieren. Unter ihnen sind MacDonald, Webb, Snowden, Trevelyan, usw. zu nennen. Clynes, der bisherige Fraktionsvorsitzende der Partei, wurde von der Fraktion zugunsten MacDonalds seines Amtes enthoben; er ist jetzt nur dessen Stellvertreter; Henderson wurde Haupteinpeitscher; Wedgwood und Walsh wurden in den Vorstand hineingewählt. \diamond In der *französischen* Kommunistischen Partei gab es vor kurzem infolge eines Schreibens der Moskauer Exekutive, das den Ausschluß Verfeüils und seiner Anhänger wegen antikommunistischen Vorgehens forderte, wieder einmal eine Art Krise. Im übrigen ist auch diese Sektion der Dritten Internationale längst dem vollständigen Zerfall nahe. Sie verlor von Oktober 1921 bis Juli 1922 gegen 40 % ihrer Mitglieder. Auch ihre finanzielle Lage ist trostlos. \diamond In *Schweden* fanden Anfang November Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden sozialistischen Parteien statt, um ihren Wiederausenschluß vorzubereiten. Die Linksozialisten hatten dort allerdings ohnehin keinen erheblichen Anhang; in der Kammer besaß sie nur 5 Mandate, gegen 100 rechtssozialistische. \diamond Am 14. September wurde eine der alten Berliner Parteigenossinnen, *Agnes Fahrenwald*, 70 Jahre alt. Sie gehört noch jetzt der Berliner Stadtverordnetenversammlung als Mitglied an. Den Berliner Genossinnen war sie als einstige Leiterin des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins, von 1891 bis 1896, bekannt.

Literatur

In einer kleinen Schrift *Der Geist des neuen sozialdemokratischen Programms* /Jena, Gustav Fischer/ sucht *Paul Kampffmeyer* den Kern des Görlitzer Programms herauszuschälen. Er sagt: »In dem Görlitzer Programm schwingt ein neuer, starker, ethischer Grundton. Der zwecksetzende, auf die Erzeugung eines neuen Gemeinschaftsgeistes gerichtete Wille erhebt sich gleichsam als schöpferische Macht, die vorher unbewußt vorwärtssteuernde "Entwicklung" erlangt sozusagen klares Bewußtsein über sich selbst.« Kampffmeyer hebt sehr klar die ethischen Gesichtspunkte hervor, die Marx und Engels ebenso sehr wie Lassalle in ihrer Agitation bestimmten. Die heutige Sozialdemokratie verkenne zwar nicht die Entwicklungsmomente, die unbewußt zum Sozialismus führen, aber sie unterstreiche den »bewußten Umformungswillen der Arbeiterschaft«. Kampffmeyer betont auch die Erkenntnisfortschritte, die die Partei von Erfurt bis Görlitz auf verschiedenen Gebieten gemacht hat, so in der Agrarfrage, der Auffassung des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zum Staat, dem Schul- und Jugendbildungsproblem, der Forderung einer allgemeinen Volksfürsorge an Stelle einer umschränkten Sozialpolitik. Besondere Wichtigkeit mißt er, und wohl mit Recht, der jungsozialistischen Bewegung zu, die sich ganz auf die früher vernachlässigten ethisch-kulturellen Seiten des Sozialismus stütze. In der Tat, wenn irgendwo, so ruht die Hoffnung auf eine innere Regeneration der sozialistischen Bewegung mit in erster Linie auf dem Jungsozialismus, der noch nicht in Bürokratismus und in tödender Gewohnheit erstarrt ist. \diamond Von ganz anderen Gesichtspunkten geht *Siegfried Kawerau* (Das Görlitzer Programm /Berlin, Schwetschke & Sohn/) aus. Er ist nicht einverstanden mit der neuern Staatsauffassung der Sozialdemokratie, er sieht darin eine Verwechslung des Gegenwartsstaats, der ihm, den früheren dogmatischen Meinungen entsprechend, nur ein Ausbeutungsorgan gegenüber allen unterdrückten Klassen ist, mit dem zu erstrebenden »Gemeinwesen« oder der »Freibürgerschaft«. Er vermißt in dem Programm alle klaren radikalen Forderungen. Das gesamte Programm ist ihm der bewußte oder unbewußte Ausdruck des Willens zur Koalition mit bürgerlichen Parteien. Also im wesentlichen eine Kritik, aus den Auffassungen des alten "Radikalismus" heraus.

Gewerkschaftsbewegung / Max Schippel**England**

Politisch oder doch wenigstens parlamentarisch hat die englische Arbeiterbewegung einen großen Fortschritt aufzuweisen: Sie zieht mit 142 Abgeordneten als stärkste Oppositionspartei in Westminster ein, und daß sie MacDonald zu ihrem Führer, wie früher schon Sidney Webb zu ihrem Mitleiter, erkor, darf man als günstiges Anzeichen dafür nehmen, daß nicht nur die bewährten Tretmühlengrößen der Organisation und Agitation (im äußerlichsten Sinn dieser Worte) in der Fraktion tonangebend sein sollen. Das ist um so aner kennenswerter, als es noch gar nicht lange her ist, daß organisierte Seearbeiter den veröhnlichen Friedensfreund von der Teilnahme an wichtigen internationalen Konferenzen brutal fernhielten.

Wirtschaftlich und gewerkschaftlich jedoch bleiben die englischen Arbeiter in die Defensive zurückgedrängt. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende November noch immer 1 377 000; ihre Behandlung spielte während der Wahlkämpfe keine geringe Rolle, und gleich nach den Wahlen kam es unter Teilnahme der Provinz zu einer großen Arbeitslosendemonstration in London, der die Regierung Bonar Laws ziemlich ratlos gegenüberstand. Die Labour Gazette schätzte bis Oktober die Lohn einbußen bei 7½ Millionen berichtszugängigen englischen Arbeitern im Jahr 1922 auf annähernd 4,2 Millionen Pfund Sterling; nur 75 000 Arbeiter hatten im gleichen Zeitraum einen Lohnfortschritt von im ganzen nur 11 500 Pfund zu verzeichnen. Schon im Vorjahr 1921 wurden aber die Lohnverluste auf 6 Millionen Pfund angegeben. Die einst so stürmisch vorwärtsdrängenden Bergarbeiter sahen 1921 bereits gegen den Jahresanfang ihre Löhne je nach den einzelnen Revieren um 20 bis 60 % verkürzt, die Eisen- und Stahlarbeiter um 30 bis 43 %, die Baumwoll- und Wollarbeiter um 22 bis 27 %, obwohl es sich hier durchgängig um gut, meist sogar um lückenlos organisierte Berufe handelt. Bis Ende September 1922 rechnete das Arbeitsamt, immer gegen Anfang 1921, eine allgemein durchschnittliche Lohnsenkung um 35 % heraus; wenn Ende 1920 die Löhne noch um 170 bis 180 % über dem Vorkriegsniveau standen, allerdings bei jahrelang ständig gesteigerter Teuerung bis auf die Höchstindexziffer von 176 im November 1920, so war September 1922 nur noch eine Lohnsteigerung von etwa 20 % übrig

geblieben, und bei der großen Beschäftigungslosigkeit scheint es zweifelhaft, ob der Septemberpreisindex von nur noch 86 eine geringe wirkliche Aufbesserung für größere Massen übrig läßt. Da, ähnlich wie bei uns in Deutschland, die erste Kriegszeit mit starken Einkommens- und Verbrauchseinschränkungen verbunden war, und die Löhne eigentlich erst mit Oktober 1917 kräftiger erhöht wurden, so ist die Bilanz der letzten 8 bis 9 Jahre niederdrückend.

Im Hinblick auf die ungünstige gewerkschaftliche Konjunktur suchte Anfang September auf dem Gewerkschaftskongreß in Southport der 32köpfige Generalrat hinreichende Vollmachten zur Verhütung wilder und andere Berufe mitschädigender Streiks zu erlangen; er forderte ein wirkliches Mitbestimmungs- und Eingriffsrecht an Stelle der bloßen unverbindlichen Raterteilung und Begutachtung (siehe diese Rundschau, 1922 I, Seite 303). Der Egoismus und Autonomieanspruch der Einzelverbände ließ es auch diesmal nicht dazu kommen; fast alle namhaften Verbandsleiter, Clynes, Hodges, Cramp, Bevin, Croß, Tom Shaw, ergingen sich in Warnungen, und nur Smillie, der aus seiner Pensionierung zu den Bergarbeitern zurückgekehrt ist, unterstützte die Zentralstelle, die noch lange keine Zentralleitung nach Art des Vorstandes des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ist.

Ob die endliche Gewinnung eines journalistischen Tagesorgans eine stärkere einheitliche Einflüßausübung schaffen wird, bleibt abzuwarten. Der Gewerkschaftskongreß in Southport beschloß mit 4 000 000 gegen 916 000 Stimmen den seit Anbeginn finanziell notleidenden Daily Herald, der einige seltsame Wandlungen und Seitensprünge hinter sich hat, aufrecht zu erhalten und zu diesem Zweck die Jahresumlage für den Kongreß von 1 auf 3 Pence je Kopf der angeschlossenen Verbände zu erhöhen. Zum Leiter des Blattes wurde Hamilton Fyfe ausersehen, ein Journalist von Ruf, der sich rasch die wärmsten Sympathien der Arbeiter erworben hat.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten scheint der Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise überschritten. Überraschenderweise kommt dies am frühesten bei den mehr ungelerten Arbeitern zur Geltung. Hier haben offenbar die Stockung der Einwanderung und die nicht unbedeutende Rückwanderung seit dem Beginn des europäischen Krieges, dann die absperr-

rende neue Einwanderungsgesetzgebung nach dem Krieg große Umwälzungen erzeugt. Im März hörte man bereits von einem Mangel an Holzarbeitern im pazifischen Staat Washington; im April kamen ähnliche Klagen aus den Stahlwerken und Metallindustriellen Indianas, aus den Minendistrikten von Colorado und Arizona, aus den Petroleumgebieten Oklahomas. Zuletzt schlossen sich die atlantischen Staaten mit ihrer größern Bevölkerungsfülle an. Mitten im Kohlengrubenstreik kündigten die Stahlwerke deshalb mit einemmal eine Lohnaufbesserung um 20 % vom 1. September ab für gewöhnliche Tagelöhner an, und diese bittere Erfahrung diente alsdann auch den Grubenherren zur Warnung und verhalf den streikenden Bergarbeitern zu einem leidlichen Ausgang des seit 1. April wütenden Lohnkampfes. Man wird bei dieser Gelegenheit wieder so recht gewahr, wie selbst auf die Industrie der noch immer nicht erloschene siedelungskoloniale Charakter Amerikas zurückwirkt: Die Neue Welt braucht noch immer den Fremdstrom in einem Maß, das der Alten Welt ganz unbekannt ist. Während der Kriegszeit half noch die Binnenwanderung der Neger nach den nördlicheren Industrievieren einigermaßen aus, freilich, wie sich später herausstellte, unter bedenkllicher Verschärfung der alten Rassengegensätze in den gewerblichen Zentren der Mitte und des Nordens. Heute kommt die mehrjährige Stockung in einer ganz wesentlichen Umgestaltung des Arbeitsmarkts zum Ausdruck, denn die länger bodenständige Bevölkerung und ihr Nachwuchs überließ seit jeher das common labor den einwandernden Europäern (und zum Teil, obwohl unter Protest, den Asiaten): früher den Iren, später den Deutschen und Mitteleuropäern, zuletzt den Süd- und Osteuropäern. Die jüngste amerikanische Krisis und das Aufstreben der Nachkriegsstaaten in Europa weckte aber sogar eine außerordentliche Rückwanderung. In dem am 30. Juni 1922 beendeten Finanzjahr, für dessen ganze Dauer zum erstenmal die Kontingentierung (die Quotenbegrenzung der neuen Einwanderungspolitik) voll in Kraft war, wurden in den Vereinigten Staaten 309 556 fremde Einwanderer zugelassen (gegen regelmäßig über 1 Million vor dem Krieg). Diesen standen jedoch gleichzeitig 198 712 Auswanderer gegenüber. Bei den unqualifizierten Arbeitern wird vollends ein Zugang von 32 724 gegen einen Abfluß von 100 058 Köpfen (Mann, Frau,

Kind) verzeichnet, also ein positiver Verlust von 67 334. Polen kamen 6 357 und gingen 31 004, Italiener kamen 41 154 und gingen 54 010, Litauer 1602 gegen 4606, Griechen 3821 gegen 7649. Alle diese Nationen suchten bisher gerade in den Stahl- und Bergwerken und ähnlichen Produktionszweigen Unterkommen, und die Verlegenheit der Unternehmer ist hier bei sich allmählich wieder regendem Geschäftsaufschwung keine geringe; man wirft schon recht bange Fragen für die Zukunft auf und macht der Einwanderungspolitik der Federation heftige Vorwürfe. Vielleicht werden sich hieraus noch unvorhergesehene wirtschaftliche und politische Folgen ergeben; zunächst stützt jedenfalls die günstigere Position der "gewöhnlichen Arbeiter" die qualifizierteren, gewerkschaftlich führenden Arbeiter in ihrem Ringen.

Für das Auf und Ab auf dem Arbeitsmarkt und Lohngebiet bieten die eingehenden Statistiken des Staates New York, wie sie allmonatlich vom Industrial Commissioner im Industrial Bulletin veröffentlicht werden, genügenden Anhalt. Danach war mit dem Monat März 1922 der durchschnittlich tiefste Stand der Löhne erreicht (vorher, im Oktober 1920, bei der Nachholung der während des Krieges ausgefallenen Produktion, der Höchststand). Ein Drittel der Ende 1920 und alsdann im Jahr 1921 Entlassenen hat nach der selben Statistik bis August 1922 wieder Unterkunft gefunden. Seitdem ist die Wiederholung noch merkbarer geworden.

Schweiz

Wie sehr die schweizerische Produktion unter der allgemeinen rückgängigen Konjunktur, zugleich jedoch unter der zwar abgestuften, aber doch fast allseitigen Valutazerrüttung (Österreichs, Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Belgiens) und den daraus entstandenen Exportprämien in jüngster Zeit litt, ergibt der Bericht über die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahr 1921 (Beilage zur Novembernummer der Gewerkschaftlichen Rundschau). »Die schweizerischen Gewerkschaften«, lesen wir in diesem erschütternden Rückblick, »haben ein Krisenjahr hinter sich von so ungeheurer Wucht, daß sogar der Bestand festgefühter Verbände tatsächlich in Frage gestellt war. Die Arbeitslosigkeit verschärfte sich im Jahr 1921 von Monat zu Monat. Am schlimmsten wütete sie aber in den Exportindustriellen. Diese Tatsache konnte auch auf die Gewerk-

schaften nicht ohne Einfluß bleiben. Dieses zeigt sich in einem Rückgang der Mitgliederzahl, in der Reduktion der Einnahmen, in der Steigerung der Ausgaben. Die Mitgliederzahl der Verbände ging im Berichtsjahr von 223 572 auf 179 391, also um 44 181 zurück. Am Rückgang partizipieren die weiblichen Mitglieder stärker als die männlichen; ihre Zahl fiel von 41 534 auf 29 121, also um 29 %; die Zahl der männlichen Mitglieder von 182 038 auf 150 270, gleich 18 %. Mitgliedervermehrungen finden wir nur bei den Eisenbahnern, bei den Gemeinde- und Staats-, den Telephon- und Telegraphenarbeitern und den Typographen. Die Zunahmen halten sich durchweg in sehr bescheidenen Grenzen. Die Mitgliederrückgänge bewegen sich folgendermaßen: Metallarbeiter 33 %, Bauarbeiter 32,5 %, Lederarbeiter 30 %, Bekleidungsarbeiter 27 %, Textilarbeiter 26 %, Hutarbeiter 25 %, Papierarbeiter 22 %, Vereinigte Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter 21,5 %, Zahn-techniker 17 %, Buchbinder 14,9 %, Holzarbeiter 13,5 %, Lithographen 7 %, Heimarbeiter 0,8 % ... Die Lohnbewegungen des Jahres 1921 stehen weit zurück gegenüber den Vorjahren, eine Erscheinung, die jede Krisenperiode zeigt. Von den gemeldeten 640 Bewegungen hatten 154 Erfolg, 157 teilweisen Erfolg; 314 waren erfolglos (15 wurden im Berichtsjahr nicht erledigt) ... Was die Zahl der Beteiligten an Streiks und Aussperrungen betrifft, so stehen wir etwa bei der Ziffer von 1916. Dagegen ist die Zahl der Unterstützungstage rund 4mal größer. Das zeigt, daß die Kämpfe im Jahr 1921 viel hartnäckiger und langwieriger waren als im Jahr 1916; eine Erscheinung, die sich immer zeigt in Krisenzeiten. Der Unternehmer, den keine großen Aufträge bedrängen, dem wenig Schaden aus dem Streik erwächst, ist weniger zum Nachgeben bereit. Vielfach benutzt er sogar die schlechte Konjunktur, um die Arbeiter zu einem Streik zu verleiten, der ihm dann die erwünschte Gelegenheit gibt "aufzuräumen". In solchen Zeiten müssen sich die Arbeiter merken: Laß dich nicht provozieren!«

Österreich

Für Österreich dagegen liegen in der Gewerkschaft vom 27. Juni 1922 erfreulichere Mitteilungen für das Jahr 1921 über Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften vor: »ein Bild von wahrhaft erhebender Größe«, wie es in der Einleitung heißt. »Die Zahl der in den

freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten scheint nicht mehr steigerungsfähig, so groß ist sie bereits. Manche Berufsgruppen sind fast zur Gänze erfaßt, und von besonderer Bedeutung ist die mustergültige Disziplin, von der diese proletarische Armee durchdrungen ist.« Eine ungeheure Kraftanstrengung bereitet natürlich das Bemühen Löhne und Gehälter immer wieder dem rapid zusammenbrechenden Geldwert anzupassen. »Nur der Aufopferung aller gewerkschaftlichen Vertrauensmänner ist es zu danken, wenn die Gewerkschaften über alle Klippen während des vergangenen Jahres hindübergekommen sind.« Die Mitgliederzahl (Arbeiter und Angestellte) stieg von 1913 bis 1921 von 415 195 auf 1 079 777, darunter die Zahl der weiblichen Mitglieder von 28 864 auf 261 540 (also von 11,70 auf 24,22 %, was gegen die Jahre 1917 bis 1919 mit ihren 28,56, 27,46 und 25,02 % allerdings wieder ein geringes Abflauen bedeutet). Die Einnahmen und Ausgaben sind wegen des rasenden Valutasturzes wenig vergleichbar. Aber wenn von 1920 auf 1921 die Einnahmen von 86,7 auf 626 Millionen Kronen stiegen, so sind »verglichen mit den Leistungen der Mitglieder in der Vorkriegszeit, die Beiträge sowohl wie die Kopfquoten und Vermögenstände dennoch zurückgeblieben«. Eine der wichtigsten Aufgaben werde es daher sein das finanzielle Gleichgewicht in den Verbänden wiederherzustellen. (Über die Schwierigkeiten angesichts des letzten Valutasturzes noch länger die Indexleitlohnpolitik in vollem Maß zu behaupten wird später zu berichten sein.)

Tschechien

Auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund für die Tschechoslowakei liegt jetzt, in der Gewerkschaftlichen Rundschau vom 30. Juni 1922, der Bericht für das Jahr 1921 vor. Danach zeigte 1921 gegen 1920 allerdings einen Mitgliederverlust von etwa 40 000 Köpfen: die erste Landeskonferenz 1919 vereinigte nach einer rohen Zusammenstellung, einschließlich Mähren und Schlesien, rund 130 000 Mitglieder, Ende 1919 war der Mitgliederstand 219 000, Ende 1920 403 211, 1921 364 554. Neben den fluktuierenden Mitläufern und den politischen Streitigkeiten spielte hier die Wirtschaftskrise mit, der Tschechien bei steigender Valuta und sinkenden Preisen zunächst verfiel. Die Beziehungen zu den tschechischen Gewerkschaften sind noch immer unregelt, die Verständigungsvor-

schläge der tschechischen Zentrale erschienen seinerzeit dem deutschen Flügel unannehmbar, und zu deutschen Gegenvorschlägen, die schon zur Bildung einer einheitlichen Landeszentrale für den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam unentbehrlich sind, kam es erst vor kurzem, ohne daß bisher eine tschechische Gegenäußerung vorliegt.

Totenliste

Einer der Gründer und Wegbereiter des heutigen Verbands der Bekleidungsarbeiter, der Schneider *Fritz Knoop*, starb am 12. Juni in seinem 67. Lebensjahr. Zuletzt Angestellter der Filiale Berlin, war er viele Jahre noch ehrenamtlich als Gewerbegerichtsbeisitzer und im Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie rege tätig. Die Textilarbeiter verloren den frühern langjährigen Vorsitzenden der Filiale Landeshut in Schlesien *Gustav Proll*, der nach dem großen Streik von 1907 gemäßigelt, später zum Arbeitersekretär, nach der Revolution zum 2. Bürgermeister von Landeshut gewählt wurde. An der Wende vom Juni zum Juli verschied *Victor Griffuelhes* im Alter von 47 Jahren: seit Jahren von der französischen Arbeiterbewegung zurückgezogen, aber dereinst als überaus fähiger Kopf des Syndikalismus und als bitterer Kritiker der französischen Parteipolitik viel genannt. Von 1901 bis 1909 stand er, der aus dem Schuhmacherberuf hervorgegangen war, als Generalsekretär an der Spitze der *Confédération générale*, und als einer der markantesten Persönlichkeiten der französischen Gewerkschaften zollen ihm selbst seine ehemaligen Gegner hohe Anerkennung.

Als Opfer der nationalistischen Wirren in Oberschlesien fiel am 2. Juli bei den Gleiwitzer Unruhen *Franz Richly*, seit seiner frühesten Jugend Mitglied, später Angestellter des Bauarbeiterverbands.

Am 14. Juli starb *Emil Leuger*, der tüchtige württembergische Gauleiter des Zimmererverbands, im Cannstatter Krankenhaus an den Folgen einer schweren Nierenentzündung, die der Arzt dem öftern Aufenthalt in ungeheizten Sitzungs- und Versammlungsräumen zuschrieb.

Am 3. August starb *Wilhelm Klein* im Alter von 66 Jahren. Er war viele Jahre hindurch Hauptkassierer des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer. Schon im Jahr 1887 war er dem Fachverein beigetreten und hatte selbst außerordentlich für den Zusammenschluß der Fachvereine zu einem Zentralverband gewirkt.

Am 19. August starb der langjährige Gauleiter der Textilarbeiter *Emil Döbler* in Hannover im Alter von 52 Jahren. Schon in seiner Vaterstadt Merane hat er als Weber alle Leiden seiner Berufskollegen mit durchkosten müssen. 1906 berief man ihn nach Hannover.

Der gleiche Berufsverband verlor am 29. September das ehemalige Mitglied des Hauptvorstands *Max Massuthe*, zuletzt Geschäftsführer der Verbandsfiliale in Göppingen. Er hatte sich nach dem Krieg den Kommunisten angeschlossen, ohne mit dem Verband zu zerfallen.

Ein vorbildlich tätiger, unermüdlicher Arbeitsgenosse war der am 17. September im Alter von 59 Jahren verstorbene Hamburger Arbeitersekretär *Martin Gildenberg*, früher in der Buchdruckerbewegung wirkend, später Redakteur der Erfurter Tribüne, dann Arbeitersekretär in Halle und seit 1912 in Hamburg.

Der um die Partei so hochverdiente *Heinrich Dietz*, der im Alter von 79 Jahren verschieden ist (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band, Seite 1015), war zugleich ein vorbildlicher Förderer der Gewerkschaftsbewegung. Als Gehilfe war er der Buchdruckerorganisation auf das engste verbunden, so daß ihm hier eine Zeitlang eines der höchsten Ehrenämter zufiel. Später als Geschäftsführer und Unternehmer suchte er seinen Betrieb in der Regelung der Arbeitsbedingungen jederzeit mustergültig zu gestalten. Als Verleger verdanken ihm die grundlegenden Werke der Webbs ihre deutsche Verbreitung, und ebenso stellte er seine hochzuschätzende buchhändlerische Kraft *Bringmanns Zimmererbewegung*, *Hues Bergarbeitergeschichte*, *Horns Glasarbeitern* und noch manchem andern gewerkschaftlichen Schriftwerk verständnisvoll und opferbereit zur Verfügung. Eine umfassende Geschichte der Gewerkschaftsentwicklung, ähnlich der mehrbändigen Geschichte des Sozialismus, hat er lange Jahre geplant und, wenn ich nicht irre, auch mit 2 unterdes verstorbenen Genossen bis zu einem gewissen Grad vorbereitet. Vollends wird allen, die ihn näher kannten, seine sympathische Persönlichkeit und sein großzügiges Wesen unvergessen bleiben.

Ähnlich hat sich der, im Alter von 65 Jahren verschiedene Parteikassierer *Alwin Gerisch* seine Spuren in der Gewerkschaftsbewegung verdient. Von der Mitte der achtziger Jahre an bis 1892, also gerade in kritischster Zeit, war er Vorstandsmitglied der Berliner lokalorganisierten Metallarbeiter.

Eigenpublikationen Die *Bergarbeiter* erfüllen eine Pflicht der Pietät in nachahmenswerter Weise, indem sie Nikolaus Osterroth ein Lebensbild von Otto Hue in einer fesselnden Broschüre entwerfen ließen; der Ertrag soll mit dazu verhelfen dem unersetzlichen Führer ein würdiges Grabmal zu schaffen. Da die hier geschilderten Kämpfe um Sechs- und Siebenstundengesetz und Überschichtabkommen, um Arbeitsgemeinschaft, Gewinnbeteiligung und Kleinaktie, um Betriebsratsvollmachten und Reparationskohlenlieferungen noch lange das allgemeinste Interesse erregen werden, so sei die ungewöhnlich lebhaft und gewandt geschriebene Arbeit bestens empfohlen.

Die *Transportarbeiter* konnten eine Festschrift: 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit, herausbringen, die alle wichtigen Tatsachen der Verbandsentwicklung überaus eindrucksvoll zusammenfaßt.

Das Jahrbuch der *Bauarbeiter* für 1921 bringt gegen früher einige neue Abschnitte: die Umschulung von Hilfsarbeitern zu Facharbeitern, Jugendbewegung, Lohnstatistik. Die »Maßnahmen gegen Schädlinge« beleuchten den Kampf der Kommunisten gegen den Verband. Über die Bestrebungen für Sozialisierung des Baugewerbes, für Bauarbeiterschutz und deutsch-französischen Wiederaufbau erfährt der Politiker und Sozialpolitiker Unentbehrliches, das leider von unserer Tagespresse wenig beachtet wird.

Das Jahrbuch der *Maler* behandelt besonders die Tarifbewegung, die Lage des Gewerbes, die besonderen Verhältnisse der Lackierer, den Gesundheitsschutz, die Sorge für gewerblichen Nachwuchs, ferner gleichfalls die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens.

Das Jahrbuch 1921 der *Textilarbeiter* zeichnet sich, wie stets, durch ein eingehendes Tabellenmaterial aus.

Die *Gemeinde- und Staatsarbeiter* versandten das Protokoll über die Verhandlungen des vom 20. bis zum 26. August 1922 in Magdeburg abgehaltenen Verbandstags, in dessen Mittelpunkt der unverantwortliche Berliner Streik stand. Die *Gärtner* haben den 30jährigen Kampf um ihr amphibisch unklares Arbeitsrecht von ihrem Verbandsredakteur W. Reinhold unter dem Titel: Die Gärtnerei als Objekt der Gesetzgebung schildern lassen: eine zeitgemäße Tat angesichts der Vorbereitungen zu einem einheitlichen künftigen Arbeitsrecht.

Der *Sächsische Gemeindebeamtenbund* hat über seinen 1. Gewerkschaftskursus vom 22. bis 24. Mai 1922 in Dresden

(Referenten: Falkenberg, Krüger, Groß, Appelt, Schultze, Schippel) einen von Ahnert /Dresden/ bearbeiteten Bericht veröffentlicht.

Der *britische Trade Union Congress* hat im Verein mit der Labour Party einen Leitfaden über Tarifvertragsverhandlungen und -abschlüsse, Gleitlöhne nach Verkaufspreisen oder Lebenshaltungskosten, paritätische Ausschüsse, mit einem Vorwort von Clynes herausgegeben: Industrial Negotiations and Agreements. Die englische Praxis tritt hier gut hervor. Mancher Leser wird überrascht sehen, wie umfassend sich immerhin bereits die Arbeitsgemeinschaften eingeführt haben, und wie sehr sie vom Kongreß und von der Partei unterstützt werden.

Inhaltreich ist wie gewöhnlich der jüngste Generalversammlungsbericht der *American Federation of Labor* (Report of the Proceedings of the 42. Annual Convention, held at Cincinnati, Ohio/June 12 to 24 inclusive 1922). Die weit über 500 engstgedruckten Seiten erhellen nicht nur die so viel mißverständene und absichtlich mißdeutete Haltung der Federation sondern vielfach zugleich die ganze amerikanische Sozialpolitik.

Presse In die Redaktion der *Bergarbeiterzeitung* trat am 1. September Heinrich Limbertz ein, selber ein früherer Bergmann, zuletzt der Redaktion der Essener Arbeiterzeitung angehörig. Der *Holzarbeiterverband*, der für die fachtechnische und kunstgewerbliche Ausbildung seiner Mitglieder schon seit 1906 das anerkannt vorzügliche Fachblatt für Holzarbeiter geschaffen hat, gab Ende September, zunächst versuchsweise, ein von Paul Dupont redigiertes Sonderheft Die Bildhauerei (wie früher schon Sonderhefte für Stellmacher und für Drechsler) heraus. Der *Steinarbeiter* konnte am 1. Oktober sein 25jähriges Bestehen feiern. (Die Gründung des Verbandes war bereits 13 Jahre früher erfolgt.) Das Fachblatt des Zentralverbands der *Schuhmacher* heißt seit dem 1. Oktober wieder Der Schuhmacher. Als solcher war es, nach dem 1878 verbotenen Wecker, 1887 in der Puttkamerära verboten worden, und selbst das seitdem erscheinende Schuhmacherfachblatt wurde erst auf Beschwerde durch die Reichskommission wieder freigegeben. Die *Lederarbeiterzeitung* vom 18. August 1922 war eine Festnummer: 50 Jahre früher war im Weißgerberverband der Grund zur Organisation gelegt worden.

Kurze Chronik Die 3 Gewerkschaftsbünde: Freigewerkschaften, Christliche, Hirsch-Dunckersche, unterbreiteten am 24. August dem Reichskanzler gemeinsame Vorschläge zur *Linderung der Wirtschaftsnot* und zur Steigerung der Produktion. Am 30. Oktober vereinigten sie sich abermals zu einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Reichstagsparteien über den Währungssturz, in der es über den Produktionsverfall heißt: »Schon lange leidet die Erzeugung unter den fortwährenden Lohnverhandlungen, an denen die Arbeitnehmer in den Betrieben nicht nur seelisch sondern vielfach tätig Anteil nehmen. Die Arbeiten der Betriebsräte häufen sich, und die Arbeiter und Angestellten kommen aus den Lohn- und Gehaltserörterungen nicht mehr heraus. Hoffnungen wechseln mit Enttäuschungen; kein Ergebnis kann sie mehr befriedigen, denn schon beweisen neue Geldentwertungen und Preistreiberien seine Unzulänglichkeit. Der berechtigte Ruf nach Produktionssteigerung bleibt unerfüllt, solange diese Produktionshemmung fortbesteht. Unsere Wirtschaft bricht zusammen, wenn es nicht gelingt bald wieder ruhige Verhältnisse zu schaffen, die geordnete Verhandlungen und feste Lohnvereinbarungen ermöglichen.« Siehe dazu den Artikel Marktstabilisierung und Produktionssteigerung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 969 ff. \diamond Am 1. August blickten *Emil Girbig* und *Gustav Hamann* auf eine 25jährige Tätigkeit an der Spitze des Glasarbeiterverbandes zurück. 1897 hatte die Gründung einer Genossenschaftshütte durch den tüchtigen damaligen Vorsitzenden Albert Gebel den Verband in schwere Bedrängnis gebracht; wenn die Organisation von 8000 Mitgliedern im Jahr 1900 auf heute rund 76 000 Mitglieder, bei stetig sich festigenden Finanzen ansteigen konnte, so haben die Jubilare nicht wenig dazu beigetragen. \diamond Der Gründer des heute 180 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, der ältesten christlichen Gewerkschaft, *August Brust*, wurde am 1. August 60 Jahre alt.

Literatur

Recht unparteiisch hat *Wilhelm Wolff* (Der Achtstundentag /Kattowitz, Verlagsanstalt Volkswille/) das vorhandene literarische und behördliche Material über Geschichte und Erfahrungen mit der gesetzlichen Einführung der Achtstundenarbeitszeit in Deutschland und im Ausland zusammengetragen. Ferner

hat er persönliche Erkundungen vor allem in Ober- und Niederschlesien für einige der wichtigsten Wirtschaftszweige eingezogen. Seinen Erwartungen für die Zukunft wird man im allgemeinen nur zustimmen können. Für die Übergangszeit und Gegenwart hat Wolff selber aber manche Zweifel: er findet den gleichzeitigen Wegfall der Akkordarbeit »bedauerlich« und schädigend, die »plötzliche und unvermittelte Verkürzung [1918] überaus schädigend«, die Einführung »zu generalisierend auf alle Berufsarbeiten ausgedehnt . . . es muß die Aufgabe einer endgültigen Gesetzgebung sein noch mehr Gewerbe von ihm auszunehmen«. Er erhofft jedoch, durchaus im Einklang mit früher hier Gesagtem, Ausgleich des Produktionsausfalls aus »Überstundenarbeit durch Tarifverträge . . . diese Art der Festsetzung der Arbeitszeit mit einer Überschreitung des Achtstundentages«, durch »Anspornung zu freiwilligen Überschichten«. Damit scheidet eigentlich jeder grundsätzliche Meinungsunterschied aus, und es bliebe nur noch die Abwägung des Mehr oder Weniger. Freilich läßt Wolff das eine seltsamerweise ganz beiseite: daß Deutschland nämlich in der Übergangszeit und Gegenwart nicht eine gleiche Produktionsleistung wie 1913-1914 zu vollbringen hat sondern, wenn wir bei noch so bescheidener Erfüllungspolitik bleiben wollen, eine recht beträchtliche Mehrleistung. Sollte das an der Problemstellung nicht doch noch dieses und jenes ändern? Aber, wie gesagt, innerhalb der leider ein wenig zu eng gesteckten Grenzen, wird man dem Verfasser der verdienstlichen Schrift überwiegend recht geben müssen: Gesetzlich hat auch für die Zukunft der Achtstundentag die Grundlage zu bilden. \diamond Von *Emil Lederers* sehr brauchbarem und gut gegliedertem Führer durch die sozialen Organisationen in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ist eine textlich vollkommen umgearbeitete 2. Auflage erschienen. \diamond Als Archivar im Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr sammelte *Hans Bötcher* das zerstreute und wenig zugängliche Material zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England /Jena, Gustav Fischer/. Über die Industrial Workers of the World, die deutschen Syndikalisten und Unionisten, den englischen Industrial Unionism und die Shopstewards-Bewegung ist hier viel programmatisches und Massenpsychologisches gesichtet dargeboten. Da der Ver-

fasser während der Fertigstellung des Werkes verschied, hat Paul Hemberg die letzte Feile angelegt und ein Nachwort geschrieben, das die Untersuchung bis in die jüngste Gegenwart fortführt. ◊ Als 50. Research Report veröffentlicht der anscheinend mit den reichsten Mitteln versehene amerikanische *National Industrial Conference Board* eine Enquete über die Arbeiterausschüsse und Betriebsräte in der Union unter dem Titel *Experience with Works Councils in the United States /New York, Century Company/*. Es ist die vollständigste Übersicht, die bisher vorliegt, und das Ergebnis wird hier noch ausführlicher zu zergliedern sein. ◊ Die ganze Entwicklung der amerikanischen Kriegswirtschaft auf dem Gebiet der Arbeiterfragen lernen wir aus dem 2teiligen Werk des Professors an der Universität Illinois *Gordon S. Watkins* kennen: *Labor Problems and Labor Administration in the United States during the World War* (im 8. Band der von der University of Illinois herausgegebenen *Studies in the Social Sciences*). Kürzlich hat sodann das Arbeitsdepartement der Vereinigten Staaten eine größere Darstellung der Geschichte des *National War Labor Board*, seinen Aufbau, seine Anordnungen und Schiedssprüche publiziert (*Bulletin of the United States Bureau of Labor Statistics*, Nummer 287), so daß man allmählich auch in die ebenfalls ganz gewaltigen amerikanischen sozialwirtschaftlichen Umstellungen während des Weltkriegs leichter einen Einblick gewinnt. Das *Watkinssche* Werk ist zwar etwas trocken, aber klar und erschöpfend. Auch die Verschiebungen zwischen Bundes- und Staatsgewalt während des Zusammenraffens aller inneren Kräfte werden hier eindrucksvoll in den Einzelheiten verfolgt. ◊ Die nicht weniger als 25 größere Absätze umfassenden Leitsätze über das Verhältnis zu den verschiedenen sozialistischen Internationalen und der *Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale*, die Ende Dezember 1921 von der Exekutive der *bolschewistischen Internationale* einstimmig angenommen wurden, erschienen als 12. Flugschrift der *Kommunistischen Internationale /Hamburg, Carl Hoym/* unter dem etwas verblüffenden Titel *Die proletarische Einheitsfront*. Ein einleitender Aufruf, von der *Kommunistischen Internationale* und der *Roten Gewerkschaftsinternationale* unterzeichnet, verkündet zum soundsovielten Mal, daß alles Heil von Moskau kommen werde.

Gelstige Bewegung / Victor Engelhardt

Büchereipolitik Nach der Revolution wurde die Volkshochschule zum Schlagwort in allen volksbildungsfreundlichen Kreisen. Viel Nützliches und Gutes wurde geschaffen, aber auch vieles, das besser nicht das Licht des Tages erblickt hätte. Woher sollten auch die tausend und abertausend Volkshochschullehrer kommen, deren man plötzlich bedurfte? Ein pädagogischer Beruf reichte nicht aus, Berufung mußte es sein. Geborene Volkshochschulpädagogen wären in großer Zahl nötig gewesen, und auch diese hätten erst in mühevoller Arbeit nach neuen Methoden suchen müssen. Es galt nicht mehr einem gegängelten Volk von oben herab Bildung zu schenken sondern mit einem mündigen Volk in Gleichheit und Freiheit zu verkehren. An dieser Forderung ist mancher gescheitert, der in der Volkshochschularbeit Befriedigung eigener Eitelkeit suchte. Noch lange Jahre wird es dauern, bis wir in kleinen Städten, und auch in großen, die nötige Zahl wirklicher Volkshochschullehrer besitzen. Bis dahin dürfen wir nicht allein von der Volkshochschule alles Heil erwarten. Noch gibt es Hilfsmittel für die Verbreitung von Wissen und Bildung, die von den persönlichen Schwächen eines ungeeigneten Lehrers frei sind. Sie liegen in unseren Büchern begraben. Zwar wirkt das geschriebene Wort auf den einfachen Mann lange nicht so stark wie das von fester Persönlichkeit gesprochene; aber immer ist es noch besser gute und große Worte zu lesen als schlechte und kleine Gedanken zu hören. Nie darf das Buch in der Volksbildungsarbeit fehlen. Bis zu dem Zeitpunkt aber, in dem die Volkshochschule das sein wird, was wir von ihr erwarten, hat das Buch eine besondere Mission. Es ist daher zu begrüßen, wenn die Stimmen sich heute mehren, die nach Büchern rufen, nach Büchern für das Volk. Büchereipolitik zu treiben ist sicher nicht leicht, aber doch leichter als wahre Volkshochschulen ins Leben zu rufen. Forderungen und Methoden liegen hier klarer zutage. A priori muß jede Politik, und so auch Büchereipolitik, negative und positive Tendenzen besitzen, Abwehr und Aufbau gehen Hand in Hand. Abwehr heißt für den um die Bücher Bemühten Kampf gegen den Schund. Er wird von vielen Seiten geführt: von der Fichtegesellschaft in Hamburg zum Beispiel, vor allem aber von der Jugend

selbst, die sich von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen zu einem Kampfbund vereinte und gelegentlich ein kleines Freudenfeuer mit Schundromanen entflamte. Solche Bestrebungen sind froh zu begrüßen, der Erfolg muß abgewartet werden. Kritik, Vernichtung und Verdammung wird nicht zum Ziel führen, schon deswegen nicht, weil, namentlich wenn es sich um religiöse oder politische Dinge dreht, die Meinung über das, was dem Schund zuzuzählen sei, allzu sehr von Weltanschauungen bestimmt wird. Siegfried Kawerau hat im Freien Lehrer auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und gleichzeitig die Gefahren hervorgehoben, die eine gesetzliche Regelung der Schundliteraturfrage mit sich bringt. Das Gesetz, ein politischer Faktor, wird neben dem wirklichen Schund vor allem auch "subjektiven" Schund treffen, das heißt zu politischer und religiöser Bevormundung führen. Ganz in diesem Sinn hat der Bund unterschiedener Schulreformer in der Resolution seines Vorstandes als einzig wirklich durchgreifendes Mittel eine neue Erziehung der Jugend gefordert. Nicht Vernichtung sondern pädagogischer Aufbau; das ist der revolutionären Weisheit letzter Schluß, auch hier, im Kampf gegen den Schund. Schon beim Kind muß mit dieser aufbauenden Abwehripädagogik begonnen werden. Der Arbeiterverein Kinderfreunde in Österreich beschäftigt sich eifrig mit der *Erziehung zum Lesen*. Max Winter verlangte in der Sozialistischen Erziehung, daß jedem Kind 2 Bücher im Jahr geschenkt werden sollen, eines zum Geburtstag und das andere zu Weihnachten. Freilich, soll das Kind in den eigenen Besitz guter Bücher gelangen, so müssen sie zu einem erschwinglichen Preis zu haben sein, möglichst zu einem Preis, der den des Schundromans nicht übertrifft. Solcher Sammlungen gibt es bereits eine größere Zahl. Es seien nur Schaffsteins Blaue Bändchen genannt /Köln, Hermann Schaffstein/. Unter anderen erschienen neuerdings in dieser Sammlung; Gottfried Keller Dietegen, Karl Henniger Herzog Ernst, Hermann Thoma Bilder aus dem Tierleben, Josef Ponten Der Meister. Etwas kostspieliger, dafür in einer schönen Ausstattung, die das Lesen angenehm macht, sind die Guten Schmöcker des Verlags Franz Schneider in Berlin, die Werke der Weltliteratur von besonderm stofflichen Reiz, wie Victor Hugos Kampf am Dover und Maurus Jokais Goldmenschcn, auch Bal-

zacs Rebellen und anderes von hohem Wert, brachten. Druck, Papier und Einband wecken das Verlangen nach solchem Besitz. Ein wenig gemindert wird es nur durch den herauflaufenden (statt vertikalen) Rückentitel mit seinen klobigen Lettern, der nicht dazu reizt ein solches Buch in einer eigenen Bibliothek aufzustellen; besser entschlösse sich der Verlag bei weiteren Bänden zum Horizontaltitel. Ein anderes Unternehmen hat der Wegweiserverlag in Berlin begonnen, der durch eine neuartige Organisation, den Volksverband der Bücherfreunde, seinen Publikationen einen bestimmten Abnehmerkreis sichern will. Er hat unter anderm eine neue Goetheausgabe begonnen, von Richard Müller-Freienfels herausgegeben. Sie ist in der Anlage gut, schön im Einband und im Papier, klar im Druck. Hoffentlich kommt auch bald die Zeit, wo solche Schönheit nicht mehr den meisten unerschwinglich ist.

Bei den heutigen Bücherpreisen wird man auch bei Geschenken an Kinder vielfach zum antiquarischen Buch greifen müssen. Die Listen, die die Gesellschaft für Volksbildung in ihrer Zeitschrift Volksbildung veröffentlicht, können manchem guten Rat geben.

Niemals wird der eigene Bücherschatz des Kindes dessen Lesebedürfnis ganz befriedigen. Die Schul- oder Kinderbibliothek wird, namentlich in Arbeiterkreisen, aushelfend zur Seite treten müssen. Anton Afritsch schreibt in der Sozialistischen Erziehung über die Pflichten des Vorstehers einer solchen Bibliothek: Er muß die Bücher kennen, die er den Kindern gibt, er muß mit den Kindern lesen, wie ein guter Vater es tut, nur dann wird es ihm möglich sein durch vorsichtige Auswahl die Kinder emporzuleiten. Gespräche überzeugen ihn von der Wirkung seiner Versuche. Er darf nicht sofort mit bester Literatur beginnen. Ein Kind, das Lektüre von Abenteuerromanen gewöhnt ist, wird er zum Beispiel auf dem Umweg über Jules Verne zu besseren Büchern hinführen. Sind schon die Kinder erzogen, so hat der Bibliothekar an den Volksbüchereien viel leichtere Arbeit als heute, wo diese Erziehung noch fehlt. Also im Prinzip das nämliche Programm, das Julius Hart seinerzeit mit der Scherleschen Emporlesebibliothek durchzuführen gesucht hatte (siehe diese Rundschau, 1908 III, Seite 1216 ff.). Die heute noch dringend nötige Erziehung der erwachsenen Leser ist ungleich schwieriger als die an bildsamen Kindern. Mit großer

Vorsicht und mit bedeutenden Mitteln muß man seine pädagogische Arbeit beginnen. Ratschläge, die sich in Form von Büchern oder Broschüren an den einzelnen wenden, gibt es unzählige viele. Ob ihnen aber Erfolg beschieden sein wird, dürfte äußerst zweifelhaft sein. Sie werden wohl zumeist nur von denen gelesen, die den Entschluß nach guter Lektüre zu suchen schon mit voller Klarheit gefaßt haben. Diesen allerdings werden sie nützlich sein. Philipp Frankowsj gab im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung einen solchen kleinen Führer heraus: Wie und was sollen wir lesen? Die Ratschläge, die er gibt, sind nicht alle unbedenklich. Er empfiehlt das Herausschreiben wichtiger Gedanken. Das mag noch durchgehen, wenn es bei dem ungeübten Leser auch Unheil anrichten kann. Er empfiehlt aber auch das Herausschreiben schöner Redewendungen. Das heißt für den ungeübten Leser so viel wie: Schmücke dich mit fremden Federn! Es ist ja ganz schön und gut, wenn der Arbeiter im Diskussionsabend mit einem "Wie unser Goethe sagt" aufwarten kann. Aber besser ist es, wenn er seine Gedanken, sei es auch unbeholfen, in eigene Worte kleidet. Fürs Zitieren langt schließlich ein Büchmann, fürs eigene Denken nur der eigene Kopf. Um diesen dreht es sich schließlich bei der volkspädagogischen Arbeit.

Ein anderes Buch: Das Buch mein bester Kamerad von Hans Schrott-Fiechtl /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/, verspricht nach dem Titel ein ähnlicher Führer zu sein. Der Titel trifft jedoch nicht den Inhalt. Es ist von der Abhängigkeit unserer Literatur von den Banden des Kapitalismus die Rede, vom Starsystem unserer darstellenden Kunst, von Autorenhonoraren, vom Schund, von der Kunst des Lesens und vom katholischen Menschen. Es ist gut geschrieben, aber dem Autor wäre zu raten, daß er die Schrift anders benennt, so daß der Leser gleich weiß, was er erwarten darf.

Größere Erfolge als durch die Beratung durch wegweisende Schriften sind von einem *volkstümlichen Bibliothekswesen* zu erwarten, das seine Aufgabe von Grund aus erfaßt. Die Deutsche Zentralstelle für volkstümliche Büchereien geht in diesem Bemühen voran. In der klaren Erkenntnis, daß gute Organisation die Grundlage für erfolgreiche Arbeit sein muß, ist sie zunächst um die technische Seite des Bibliothekswesens bemüht. Walter Hofmann gab im Auf-

trag der genannten Zentralstelle einen kleinen Ratgeber heraus: Praxis der Bücherei /Leipzig, Quelle & Meyer/. Der Grundwille der Zentralstelle tritt in diesem Büchlein deutlich hervor. Das Technische ist nicht um des Technischen willen da, die Organisation nicht für die Organisation, sondern beide sind nur Diener am Geist, Diener vor allem an dem großen Erziehungswerk, das dem Volksbibliothekar übertragen werden muß. Durch geeignete Leihkarten oder besser noch durch Lesehefte wird ein Material für die Erforschung des einzelnen Lesers gewonnen. Gespräche beim Tauschverkehr führen tiefer in die Seele des Lesers hinein. Schon diese Gespräche verlangen eine Organisation, die so einfach und reibungslos sein muß, daß der Bibliothekar sich ganz dem Leser zu widmen vermag.

Der Erfolg des Bibliothekars ist, vorausgesetzt daß sein Wesen sich zum Amt eignet, aber nur dann gewährleistet, wenn ihm eine Bibliothek zur Verfügung steht, die seinem pädagogischen Willen entspricht. Die Zentralstelle wendet daher ihr Hauptaugenmerk auf die Methode der Bücherauswahl und der Bücherbeschaffung. Auf der Büchereipolitischen Woche, die im Sommer vorigen Jahres in Leipzig stattfand, wurden unter der Führung der Zentralstelle alle zu diesem Thema gehörigen Fragen eingehend besprochen. Ein Bericht über die Verhandlungen und Resolutionen sowie über die abgehaltenen Unterrichtskurse ist bei Felix Dietrich in Leipzig unter dem Titel Büchereipolitik erschienen. Die Bücherauswahl hat nach dem Gesichtspunkt formaler und inhaltlicher Wahrhaftigkeit und nach dem der Erlebnishöhe zu erfolgen. Weiterhin müssen bei der Auswahl die Weltanschauungs-, Kultur- und Lebenskreise berücksichtigt werden. An der Spitze der Auswahlorganisation soll die Deutsche Gemeinhauptstelle stehen, die die Sichtung nach der Eignung für bestimmte Kreise vorzunehmen hat. Unter ihr stehen, allerdings mit voller Handlungsfreiheit ausgerüstet, die Hauptstellen der Weltanschauungs- und Kulturkreise. In jedem Kulturkreis werden ein oder mehrere Weltanschauungskreise vertreten sein. Die engste Verbindung mit den Kreisen nehmen die Unterstellen auf, an die sich die einzelnen Büchereien wenden können. Um jede Mechanisierung des Auswahlbetriebes zu vermeiden, sollen nicht nur Bücherlisten aufgestellt werden, sondern Büchercharakteristiken, die, zum Teil als Kartothekskarten aus-

gebildet, auch dem Bibliothekar bei der Beratung seiner Leser äußerst nützlich sein können.

Letztes Ziel der gut geleiteten Volksbibliothek muß, so schwer es sich heute verwirklichen läßt, die Erweckung der Freude am eigenen Buch sein. Hier sind pädagogische Aufgaben für den Verleger gegeben, der durch Herausgabe kleiner, billiger Bücher für die Bedürfnisse weiterer Kreise sorgen muß. Zahlreiche Verlagsanstalten kommen seit langer Zeit diesen Forderungen nach. Es wäre zu wünschen, daß ihre Tätigkeit durch Papier- und Geldnot nicht unterbunden würde. Reclams Unternehmen steht nach wie vor an der Spitze. Die neuen Bücher weichen durch ihren größeren Satzspiegel vorteilhaft von den alten Ausgaben ab. Von den mir zugegangenen Neuausgaben sei als Beispiel nur auf Nummer 6288 der Universalbibliothek hingewiesen: Gedanken von Giacomo Leopardi. Auch die Verleger wissenschaftlicher Literatur entschließen sich mehr und mehr zur Herausgabe handlicher Bändchen. Felix Meiner in Leipzig ging mit seinen Felddausgaben voran. Frommanns Verlag in Stuttgart bringt jetzt sehr schätzenswerte Philosophische Taschenbücher; zum Beispiel Kierkegaard Im Kampf mit sich selbst, Dostojewskij Volk und Mensch, eingeleitet und herausgegeben von Hans Ehrenberg.

Manifeste

Abgesehen von aller tatsächlichen Wirklichkeit, die in den Sozialistischen Monatsheften oft behandelt wurde, ist der *Zionismus* geistige Bewegung und als solche den Kräften unterworfen, die unsern Geist gestalten. Nirgends kann dies deutlicher werden als in den beiden Bänden Martin Bubers Die jüdische Bewegung /Berlin, Jüdischer Verlag/ oder in der Zeitschrift Der Jude, die von dem genannten Autor herausgegeben wird. Für den Juden erwächst aus der »ungeheuren Tatsache seiner Geistigkeit« nach Buber eine kulturelle Aufgabe von ganz eigenartiger Färbung. Es geht, wie Buber in dem genannten Werk ausführt, nicht darum geistige Interessen überhaupt zu wecken (die waren schon im Talmudstudium des Ghetto lebendig), sondern Umgestaltung des Geistes tut not. Buber arbeitet für eine jüdische Renaissance. Es entsteht das Problem: Kann jüdische Kultur vor Schaffung eines jüdischen Staatswesens in den Seelen aufgebaut werden, in Seelen, die dann die Kraft entfalten die jüdische Heimat nicht nur äußerlich zu erringen? Der junge Zio-

nismus, der unseren Tagen gemäß, bekennt sich freudig zu dieser Möglichkeit. »In den Seelen muß Zion geboren werden, bevor es in der sichtbaren Wirklichkeit geschaffen werden kann«, ruft Buber aus. Ist es in der Seele geboren, dann »wird das andere, das palästinensische nicht lange auf sich warten lassen«. »Gebt mir Leute, die ungespalten im Gefühl sind«, heißt es an anderer Stelle, »sie mögen Zion lieben.« (Denen, die von Bubers Schriften allzu plötzlich in die modernsten Fragen eingeführt werden, sei zur Vorbereitung die kleine Schrift Simon Bernsteins Der Zionismus /Berlin, Jüdischer Verlag/ empfohlen.)

Wahre *Menschheitsgesinnung* weckt der Pfarrer Genosse August Bleier durch seine Reden Jugenderziehung und Religion, Christentum und Pazifismus, Vaterland und Menschheit, die im Verlag der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden in Berlin erschienen sind. Der bekannte Leiter der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost, Friedrich Siegmund-Schultze, drückt in einem kleinen Schriftchen Die deutsche Jugend und der Sozialismus /Sollstedt, Buchverlag des Bundes deutscher Jugendvereine/ seine Freude darüber aus, daß die Jugend den Materialismus in einem neuen Idealismus überwindet.

Aufklärungsschriften

Eine Kritik der Steiner'schen *Anthroposophie* liefert Karl Ludwig in seinem Buch Die Anthroposophie, ihr Wesen und ihre Ziele /Stuttgart, Frankh/. Solche Aufklärungsschriften sind heute äußerst nützlich, namentlich wenn sie so sachlich abgefaßt sind wie Ludwigs Buch. Rudolf Abraham gibt eine allgemein verständliche Einführung in den *Marxismus*, die sich besonders an die Arbeiterjugend wendet (Die Theorie des modernen Sozialismus /Berlin, Arbeiterjugendverlag/). Hans Flemming zeigt in seinem Heftchen Religionsunterricht? Moralunterricht? /Berlin, L. Oehmigke/, daß die französische Revolution von ähnlichen *pädagogischen Problemen* bewegt wurde wie wir. Er gibt eine Literaturliste, die ihm für den Moralunterricht, den er allein in der Schule wünscht, geeignet erscheint. Reinhard Buchwalds Arbeit und Bildung /Gotha, F. A. Perthes/ will *Bildung* nicht von oben herab, durch Popularisierung, verbreitet wissen sondern durch die von unten empordrängenden neuen Kräfte.

In dem Werkchen Fritz Eckardts *Das Wandern* /Leipzig, B. G. Teubner/ ist zu beklagen, daß ein sonst gutes Büchlein über die Technik des *Wanderns*, besonders des *Wanderns* in größeren Gruppen, mit franzosenfeindlicher Politik verknüpft wird.

Totenliste Zu Anfang dieses Jahres starb in Berlin *Albert Bernhard Büchschütz*, der ehemalige Direktor des Werderschen Gymnasiums, 94 Jahre alt. Büchschütz war ein echter Berliner, ein genauer Kenner der Geschichte und des Lebens der Stadt. Er selbst war Schüler des Köllnischen Gymnasiums gewesen und hatte dann unter Boeckh, Ranke, Lachmann, Ritter und Trendelenburg Philologie und Philosophie studiert. Seine Doktor-dissertation über die orphischen Hymnen widmete er seinem ehemaligen Direktor Ernst Ferdinand August. Am Köllnischen Gymnasium wurde Büchschütz 1852 auch zuerst als Probekandidat angestellt. Nachdem er Lehrer am Französischen und Sophien-gymnasium gewesen war, berief man ihn als Direktor an das Friedrich-Werdersche Gymnasium, wo er von 1875 bis 1897 wirkte. Büchschütz arbeitete auch viel literarisch. So veröffentlichte er eine Reihe von Studien zur Kenntnis des antiken Wirtschaftslebens. Er schrieb ein größeres Werk über Besitz und Erwerb im griechischen Altertum und später eine Schrift über die Hauptstädten des Gewerbefleißes im Altertum 1869, die mit dem Preis einer wissenschaftlichen Gesellschaft ausgezeichnet wurde. In den Köllneraner Blättern veröffentlichte er noch vor wenigen Jahren Plaudereien über die Zeit seiner Jugend.

Am 18. Juli starb 74jährig *Oskar Thiele*, einer der bekanntesten Journalisten Berlins. Er hatte sich hauptsächlich als Gerichtsberichterstatter einen angesehenen Namen gemacht. Seine Prozeßberichte gingen fast durch die gesamte deutsche Presse. Sie zeichneten sich durch Klarheit und Sachlichkeit aus. Thiele, der auch als Mensch Ansehen genoß, wurde mehrmals in den Vorstand des Vereins Berliner Presse gewählt. Im September starb in Prag der ordentliche Professor der Pädagogik an der Prager Universität *Wendelin Toischer*. Bevor er Universitätslehrer wurde, war er als Direktor des Gymnasiums in Saaz und sonst im höhern Schuldienst tätig. Er hat eine Reihe von pädagogischen Schriften verfaßt.

In Bremen starb im September der Direktor der Stadtbibliothek *Heinrich Seedorf* im Alter von 59 Jahren. Er hatte früher lange am Grimmschen Wörterbuch in Göttingen mitgearbeitet.

Kurze Chronik Die *geistige Not*, in der wir leben, tritt immer krasser zutage. Eine Zeitung nach der andern stellt ihr Erscheinen ein, eine Zeitschrift nach der andern fällt als Opfer des Molochs Papier. In den Reihen unserer parteigenössischen Schriften haben neuerdings die Arbeiterbildung und der Freie Lehrer aufgehört zu sein. ◊ Der Reichsbund der Kriegsteilnehmerverbände deutscher Hochschulen ruft zur Nothilfe für *kriegsinvalid Akademiker* auf. Darlehen und Unterstützungen sollen die Ablegung der Examina und den Eintritt ins Berufsleben erleichtern. ◊ Die Leuchtenburg bei Kahla ist vom 1. Oktober ab auf 6 Jahre an die *thüringische Volkshochschule* verpachtet worden. Diese Entscheidung wurde erst nach langen Verhandlungen mit der altenburgischen und thüringischen Regierung getroffen. Es wurde bestimmt, daß die Burg dennoch der öffentlichen Besichtigung offen stehen soll. ◊ Heinrich Peus macht für die *Welthilfssprache* Ido durch Herausgabe einer Zweisprachigen Bibliothek (Deutsch und Ido) Propaganda. Es sei nachdrücklich auf sie aufmerksam gemacht. Aus der Vielheit der Welthilfssprachen wird man einen Ausweg finden, wenn interstaatliche Organisationen bestimmend eingreifen. Für einen wahren Völkerbund läge hier eine dankbare Aufgabe vor. ◊ Unter Beteiligung der Deutschen Friedensgesellschaft hat sich auf genossenschaftlichem Boden eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung *Friede durch Recht* in Ludwigsburg gebildet. Sie hat eine Liste von Schriften herausgegeben, die für den geistigen Neuaufbau Deutschlands wesentlich sind. ◊ Maximilian Hardens Werk *Krieg und Frieden* /Berlin, Erich Reiß/ erhielt in diesem Jahr den *Strindbergpreis* für das beste Buch zur Förderung der Völkerversöhnung. ◊ Am 28. Mai beging die *Bibliothek Lübecks* ihre Dreihundertjahrfeier durch einen Festakt und eine Ausstellung, die die Entwicklungsgeschichte der Buchbindekunst zur Anschauung brachte. Der Bibliotheksdirektor Pieth hob in seiner Festrede die kulturelle Bedeutung der lübischen Bibliothek hervor, die bei ihrer Eröffnung während des Dreißigjährigen Krieges 1100 Bände umfaßte.

WISSENSCHAFT

Biologie / Walter Zimmermann

Steppenpflanzen Auf trockenen Hängen, auf unbewaldeten und unbauten Flächen der wärmeren Teile Deutschlands findet sich eine eigenartige blumenreiche Vegetationsgemeinschaft von sogenannten Steppenpflanzen. Es sind dies Pflanzen, die sich besonders reichlich in den großen Steppen Ungarns, der Ukraine und der anschließenden Länder finden, und die man als pontische Einwanderer bezeichnet, weil sie wohl zum großen Teil aus der Gegend des Pontos Euxeinus, des Schwarzen Meers, entweder nach der letzten Eiszeit oder in einer Zwischenzeit bei uns eingewandert sind. Es gehören dazu zum Beispiel die blaue Aster (*aster amellus*), die große weiße Anemone (*anemone silvestris*) und Orchideenarten. Die Rheinebene, die Schwäbische Alb, Teile Thüringens sind reiche Fundstätten. Der Tübinger Pflanzengeograph *Robert Gradmann* hat in seinem lesenswerten Buch über das Pflanzenleben der Schwäbischen Alb darauf aufmerksam gemacht, daß Funde des vorgeschichtlichen Menschen besonders dort entdeckt wurden, wo heute diese Steppenpflanzen herrschen. Neuerdings haben nun *E. Wahle* und *E. Schalow* deutsche Landstriche, die durch einen besonders großen Reichtum an Steppenpflanzen geziert sind, nämlich Südwestdeutschland und Mittelschlesien, daraufhin näher untersucht und sind in Bestätigung der Gradmannschen Feststellungen tatsächlich zu dem Ergebnis gelangt, daß der Steinzeitmensch nur dort seine Spuren hinterlassen hat, wo sich heute diese Wärme und Trockenheit liebenden Kinder der Steppe finden. Wie ist das zu erklären? Nun, zum Teil dadurch, daß der Steinzeitmensch mit seinen Holz- und Steinwerkzeugen für längere Zeit nicht in die Wälder eindringen konnte und so nur von den Gebieten Besitz nahm, die ähnlich wie heutzutage eine gras- und kräuterreiche Flora von Steppencharakter beherbergten. Wahle weist daraufhin, wie dann langsam zur Bronzezeit, als der Mensch Metallwerkzeuge anfertigen konnte, er auch seinen Eingang in die Wälder fand; denn aus dieser Zeit stammen zahlreiche Funde, die im heutigen Waldgebiet liegen. Außerdem betont Schalow besonders, daß der Mensch offenbar als mehr oder minder unbewußter Schützer der Steppe wirkte, indem er ihren gefährlichsten Feind, den Wald, aus jenen

Landstrichen, die er besiedelte, niederhielt; denn der Wald hätte unter natürlichen Kampfbedingungen in den kühleren und regenreicheren Jahrtausenden, die auf die ältere Steinzeit folgten, zweifellos von den Standorten der Steppenpflanzen Besitz ergriffen und diese Zierden unserer heutigen Flora, die nur im Sonnenlicht gedeihen können, erdrückt. Selbstverständlich ist durch Kultur hier auch viel zerstört worden, und heute fristen die Kinder der Steppe ihr Leben vielfach nur zwischen Weinbergen, an Hohlwegen, auf Wiesen, die oft der Gefahr drohen Kartoffelfläcker und dergleichen zu werden. Hoffentlich gelingt es der Naturschutzbestrebung und all den Menschen, die Freude am Schönen in der Natur haben, diese blumenreichen Fleckchen Erde zu erhalten.

Moose Es gibt eine kleine Moosgruppe, die Schirmmoose (*splachnaceae*), die ganz an Tierleichen, an Kot und dergleichen gebunden sind. Sie leben darum hauptsächlich in den Alpen, in Skandinavien usw., wo noch Weidewirtschaft herrscht. Eigenartig ist es, daß sie ebenso wie die Blütenpflanzen Insekten in den Dienst der Fortpflanzung gestellt haben, um von einem Standort zum andern kutschiert zu werden. Und, da ihre Fortpflanzungsorgane, die Sporen, auf faulenden Tierresten keimen sollen, benutzen sie die Aasfliegen. *Fritz von Wettstein*, der Sohn des bekannten Wiener Botanikers, hat diese eigenartige Moosgruppe jetzt genauer untersucht und festgestellt, daß sie die Insekten in gleicher Weise wie die Blütenpflanzen vermittelt des Gesichts- und des Geruchssinns anlocken. Sie haben einen gelb bis trübröt leuchtenden Schirm oder eine Keule unterhalb der Sporenkapsel. Diese Organe strömen auch einen süßlichen Aasgeruch aus, wahrscheinlich durch die eigentümlich umgebildeten Spaltöffnungen, die bei anderen Moosarten im Dienst des Ernährungswechsels stehen. So können Fliegen auch in einem nahezu verdunkelten Zimmer die Mooskapsel auffinden und sich dort mit Sporen beladen.

Künstliche Systematik Den Versuch eines Systems der Phanerogamen im Einklang mit anthroposophischer Weltanschauung hat *A. Usteri* veröffentlicht /Stuttgart, Der kommende Tag/. Dieses System ist nach einer ähnlichen analytischen Methode wie die alten "künstlichen" Systeme von Reichen-

bach und Linné aufgebaut. Bei diesen beiden ist zuerst das Grundmotiv da, zum Beispiel bei Linné die Zahlenreihe von 1 bis 10 usw., und dann werden die Pflanzen in dieses Schema eingeordnet. Im Gegensatz hierzu geht die neuere biologische Systematik, wie überhaupt alle neuere Naturwissenschaft, synthetisch vor; das heißt, man geht von der Einzelpflanze aus und sucht, von unten her aufbauend, durch Vergleiche mit anderen, die Verwandtschaftsgruppen eines "natürlichen" Systems zu erkennen. Usteris System besitzt in seinen Grundgedanken am meisten Ähnlichkeit mit dem Reichenbachschen, das sich auf die seinerzeit herrschende Hegelsche Philosophie gründete, und das versuchte die bunte Mannigfaltigkeit der Pflanzenwelt in jeweils 3 Gruppen, Untergruppen usw. einzufangen, die die Hegelsche Thesis, Antithesis und Synthesis vorstellen sollten. Der anthroposophische Verfasser wählt statt der Hegelschen Zahl 3 die ebenfalls von allen Mystikern geschätzte 7 und »stellt sich vor«, daß die pflanzliche Entwicklung in 7gliedrigen Stufen vor sich gegangen sein müsse, da Rudolf Steiner für die Erde einen ähnlichen Entwicklungsgang aufgestellt hat. Die einzelnen Entwicklungsstufen entsprechen dann nach anthroposophischer Einstellung Planetenzuständen und Zuständen respektive Teilen des Menschen. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Leitgedanken bedeutet natürlich eine Auseinandersetzung mit der Anthroposophie überhaupt. Leicht nachweisbar sind aber die sich als Folge ergebenden Vergewaltigungen im Pflanzensystem selbst. Läßt sich zum Beispiel eine Gruppe wie die der grasartigen Pflanzen nicht ohne weiteres in 7 Untergruppen zerlegen, so schafft der Verfasser ein paar neue; und genügt das dann immer noch nicht, so müssen eben Lücken bleiben. Umgekehrt, wenn in einer Gruppe mehr als 7 Untergruppen vorhanden sind, so werden 2 oder mehrere zusammengefaßt. So kann man natürlich mit jeder Zahl ein System konstruieren. Es ist aber interessant, daß auch in diesem Bereich unseres heutigen Geisteslebens ein Anklang an die Zeit erkennbar ist, in der Hegel die Geisteswelt beherrschte.

Wünschelrute Beim Wünschelrutenproblem macht sich insofern ein recht erfreulicher Fortschritt bemerkbar, als sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß

eine Lösung der Frage nicht von einem gefühlsmäßig leidenschaftlichen Bejahen oder Verneinen erwartet werden darf sondern nur von einer streng sachlichen Prüfung. Es liegt, wenigstens aus allerletzter Zeit, eine Reihe von Untersuchungen vor, die sich ernsthaft um eine Entscheidung über die Brauchbarkeit der Rute bemühen, so daß man hoffentlich bald einigermaßen sicher sagen kann, ob die Rutengänger und ihre Anhänger recht haben, die glauben mit Hilfe der Rute Wasser und womöglich auch andere Stoffe, wie Kohle, Salze usw., unter der Erde nachweisen zu können, oder ihre Gegner, die hauptsächlich unter den Geologen zu finden sind, und die im Rutengehen lediglich ein Wiederaufleben mittelalterlichen Aberglaubens sehen, die Erfolge der Rutengänger aber als Zufallstreffer oder als Wirkungen des durch langjährige Erfahrung erworbenen praktischen Blicks der Rutengänger betrachten.

Die Preußische Geologische Landesanstalt hat eingehend über Versuche berichtet, die sie zusammen mit dem Verband zur Klärung der Wünschelrutenfrage im Gebiet der mitteleutschen Salz- und Braunkohlenlagerstätten angestellt hat (siehe hierüber auch die Rundschau Technik, in diesem Band, Seite 710 f.). Die Versuche spielten sich in der Weise ab, daß die Rutengänger in einem Gebiet ihre Beobachtungen anstellten, das ihnen selbst unbekannt, aber durch Bergwerke, Bohrungen und dergleichen bereits recht gut erforscht war. Leider hat es eine große Anzahl der aufgeförderten Rutengänger abgelehnt sich an diesen Versuchen zu beteiligen. Diejenigen jedoch, die erschienen waren (die bekanntesten Vertreter fehlten anscheinend), haben nach den von ihnen selbst unterzeichneten Protokollen recht wenige Erfolge gehabt. Die Angaben der verschiedenen Rutengänger, die die gleiche Strecke begingen, stimmten außerordentlich schlecht mit einander überein. Braunkohle wurde fast nie richtig angegeben, Steinsalz meist an der unrichtigen Stelle. Ein etwas günstigeres Bild erhält man aus der statistischen Zusammenstellung über die Ergebnisse des Wassersuchens mit der Wünschelrute in den Trockengebieten Südwestafrikas und im Orient. P. Range berechnete nach amtlichem Material, daß in Südwestafrika reichlich drei Viertel aller Wünschelrutenbohrungen Wasser nachgewiesen haben. Aber weniger als die Hälfte ergab ein praktisches Resultat. In Palästina konnten sogar nur 15% der

während des Krieges angestellten Wünschelrutenbohrungen brauchbares Wasser auffinden. Natürlich ist es für ein wasserarmes Gebiet wie Südwestafrika erfreulich, daß die Hälfte der Bohrungen (mehrere Hundert) Wasservorkommen ergab. Solch eine statistische Zusammenstellung ist aber wertvoller für die Entscheidung, ob der betreffende Rutengänger die Fähigkeit hat Wasser zu finden oder nicht, als für die Bewertung der Rute selbst. Denn die Statistik schließt die Möglichkeit nicht aus, daß außerhalb des Ruteneinflusses liegende Ursachen, wie die Erfahrung des Rutengängers, oft eine Einwirkung haben und so die Rute an geeigneten Stellen zum Ausschlag bringen. Auch wird man vielfach die Beobachtung haben machen können, daß Behörden, militärische Dienststellen usw. im allgemeinen eine Bohrung mit viel größerem Eifer betrieben haben, wenn die geheimnisvolle Wünschelrute Wasser in Aussicht stellte, als wenn dieses Hilfsmittel nicht verwandt war. Das sind natürlich Momente, die für die praktischen Erfolge der Wünschelrutengänger günstig sind, die aber die Fragen nach Brauchbarkeit der Rute als solcher nicht lösen. Bei dem großen Interesse, das die Allgemeinheit an dieser Frage hat, sollten solche Versuche wie die der Preußischen Geologischen Landesanstalt noch weiter aufgestellt werden.

Gemeinverständliche Schriften

Felix Linke behandelt in einem Bändchen *Der ewige Kreislauf des Werdens /Leipzig, Theodor Thomas/ die Zukunft der Erde*, die Geschichte, die unserm Planeten beschieden sein mögen. Wir erhalten die tröstliche Aussicht, daß ein Zusammentreffen des Sonnensystems mit einem andern Sternsystem oder kosmischen Massen, die bedeutende und für das Erdenleben vernichtende Wirkungen ausüben können, zwar möglich ist, daß aber eine solche Katastrophe sich doch Jahrtausende vorher durch Störungen im Kreislauf der Planeten bemerkbar machen würde. Der Verfasser versteht es den Leser trotz der knappen Form des Heftes in anziehender Weise in zahlreiche astronomische und geographische Probleme einzuführen.

Als 3. Heft der Naturschätze der Heimat /Freiburg, Theodor Fischer/ ist von Karl Snell eine Monographie der *Kartoffel* erschienen. Die früheren beiden Hefte behandeln den Besenginster und die Seidenraupe. Die ganze Sammlung will für die Praxis wichtige Tiere und Pflanzen einheitlich nach allen wis-

senschaftlichen und wirtschaftlichen Richtungen betrachten, um so dem Praktiker Einblick in die Lebenserscheinungen dieser Lebewesen zu gewähren und auch dem mehr wissenschaftlich Interessierten die Zusammenhänge mit den wirtschaftlichen Verhältnissen aufzuweisen. Die Hefte der Sammlung eignen sich recht gut als Quelle für einen Unterricht mit mehr umfassender Aufgabe, zum Beispiel für den biologischen Unterricht der Volks- und Mittelschule sowie der Volkshochschule. Aus der vorliegenden Kartoffelschrift sei namentlich der Abschnitt über die Vermehrung hervorgehoben, wo der Verfasser auch über eigene Versuche mit interessanten Ergebnissen (Pfropfungen auf Tomaten usw.) berichtet und daneben auch die praktischen Wege der Züchtung neuer Rassen angibt. Ein ausführlicher Abschnitt ist ferner der Aufbewahrung der Kartoffel gewidmet.

Totenliste

Der norwegische Forschungsreisende *Carl Lumholtz* ist im Mai in der Nähe New Yorks an den Folgen eines tropischen Fiebers, das er sich auf Borneo zugezogen hatte, im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war der bedeutendste wissenschaftliche Erforscher Borneos. Auch zur Kenntnis Mexicos haben seine Reisen wesentlich beigetragen.

In Paris starb am 26. Juni *Albert Fürst von Monaco*, 73 Jahre alt. Die Wissenschaft verdankt ihm reiche Anregung und tatkräftige Unterstützung. In seinem Spezialfach der Tiefseeforschung werden ihm von Fachleuten hervorragende Leistungen zuerkannt. In dem von ihm begründeten Ozeanographischen Museum in Monaco befinden sich die bedeutenden Sammlungen, die er von seinen Forschungsfahrten heimgebracht hat.

Kurze Chronik

Der Freiburger Extraordinarius der Physiologie *Ernst Mangold* hat von der Deutschen Akademie der Naturforscher in Halle an der Saale den *Preis der Carusstiftung* zur Förderung seiner Arbeiten erhalten. ◊ Der Extraordinarius für Botanik in Leipzig *Johannes Buder* kommt als Ordinarius nach Greifswald. Er ist in letzter Zeit besonders mit Arbeiten über die Lichtreize bei Pflanzen hervorgetreten. ◊ Der Würzburger Extraordinarius *Richard Harder* ist als Professor für angewandte Botanik nach Tübingen berufen worden. Sein Arbeitsgebiet ist die pflanzliche Sinnesphysiologie.

Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Chassidismus Mit einem Geschichtenkreis Der Große Maggid und seine Nachfolger /Frankfurt, Rütten & Loening/ nimmt *Martin Buber* nach langer Unterbrechung die Aufgabe wieder auf den wesentlichen Gehalt der chassidischen Bewegung darzustellen. Die Geschichten des vorliegenden Bandes, die der chassidischen Legende entstammen, bringen Stücke aus dem Leben des größten unter den Jüngern des Baalschem, der darum der Große Maggid genannt wurde, des Rabbi Dow, und aus dem Leben seiner Schüler und Schülererschüler. Die Quellen, aus denen Buber schöpft, sind, neben mündlichen Mitteilungen, von ihm gesammelte Volksbücher, deren östliche Verfasser, von Ort zu Ort ziehend, diese Schriften ihrem Publikum, im Gegensatz zu den von diesem heilig gehaltenen Schriften der chassidischen Lehre als "leichte Ware" darboten. Der Form nach hat das von Buber im vorliegenden Band gebrachte Material meist die Gestalt der legendären Anekdote, in der besonders der jüdische Witz in charakteristischer Weise zum Ausdruck kommt. Für die Auswahl hat den Herausgeber vor allem der Gesichtspunkt bestimmt »die Art und den Weg des [betreffenden] Zaddiks wesentlich zum Ausdruck zu bringen« und sodann die erzählten Stücke »je zum Bildnis eines Lebens zusammenzufügen«. In ihrer Gesamtheit sollen die Stücke »das überpersönliche Bild einer großen Sache und ihres Ganges ergeben«. Da die Sache, um die es sich handelt, eine Sache der Lehre ist, und da ihr Sinn und ihr Schicksal nur von dem Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler aus zentral, das heißt in der Gewalt, Tragik und Fruchtbarkeit dieses Verhältnisses zu verstehen ist, sind dem Bild vom Großen Maggid 3 Geschichten aus dem Leben des Baalschem, seines größern Lehrers, vorangestellt, die von dessen Beziehungen zu seinen Schülern handeln. Den Geschichten geht ein Geleitwort voraus, das die von Buber bereits früher gegebenen Hinweise auf die chassidische Lehre und ihre Entwicklung ergänzen soll. »Der 1. Abschnitt spricht von der chassidischen Lehre, insofern das Wesen und die Berufung des Zaddiks aus ihr hervorgehen, der 2. von dem Wesen und der Berufung des Zaddiks, der 3. von den Zaddikim dieses Buches, insofern sich in ihnen der Sinn der Lehre, aber auch deren Gang und deren Schicksal verkörpert haben.«

Hier sei noch ein Wort des Rabbi Dow angefügt, das in dem, in dieser Rundschau (1922 I, Seite 60) bereits besprochenen Buch Chajim Blochs Die Gemeinde der Chassidim /Berlin, Benjamin Harz/ wiedergegeben wird: »Die Erkenntnis, wie man Gott dienen soll, habe ich in 3 Dingen vom Kind, in 7 aber vom Dieb erlernt. Vom Kind: 1. Sorglosigkeit, 2. keinen Augenblick müßig sein, 3. um jedes Bedürfnis weinen. Vom Dieb: 1. die Arbeit die Nacht über verrichten, 2. wenn eine Nacht die Arbeit nicht vollendet, die andere fortzusetzen, 3. Opferwilligkeit, um das Ziel zu erreichen, 4. die Früchte der mühseligen Arbeit nicht hochschätzen, 5. gefoltert werden und doch von seinem Geschäft nicht lassen, 6. das Geschäft nicht verabscheuen, 7. die Verbrüderung der Genossen unter einander.«

Streitschriften Der in Deutschland gegenwärtig bekannteste und am häufigsten zitierte Gewährsmann desjenigen Antisemitismus, der die aus innenpolitischen Gründen gegen das heutige Judentum betriebene Hetze "wissenschaftlich", das heißt durch Wertes- und Verächtlichmachung des Alten Testaments zu unterbauen sucht, ist der durch seine Bibel-Babel-Vorträge und altsemitischen Sprachforschungen bekannte Professor *Friedrich Delitzsch*, der vor 2 Jahren unter dem sensationellen Titel Die große Täuschung /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ ein Buch hat erscheinen lassen, das von »kritischen« (in Wirklichkeit von unkritischem Judenhaß erfüllten) Betrachtungen zu den alttestamentlichen Berichten über Israels Eindringen in Kanaan, die Gottesoffenbarung vom Sinai und die Wirksamkeit der Propheten ausgehend, bei einer Warnung des deutschen Volkes vor der »jüdischen Gefahr« endet. So vielfach die von Delitzsch beliebte Methode auch inzwischen von ernsten und besonnenen Vertretern der altisraelitischen Religionswissenschaft zurückgewiesen worden ist, so hat natürlich die einer Zeitströmung nach dem Zusammenbruch entsprechende Delitzschsche Schrift zahllose Leser gefunden und ist insofern nicht ohne Bedeutung geblieben. Es seien daher hier einige Gedankengänge aus einem Aufsatz wiedergegeben, mit dem *Hermann Gunkel* in der Frankfurter Zeitung vom 20. Mai 1920 der Schrift entgegengetreten ist. Das Buch soll nach der Behauptung des Verfassers »sine ira et studio« geschrieben sein. In Wirklich-

keit spreche aus ihr ein Haß sondergleichen. Delitzschs gründstürzender Fehler sei der, daß er, statt den Blick auf die Geschichte des israelitischen Geistes in seiner Gesamtheit, vor allem auf seine religiösen und ethischen Höhepunkte zu richten, immer nur auf einzelne Züge schau. »Dabei zeigt er sich insofern als in hohem Grade voreingenommen, da er überall solche herausnimmt, die ihm minderwertig zu sein scheinen, aber das Erhabene und Erhebende, dessen im Alten Testament wahrlich sehr viel ist, ausläßt oder nur vorübergehend darauf hinweist. Die eigentliche Seite des israelitischen Wesens, um dessentwillen es seine hohe Stellung in der Geschichte der Menschheit einnimmt, kommt bei ihm kaum vor: über Propheten und Psalmen ist seine Darstellung in hohem Grade lückenhaft oder ganz unzulänglich.« Den Maßstab für diese rein negative Einstellung gewinnt Delitzsch nicht aus der hier in Frage kommenden religionsgeschichtlichen Epoche, die die Eigenart Israels aus dem räumlich-zeitlichen Zusammenhang zu verstehen sucht, sondern aus einer ihm offenbar durch Elternhaus und Schule mitgeteilten Orthodoxie, die, was die Stellung zum Alten Testament anlangt, unter dem Einfluß wissenschaftlicher Studien aus einer unbedingten Verehrung in eine unbedingte Verurteilung umgeschlagen ist. »Ein solches Buch«, so schreibt Gunkel, »kann gewiß unter solchen, die der Wissenschaft fern stehen, viel Verwirrung anrichten. Für die Forschung selber kommt es nicht in Betracht.« Und im Hinblick auf die Methode Delitzschs: von der angeblichen Minderwertigkeit des Alten Testaments und des Volkes, aus dem es hervorgegangen, auf die Minderwertigkeit des heutigen Judentums zu schließen, äußert sich Gunkel abschließend folgendermaßen: »Unverzeihlich erscheint uns, daß Delitzsch von solchen Einzelheiten aus grauer Vergangenheit sofort den Sprung in die Gegenwart macht. Denn auch das ist ein schwieriges Ding den Charakter eines Volkes zu beurteilen. Wie viele sorgfältige und das Ganze umfassende Untersuchungen sind dazu nötig. Ferner ist es dem Geschichtsschreiber ein vertrauter Gedanke, daß auch die Völker sich in den Jahrtausenden ebenso wandeln wie die einzelnen Menschen in ihrer kurzen Lebenszeit, so daß oft, wie von dem Knaben zum Greise, so vom Volk der Vergangenheit zu dem der Gegenwart kaum eine Brücke zu führen scheint. Darum verschone man uns damit von

Einzelzügen Israels oder des ältern Judentums aus irgendetwas über die Juden der Gegenwart aussagen zu wollen. Nur wer sich imstande fühlt ein Gesamtbild israelitischen Wesens, wie es durch die Jahrtausende dahingegangen ist, zu entrollen, der möge uns zeigen, wie sich gewisse Seiten des Volkstums bis auf die spätesten Nachkommen vererbt haben. Dem Dilettanten verschließen wir das Ohr. Wahre, gerechte Geschichtsforschung kann auch in Fragen der Gegenwart von großer Bedeutung sein. In der Hand eines aufgeregten Mannes, gerade, wenn er auf anderm Gebiet ein wohlverdientes Ansehen besitzt, können einseitige und mißverständene geschichtliche Darlegungen eine schreckliche Wirkung tun, und in einer Zeit, die mehr als jede andere des innern Friedens bedarf, die Massen gegen einander peitschen.«

Wenn man bei Gunkels Verteidigung des alttestamentlichen Judentums gegenüber einem Antisemitismus vom Schlag Delitzsch immer auch die Besorgnis heraus hört, als könnte unter den sozialen Auswirkungen schließlich auch die kulturelle Geltung des Christentums in Deutschland und damit die kulturelle Bewertung der alttestamentlichen Forschung und Exegese aus dem Geist des protestantischen Christentums irgendwie leiden, so ist das noch viel mehr der Fall, bei dem (durch seine oft betätigte tapfere und sympathische Allgemeinesinnung hervorragenden) Bonner Theologen *Eduard König*, der unter dem Titel *Friedrich Delitzschs Die große Täuschung* kritisch beleuchtet /Gütersloh, C. Bertelsmann/ eine Erwiderung auf sie geschrieben hat. Wie alle Arbeiten dieses Gelehrten ist auch diese fleißig, gründlich, mit einer bisweilen pedantisch anmutenden, doch umfassenden Gelehrsamkeit geschrieben, mit wohlgegliederter Anordnung des Stoffs, aber dem alttestamentlichen Judentum gegenüber typisch protestantisch-theologisch eingestellt (Judentum als Vorbereitung des Christentums). Eine andere Schrift Königs beschäftigt sich polemisch mit Delitzschs neubearbeiteter Ausgabe seines *Babel-Bibel-Vortrags*. Sie trägt den Titel *Die moderne Babylonisierung der Bibel in ihrer neuesten Erscheinungsform* (Delitzschs *Babel und Bibel* 1921) kritisch betrachtet /Stuttgart, Chr. Belser/. Ihr Gedankengang ist etwa folgender: Die hebräischen Geschichtsquellen sind für die altorientalische Religionsgeschichte bei weitem nicht so belanglos wie De-

litzsch glauben machen möchte. Die altbabylonischen Kultureinflüsse auf Palästina sind nicht derart, daß man nicht von einer altisraelitischen Eigenart sprechen könnte. Das Plus der biblischen Urgeschichte, das sich aus dem Vergleich zwischen Altisrael und Babylon zugunsten des ersten (zwar nicht dem Quantum nach, aber hinsichtlich der Qualität) ergibt, liegt in einer besonders israelitischen Lebendigkeit des Sinns für die religiös-sittliche Seite an der Kulturentwicklung der Menschheitsgeschichte und für deren höchstes Ziel. »Babel ist gewiß der Ausgangspunkt vieler Kulturelemente für nähere und entferntere Gebiete gewesen . . . Aber die Religion besitzt ihre klassische Literatur in der Bibel. Babel darf vielleicht das Hirn Vorderasiens genannt werden, aber, was den Pulsschlag der Bibel ausmacht, das quoll aus einer weltübertreffenden Erfahrung.«

Die kleine Schrift des Greifswalder Theologen *Otto Procksch* *Altes Testament und Judentum* /Leipzig, Dörffling & Franke/ sucht sozusagen eine Rechtfertigung dafür beizubringen, wie es möglich sei trotz »der Erschütterung der Gegenwart im Kampf des deutschen Volkstums gegen die zersetzenden Kräfte des modernen Judentums« in dem Alten Testament ein deutsches Glaubensbuch, in dem »Erzeugnis des Judentums eine Grundlage des volkstümlichen Christentums« zu sehen. Schon die ganze Art der Fragestellung läßt vermuten, daß der Verfasser wahrscheinlich darauf hinausgehen wird nachzuweisen, daß das klassisch-antike Judentum eben etwas ganz anderes, viel Besseres und Wertvolleres gewesen sei als das moderne, unser armes Deutschtum zersetzende Judentum. In der Tat, auf Seite 11 kommt es. Es heißt da: »So sehr wir uns am Boden krümmen, will sich doch der deutsche Stolz aufbäumen gegen einen Vergleich unseres Stammes, der doch wie die gefällte Eiche im heimatlichen Boden wurzelt, mit dem Ewigen Juden, der heimatlos durch die Welt zieht, überall nationales Leben zerstörend, wohin er kommt, der insbesondere aber in Deutschland den unseligen Kosmopolitismus mit auf dem Gewissen hat. Indessen haben wir es beim Alten Testament nicht mit dem Judentum von heute zu tun. Das Alte Testament hört da auf, wo die Geschichte des Ewigen Juden beginnt.« Und an anderer Stelle: »Abrahams Haus war ein edles Geschlecht aus dem Zweige semitischen Volkstums, der mit den

Aramäern und Arabern nächstverwandt ist; wollen wir uns seine Gestalt gegenwärtigen, müssen wir an einen Araberhäuptling denken, nicht an einen Handelsjuden von heute. . . Aber auch Jakob, gegen dessen Charakter antisemitischer Überschwang und liberale Schulweisheit die größten Bedenken mit lebhaftem Mienenspiel äußern, kann sich doch an Ränkesucht und Verwickeltheit mit keinem Diplomaten der Entente messen, an Schlaueit und Gewinnsucht mit vielen Ehrenmännern der Revolutionszeit nicht.« Ich glaube, wir können nach diesen Proben von Geist den Verfasser getrost seinem weitem Schicksal überlassen, und wenn es dem Berichterstatter ausnahmsweise einmal gestattet ist eine ihm naheliegende persönliche Bemerkung nicht zu unterdrücken, so ist es die, daß das deutsche Volkstum wahrlich entweder an seinem eigenen Wert oder an dem des Alten Testaments zu verzweifeln hätte, wenn es annehmen müßte, daß ein inneres Verhältnis zwischen Deutschtum und Altem Testament nur auf der Grundlage möglich wäre, auf der das Verhältnis des Greifswalder Theologen beruht, bei dessen Broschüre man unwillkürlich an diejenigen theologischen Kriegsliteraten zurückdenken muß, die während des Krieges plötzlich eine innere Verwandtschaft zwischen Christentum, Deutschtum, Krieg und Altem Testament entdeckt hatten, so wie ihnen vor und nach dem Krieg das Neue Testament zur Predigt über den Frieden und die gescheiterte Sanftmut Jesus' gedient hatte respektive nun, wo die Friedfertigkeit wieder billig geworden ist, dienen wird.

Daß in unseren Tagen neben den neueren, auf Bibelkritik und vergleichende Religionswissenschaft sich stützenden Deduktionen auch die ganz alten, heute schon prähistorisch anmutenden Argumente gegen das Judentum aus der Frühzeit des Antisemitismus wieder auftauchen, braucht nicht wunderzunehmen. Ein Zeichen dessen, daß literarische Ausgrabungen solcher Art heute wieder Kurs haben, ist die Abwehrschrift *Arthur Liebermanns* *Zur jüdischen Moral* /Berlin, Philoverlag/, die nach den Quellen (insbesondere Thora, Talmud, Schulchan Aruch und anderen) das Verhalten von Juden gegenüber Nichtjuden nach dem jüdischen Religionsgesetz untersucht und dabei besonders auf diejenige Literatur eingeht, auf die sich der Antisemitismus meist bei seiner Beschuldigung stützt, daß die Gesetze des Ju-

dentums den Betrug an Christen und deren Schädigung an Gut und Leben erlaubten. Als Haupttypen dieser Literatur werden von Liebermann herausgegriffen: der Judenspiegel des Doktor Justus (Aron Brimann), die gutachtliche Überprüfung dieser Schrift durch Doktor Ecker und das Buch Der Talmudjude des Prager Professors Rohling. In einem Kapitel Irrtümer und Fälschungen seiner Abwehrschrift geht Liebermann besonders auf die sogenannte Akumlegende ein, das heißt die von den Antisemiten vielfach aufgestellte Behauptung, daß ein Ausdruck, der an sich nur Sternanbeter bedeutet, in der nachmittelalterlichen Literatur des Judentums unterschiedslos im Hinblick auf alle Nichtjuden, also auch Christen gebraucht werde, während genauere Nachprüfung von Erstausgaben des Maimonides, des Beth Joseph und Schulchan Aruch schon längst ergeben hat, daß diese Quellen in ihren Originalfassungen streng unterschieden haben zwischen Götzendienern und Christen. Es wird von Liebermann nochmals dargestellt, wie die berüchtigte Verallgemeinerung jenes Ausdrucks in spätere Ausgaben der jüdischen Religionsbücher nicht durch die Juden selbst hineingebracht worden ist sondern durch die katholische Indexkongregation, die im Jahr 1590 in ihrem Canon purificationis verfügt hat, daß man, wo immer in jüdischen Büchern etwas von Nichtjuden geschrieben ist, mit Rücksicht darauf, daß dieses etwas Unfreundliches sein könnte, anstatt der bisherigen Ausdrücke für Nichtjuden überall jenen einen Ausdruck setze, damit man alle diese Stellen auf Götzendiener beziehe und nicht auf Christen. Es wird von Liebermann mit Recht darauf hingewiesen, wie unanständig und ungerecht es ist, wenn immer wieder von antisemitischer Seite unter Berufung auf Rohling, Justus und Ecker Laienkreisen gegenüber die Akumlegende aufrechterhalten wird, obwohl der Tatbestand in der Fachwissenschaft (und auch vor Gericht) seit nunmehr 3½ Jahrzehnten einwandfrei festgestellt ist. Dem Akumbeispiel wird von Liebermann mit rührender Gewissenhaftigkeit eine ganze Reihe anderer Beispiele angeführt, die auf die unwissenschaftlichen polemischen Methoden des landläufigen Antisemitismus das richtige Licht werfen.

Gemeinverständliche Schriften Eine auf die Arbeit der Volkshochschule berechnete Darstellung und Zusammenfassung dessen, was die historisch-

kritische Schule der protestantischen Bibelforschung heute über die Entstehung des *Alten Testaments* zu sagen weiß, gibt das Heftchen Walter von Hauffs Die Entstehung des Alten Testaments (in der vom preußischen Ministerialdirektor R. Jahnke herausgegebenen Schriftensammlung Die Bücherei der Volkshochschule /Bielefeld, Velhagen & Klasing/). Dem pädagogischen Zweck entsprechend sind jedem Kapitel Wiederholungsfragen beigefügt, die sich auf das Wichtigste des jeweils Dargebotenen beziehen.

Für weitere Kreise bestimmt ist eine Schrift über das *Judentum*, die Eduard König unter dem Titel Israels Religion in der im Auftrag der Gesellschaft zur Förderung des Christentums unter den Juden in Berlin von E. Schäfer herausgegebenen, hier bereits einmal angezeigten Sammlung Christentum und Judentum /Gütersloh, C. Bertelsmann/ erschienen ließ. Obwohl nach dem Untertitel der Schrift »Israels Religion nach ihrer Stellung in der Geistesgeschichte der Menschheit« erörtert werden soll, wird das antike Judentum doch auch hier wie in den meisten aus der protestantischen Religionswissenschaft hervorgehenden Publikationen wesentlich unter dem Gesichtspunkt "Das Judentum als Vorläufer des Christentums" betrachtet, eine Methode, die die wichtigste Verpflichtung: das Judentum des Alten Testaments zunächst einmal im Rahmen der jüdischen Religionsgeschichte, erst in zweiter Hinsicht in seiner geschichtlichen Einwirkung auf andere Religionen, wie das Christentum, zu behandeln, schließlich doch außer acht läßt. Diese einseitig dogmatisch-apologetisch christliche Behandlungsweise kommt dann auch in der ganzen Anlage der Darstellung zum Ausdruck: Das 1. Kapitel trägt die Überschrift Die eigene Höhenlage der israelitischen Religion, das 2. Die eigenen Hinweise der israelitischen Religion auf ihre spätere Vollendung, und das 3. heißt Die israelitische Religion hat ihre Vollendung im Auftreten und in der Leistung Jesu gefunden.

Totenliste Im Alter von 75 Jahren starb Anfang Januar 1922 *Wilhelm Herrmann* von der Marburger Theologischen Fakultät, der er seit 1879 angehörte. Vorher, seit 1874, war er Privatdozent in Halle. Herrmann war Schüler Ritschls. Sein besonderes Fach waren die ethischen Fragen. Er veröffentlichte die Ethik, die 1913 in 5. Auflage erschien, ferner Der Verkehr

des Christen mit Gott und im Jahr 1901 Römische und evangelische Sittlichkeit. Seit 1917 lebte er im Ruhestand.

Am 13. April starb in Straßburg der Professor für evangelische Theologie *Paul Lobstein*, im Alter von 72 Jahren. Seit 1876 hatte er an der Straßburger Universität gelehrt. Zahlreiche Werke in deutscher und französischer Sprache, hauptsächlich über den Calvinismus, sind das Ergebnis seiner Forschertätigkeit.

In Rom verschied im April *Louis Duchesne* in seinem 79. Lebensjahr. Er galt in Fachkreisen als der bedeutendste katholische Kirchenhistoriker der Gegenwart. Er schrieb eine große Zahl kirchenhistorischer Werke, so ein Werk über die Entstehung des christlichen Kultus und eine 3bändige Geschichte der alten Kirche. Duchesne gehörte der Académie Française an, ebenso der Académie des Inscriptions und der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Er kannte die Altertümer und Archive Roms aufs gründlichste, hatte Forschungsreisen nach Griechenland und Kleinasien unternommen, die Athosklöster besucht. Jahre lang leitete er die von Thiers gegründete Ecole de Philologie, d'Archéologie et d'Histoire in Rom.

Der Professor an der Erlanger Universität *Hermann Jordan* starb im Juni, 44 Jahre alt. In seinen Arbeiten behandelte er vornehmlich die altchristliche Literatur und Dogmengeschichte.

Kurze Chronik Der Heidelberger Professor *Georg Wobbermin* wurde Ordinarius der systematischen Theologie in Göttingen. ◊ Als sein Nachfolger wurde *Willy Lüttge* /Berlin/ ordentlicher Professor für systematische Theologie und Religionsphilosophie in Heidelberg. ◊ Der Heidelberger Theologe *Friedrich Niebergall* folgte einem Ruf auf den Lehrstuhl der praktischen Theologie in Marburg. ◊ Als Nachfolger Rothsteins ging *Johannes Herrmann* aus Rostock als ordentlicher Professor der alttestamentlichen Exegese und Theologie nach Münster. ◊ In der Berliner Theologischen Fakultät *habilitierte* sich der Direktor des Allgemeinen Evangelisch-Protestantischen Missionsvereins in Berlin Johannes Witte, der seit 1909 die Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft herausgibt; ferner Martin Brückner, früher Pfarrer in Karlsruhe; endlich Georg Bertram, der in seiner Antrittsvorlesung über das Thema Jesus und der Hellenismus sprach.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Junge Mit einer Verachtung, die an das Heldentum grenzt, begegnet der Trierer Verlag Friedrich Lintz der Zeitnot, die eine schreckliche Büchernot ist. Trotz Papier- und Druckkosten soll hier ein Programm der Weltanschauung verwirklicht werden. Die *Jungen* sollen hinauswandern. Wer sind diese Jungen? Das Buch, das sie zeigt, bietet sich äußerlich etwas düster dar, es ist auch nicht sehr behäbig. Die Askese überwiegt in der Farbe des Einbands und Anordnung des Drucks. Der Deckel, der meist schwarz ist, nur zerschnitten von dem weißen Strich, der den Titelbuchstaben trägt, verrät, daß es sich um ein besonderes Unternehmen handelt. Der Verleger will ein Geistesverwalter sein, und er läßt auch die Worte, mit denen er seine Bücher empfehlend hinaus-schickt, mit einer gewissen Würde und verspürbaren Abneigung gegen die Überlieferung hinsetzen. Nun aber erschüttert die Wahrnehmung, daß hier an das Herz eines ehrgeizigen und auch kostbar eigensinnigen Verlags Dichter genommen werden, die nur mit einer Halbnatur begabt sind. So braucht man über die Grundbedeutung und ursprünglichste Berufung *Paul Gurks* kaum lange Erwägung anzustellen. Er ist ein in jeder Faser vom Gewesenen abhängendes Talent. Mag er eine etwas verbreiterte Novelle Die Wege des teilschen Hans erzählen und dem Werklein den Namen eines Romans geben, mag er unter dem Titel Dreifaltigkeit kurze Skizzen aufzeichnen, es spricht sich immer die gleiche Gebundenheit aus. Dieser Dichter hat sich nicht aus inneren Gesichtern und vulkanischem Zittern loszumachen. Er will nur irgendwie mitmachen, sogar nur nachmachen. Aber er ist sicher kein Besser-macher. Dichter vom Schlag Paul Gurks sehen die gewöhnlichen Menschen als Seelen, die viel zu gekrümmt sind. Hierauf wollen sie den Glauben erwecken, diese künstlich, nicht künstlerisch gesteigerten und überhitzten Menschen seien von außergewöhnlichem Gezücht. Wägen sie sich aber an einen wahrhaft auserwählten Kerl, an einen ganzen Narren oder erhabenen Verbrecher, kurz an einen Helden, der ein Halbgott unserer Zeit wäre, so ziehen sie die außergewöhnliche Persönlichkeit wiederum in die Sphäre ihrer Kleinbürgerlichkeit, die sie nicht überwinden. Ein ewiges Zuviel, ein unheilbares Zuwenig. *Bernd Isemann*,

einstmals sublimer, verfällt mit seiner Kindergeschichte Ungewollt der gleichen Heerschar. *Fritz Walter Btschoffs* Erzählung Ohnegesicht leidet an der gleichen Unbildlichkeit, an der nämlichen Unerlebtheit. Das Banale wird aufgedonnert und pathetisch gepriesen.

Aus dieser Reihe der Eintönigen springen nur *Wilhelm Lehmann* und *Hans Christoph Kaergel* heraus. Lehmanns Novelle vom vogelfreien Josef enthält intellektuelle und Sprachwerte. Es erzählt ein Artist, der festhalten kann. Es ist nicht die uferlos sprudelnde Redseligkeit, die sich entleert. Kaergel (*Der Traum des Urban Krain*) ist sehr saftig, von einer richtigen Flamendbarkeit, von einer mitkochenden Sinnlichkeit des Worts. Sein Horizont ist nicht weit, aber er sieht scharf in seinem Bezirk, er besitzt seine Erzählersprache, er besitzt die Pranke zum Anpacken, und es bleibt die Spur seiner Eigentümlichkeit zurück.

Das ist das erste Ergebnis des Lintzischen Versuchs. Mut, Verblendung, lebendiger Wille, ein Gemisch vom Besten, das einen Menschen und Verleger spornen kann, hat ihn geführt. Und wenn die Namen, die diese Bibliothek füllten, auch nicht von Fülle schwelgten, so bleibt doch die Hoffnung, daß einem zielklaren, wenn auch wegdunklen Wollen das Rechte schon begegnen wird.

Skandinavien Der Naturalismus verästelt sich immer noch in alle Schriftstellerschulen unseres Kontinents hinein. Von seiner ersten Entstehung ist man jetzt bereits so weit abgerückt, daß man sie schon gesondert zu betrachten beginnt. Eine sehr wesentliche Arbeit leistet da Niels Hoyer, der die Bücher des nun schon lange toten *Hans Jäger* herausgibt, diese Bücher von bohrender Naturtreue und einer vor nichts zurückschreckenden, letzten Sexualität, die nie so recht erschienen, da sie alsbald konfisziert waren. Es ist heute mehr als ein Menschenalter her, daß dieser Skandinave mit unendlichem Gewissenfeuer das Buch von der Kristianiaboheme, die Dramenouvelle Olga, die »Geschichte einer intellektuellen Verführung«, und den Dokumentenroman von der Kranken Liebe schrieb. Jäger war außerdem noch von einem moralischen Kämpfermut beseelt, und es kränkte ihn tief, daß der Staatsanwalt und sein Volk ihn verfolgten. Er spielt eine Rolle in der Entwicklung der skandinavischen Literatur. Der Fleiß des deutschen Herausgebers und der Wagemut des Ver-

legers Adolf Harms in Hamburg sind hier an eine Sache gewandt, an die erinnert zu werden heute wieder von Wert ist.

Keine Sache der Erinnerung sondern des beständigen Daseins sind die Bücher *Knut Hamsuns*, mögen sie jetzt auch schon in einer Gesamtausgabe geordnet werden /München, Albert Langen/. Hier hat ein Dichter aus sich selbst die Welt neu geordnet, und siehe, sie sieht aus, als wäre sie eine ganz natürliche, auf geradem Weg nur von Gott herstammende Welt. So oft man die Hamsunschen Romane wieder liest, fühlt man sich von unverlöschlicher Liebe bewegt.

Roman Die Brüder *Jérôme* und *Jean Tharaud* sind in Frankreich als emsig verknüpfte Zwillinge für kulturhistorisch belehrende Bücher bekannt und angesehen. Sie sollten es auch bei uns sein. Ihr Buch über Ravaillac gibt erhebliche Aufschlüsse.

Ihr Ghettoroman *Der Schatten des Kreuzes*, der in deutscher Übertragung bei Kurt Wolff in München erschien, ist eine nicht minder spannende Erzählung von ostjüdischer Religiosität, die gleichbedeutend ist mit dem Leben ihrer Träger. Forscher, von denen man annehmen könnte, daß sie an ihrem Stoff nur betrachtend interessiert sind, beherrschen hier das Wesen und die Landschaft des Ostjudentums mit zwingender Eindringlichkeit. Hier leitet im Grunde etwas ganz anderes als die Freude an der Wiedergabe. Ja, diese Schilderung ist in Einzelheiten nicht einmal ganz richtig. Aber eine Ahnung durchweht das Ganze, die uns den unsagbaren Sinn des für gebildete Westeuropäer Unsinnigen fühlen läßt. Die Verfasser selbst werden davon ergriffen. Vielleicht ohne daß sie dessen gewahr werden, hat sich ihre lächelnde Toleranz des Drüberstehenden in ein Sichbeugen unter das Höhere verwandelt. (Die geheimnisvolle Verknüpfung des französischen Geistes mit dem Gefühl des Ostens hat wohl auch hier dazu geholfen.)

Menschliches im Tier entdeckt *Svend Fleuron* in seinem Dackelroman *Schnipp Fidelius Adelszahn* /Jena, Eugen Diederichs/. Aber es ist nicht die übliche Verkleidung des Menschen in irgendeine Tiergestalt, die meist zu irgendeinem Zweck geschieht. Es ist vielmehr die Aufdeckung des Gemeinsamen, die nun wieder das Eigenleben des Tiers und die Anmaßung es sub specie des Menschen zu betrachten stärker hervortreten läßt. *Ernst Weiß* erzählte den Bestienroman

Nahar /München, Kurt Wolff/ mit einer breiten, in das Exotische vorsichtig hintastenden Feder. Er ist keiner von den geschickten Arrangeuren. Er ringt um die Dichtung. So werden die Spuren des Ernstes und der Vertiefung sehr merklich.

Auch unter den in der Zeit phantastischer Papierteuerung erscheinenden Romanen sind natürlich die der Zerstreung, nicht die der Sammlung dienenden in der erdrückenden Überzahl. Daneben gibt es einige, die an der Grenze der Kunst stehen, wengleich der Leser sie beruhigt zu bloßer Unterhaltung verwenden kann. In die Geisterwelt führt *Bruno H. Bürgel* in einem »spiritistischen Roman« *Gespenster* /Berlin, Ullstein/. Der Verfasser versteht es Dinge der Naturwissenschaft anschaulich und anziehend zu schildern. Aber in ihm ist, wie sich in diesem Buch zeigt, nichts von der selbstzufriedenen Aufgeklärtheit der Popularisatoren. Mit ehrfürchtiger Unbestimmtheit naht er den Dingen des Verborgenen. Er entläßt unbelehrt und gerade deshalb nicht leer. *Fritz Reck-Malleczewen* schrieb von Frau Übersee /Berlin, Rudolf Mosse/: Exotik und Erotik und dabei so etwas wie ein Stück moralisierender Kulturgeschichte; unbekümmert in der Behandlung der Sprache, aber ungeheuer spannend in dem Durcheinander von Erzählung und Beurteilung, überall den Blick auf kommende Entwicklungen lenkend. *Paul Oscar Höcker* betastet im Roman *Der Mann von der Straße* die heutige Zerrissenheit Deutschlands /Berlin, Ullstein/. Er kommt an den Stoff nur von außen, aber der Stoff selbst ist eben für uns alle von brennendem Interesse. Einen »altmodischen Roman« wollte *Ernö Szep* schreiben. Er nannte ihn *Lila Akazien* /München, Dreimaskenverlag/. Man denkt an Idylle und Süßigkeit, aber dann fühlt man sich vom Verfasser irgendwie ironisiert, weil man so leicht geneigt ist die Dinge leicht zu nehmen. *Gertrud Lents* chinesische Liebesgeschichte *Der Wels* /Leipzig, Ernst Keil/ ist vielleicht nur eine Kunstgewerbearbeit. Aber es ist eine gute, anständige Arbeit, die Beachtung und Würdigung wohl verdient. Ganz ohne Aspirationen tritt *Seratine Detschy* auf (*Orchidea* /Berlin, Eysler & Co./). Eine ehemalige Schauspielerin, die »aus der Kunstwelt« erzählt, was sie dort gesehen hat. Da diese Welt selbst aber, die ohne Sensation nicht lebt, auch stets Sensation hervorruft, so liest man das Buch genau so, wie es geschrieben wurde, bis ans Ende.

Totenliste Im Januar 1922 starb *Giovanni Verga*, 81 Jahre alt, in Catania. Er gilt als der Begründer des *verismo* in Italien, der seine Quelle in Frankreich, in Zola, hat. Seine *Novelle Cavalleria rusticana* erschien 1880, wurde dann 1884 dramatisiert und mit großem Erfolg in Turin aufgeführt und schließlich von Targioni-Tozzetti und Menasci als Buch für Mascagnis berühmte Oper bearbeitet, die den musikalischen *Verismus* einleitete und dessen genialstes Werk geblieben ist. (Die größte dramatische Sprecherin und die größte dramatische Sängerin: Eleonore Duse und Gemma Bellincioni, haben die Gestalt der Santuzza ein für allemal geprägt und unvergesslich gemacht.) Eine andere, nicht minder eindrucksvolle *Novelle Vergas*: *Die Wölfin*, erschien im Jahr 1896 in deutscher Übertragung in dieser Zeitschrift.

Am 2. März ist *Henri Bataille* auf seinem Gut in Rueil im Departement Seine et Oise plötzlich gestorben. Seine Dramen brachten ihm großen Erfolg. Literarisch Wertvolles bot seine Lyrik.

Im Juli starb *Adolf Flachs* in Berlin. Er hat lustige Geschichten, Feuilletons und Bühnenstücke geschrieben. Er war das anregende und treibende Element in der literarischen Gesellschaft *Die Kommenden*, die zu Beginn dieses Jahrhunderts im Café Nollendorf in Berlin ihre Abende hatte. Er ist 66 Jahre alt geworden. Seine Gattin, Louise Flachs-Fokschaneanu, ist als Übersetzerin aus dem Russischen bekannt.

Im Juli erlag der Dichter *Bruno Arndt* in Breslau im Alter von 48 Jahren einem schweren, unheilbaren Leiden. Er gehörte zu dem kleinen Kreis feiner Menschen, die in Schlesien leben, erzählen und dichten; Hermann Stehr stand er nahe. Er hatte erst vor kurzem für seine *Novelle Missa solemnis* den neugeschaffenen Eichendorffpreis erhalten.

Am 11. August starb in Berlin nach längerem Leiden *Dawid Frischmann* in seinem 57. Lebensjahr. Nach Micha Joseph Berdyzewsky (als Dichter unter dem Namen bin Gorion bekannt), der am 18. November 1921 verschied, ist dies der zweite schwere Verlust, der die hebräische Literatur innerhalb kurzer Zeit getroffen hat. Die Bedeutung und die Werke Frischmanns sollen hier noch im Zusammenhang einer Darstellung neujüdischen Schaffens gewürdigt werden.

Am 22. August starb *Hedwig Caspary* in Berlin. Ihre Dichtungen Elohim und Salomos Abfall zeigen die tief religiöse Grundrichtung ihrer Natur.

Kurze Chronik 25 Millionen Mark, gespendet von der Schweizer Schriftstellerwelt, sollen zur

Unterstützung deutscher Schriftsteller gebraucht werden. Die Filmindustriellen sollen mit ihren großen Stars und vielen Geldern einen Film herstellen, der an das valutastarke Ausland zu verkaufen ist. Dann soll der Ertrag den darben- den Geistesarbeitern Deutschlands, den Schriftstellern besonders geschenkt werden. Alles das ist gut gemeint. Doch alle Summen werden nicht ausreichen, um die geistige Auszeichnung Deutschlands entscheidend zu lindern. Wir sind im Geist beinahe kränker als in der Wirtschaft, und die doppelte Heilung, die uns nottut, wird nur unvollständig vollbracht sein durch die Spenden aller der liebenswürdigen Gönner. ◊ Der in Paris lebende Russe Pawel Sacharow hat einen *Balzacpreis* gestiftet. Jedes Jahr sollen für den von einer Jury ausgewählten besten Roman 20 000 Francs seinem Verfasser gegeben werden. ◊ Die Londoner Shakespeareliga hat die britische Regierung ersucht die Ausgabe eines *authentischen Shakespearertextes* zu veranlassen und so der bisher bestehenden Verschiedenheit in der Wiedergabe ein Ende zu machen. ◊ In Köln wurde am 13. Mai eine *Gesellschaft für rheinische Literatur* gegründet. Sie will sich die Verbreitung von Werken rheinischer Autoren und literarhistorische Forschung auf dem Gebiet des rheinischen Schrifttums angelegen sein lassen. Sie hat auch eine Auskunftsstelle unter Leitung des Universitätsprofessors Enders in Bonn eingerichtet. ◊ In Saarbrücken wurde eine *Vereinigung der Kunstfreunde an der Saar* gegründet. Sie will ihr Augenmerk auf systematische Vermittlung der zeitgenössischen Literatur richten. Leiter der Vereinigung ist Hermann Adolf Ginzel in Saarbrücken.

Literatur

Die Ehren, die *Gerhart Hauptmann* zu seinem 60. Geburtstag verschwenderisch dargeboten wurden, trafen ein würdiges Haupt. Es durfte das kritische Bedenken schweigen, als der Dichter in der Berliner Universität sein Lebens- und Kunstgelöbnis an Novalis anknüpfte und den inspirierten Menschen pries. In solchem Augenblick vergaß man, daß die lebende Hoheit leicht der Seichtigkeit verfällt, wenn sie sich allzu nachgiebig der oberflächlich volkstümlichen Verhimmelung ausliefert. Dann überdenkt man wieder im Stillern die Persönlichkeit dieses Menschen, dem umfangreiche

Bücher der Betrachtung heute gewidmet sind. So Konrad Haenisch Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/. Ein Volksmann redet, indem er vor Ungeübten eine starke Vormundschaft ausüben will. Da geht es nicht ohne eine gewisse Breitspurigkeit ab. Doch die Gesinnung ist schön und lebendig. Und die Reminiscenzen an die stürmischen ersten neunziger Jahre, als Neues geboren wurde, stimmen uns dankbar. Das beste Buch über Hauptmann, weil Gesinnung, Stil und Erlebnis sich ganz und gar mit dem Darstellenden und dem dargestellten Werk deckten, bleibt das von Paul Schlenther, das jetzt in neuer Ausgabe von Arthur Eloesser umgearbeitet und erweitert wurde (Gerhart Hauptmann Leben und Werke /Berlin, S. Fischer/). Paul Fechter (Gerhart Hauptmann /Dresden, Sibyllenverlag/) ist ein Systematiker, dem das tropfende Ingenium schließlich als festgefügtter Kristall erscheint. Die Dichtung wird zur Kunstphilosophie, und trotzdem braucht der ordnende Logiker wiederum poetische Begriffe, um sich verständlich zu machen. Endlich ein Bekenntnisbuch: Gerhart Hauptmann und sein Werk, herausgegeben von Ludwig Marcuse /Berlin, Franz Schneider/. Die Getreuen sprechen: die Jungen und die Alten, und diese Mannigfaltigkeit der Betrachtungen liefert dem vom Verlag üppig ausgestatteten Sammelbuch seinen Reiz und seinen Wert.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Baumwolle Der 7. Jahresbericht der British Cotton-Growing Association berichtet über die Ergebnisse der Bemühungen dem Baumwollmarkt neue, in erster Linie tropische Gebiete zu erschließen. So betätigt sich die genannte Gesellschaft in British Nigeria. Dort wäre sie durch den Preissturz des Jahres 1920-1921 beinahe zu großem Schaden gekommen, da sie den eingeborenen Baumwollpflanzern einen Mindestpreis garantiert hatte. Die ständig fortschreitende Teuerung in Baumwolle und Baumwollsaat hat sie dann aber aus diesem Dilemma gerettet; der spekulative Charakter der Baumwollpflanzerei, eines der Haupthindernisse für die Ausbreitung des Anbaus, geht aus solchen Vorkommnissen klar hervor. Im ganzen haben die unter Mitwirkung der Gesellschaft 1921 im Britischen Reich neu in Anbau genommenen Baumwollfelder einen Ertrag von 165 000 Bal-

len zu 400 englischen Pfund erbracht, und alles weist auf noch bessere Erträge im Jahr 1922 hin. Uganda und der Sudan sind neben Nigierien die Hauptgebiete der Tätigkeit der Gesellschaft; gleichzeitig arbeitet ein großes Versuchsgut der Gesellschaft in Pandschale für die Verbesserung der Kulturmethoden in Britisch Indien und für eine Verlängerung des Stapels der Baumwollfaser. Neuerdings richtet die Gesellschaft ihr Augenmerk auch auf Australien; sie wird durch die Entstehung einer Konkurrenzgesellschaft, der Empire Cotton-Growing Corporation mächtig angespornt. Die Gesellschaft beschafft sich die Mittel für die Subventionen, durch die sie den Baumwollbau großzüchtet, durch Erhebung einer Abgabe von 6 Pence vom Ballen Baumwolle. Es ist bezeichnend, daß der ureifhändlerische Manchester Guardian Commercial nichts dabei findet, daß die Gesellschaft versuchen will die Abgabe von der Regierung in eine Zwangsabgabe verwandeln zu lassen; er hält das offenbar nicht für Protektionismus.

Die Gesamtzunahme der Baumwollproduktion in den Arbeitsgebieten der Gesellschaft (Goldküste, Nigierien, Uganda, Kenia, Tanganjika, Njassaland, Rhodesien, Südafrikanische Union, Sudan, Westindien usw.) kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

Jahr	Produktion Ballen (zu 400 englischen Pfund)	Durch die Vermittlung der Gesellschaft kamen auf den Markt	
		Ballen (zu 400 englischen Pfund)	Preis (in Pfund Sterling)
1916	78 800	40 730	788 061
1917	72 600	39 191	1 415 644
1918	54 900	29 190	1 410 837
1919	79 600	30 881	1 494 921
1920	105 800	23 513	1 699 144
1921	165 100	63 966	1 597 702
Zunahme 1916 bis 1921	86 300 oder 110 %	23 236 oder 57 %	809 641 oder 103%

Der Vergleich der Zahlen ergibt, daß die Menge der durch die Hand der Gesellschaft zu Markt gehenden Baumwolle weniger stark gestiegen ist als der erzielte Preis, und daß von der in diesen Gebieten erzeugten Baumwolle immer weniger (1916 über die Hälfte, 1921 nicht ganze zwei Fünftel) durch Vermittlung der Gesellschaft Abnehmer findet. Beides spricht trotz den aus den Tabellen zu ersiehenden Rückschlägen für das wirtschaftliche Gedeihen des Baumwollbaus in diesen Gebieten.

Bambus In 2 Gebieten Britisch Ostafrikas, in Kikuju und im Maugebiet, hat die Regierung der Kolonie nach langen Vorbereitungen die Abgabe von Bambus als Rohstoff für die Papiererzeugung in Angriff genommen. Beide haben Eisenbahnverbindung mit dem Indischen Ozean durch die Ugandabahn. Für das Recht zur Abholzung wird eine Gebühr von 2 Shilling für die Tonne lufttrockener Holzmasse verlangt. Die Konzession soll für 20 Jahre an den Meistbietenden vergeben werden; man rechnet mit einer jährlichen Erzeugungsfähigkeit von 60 000 Tonnen. Während der ersten 5 Jahre braucht nur eine Lizenz von 100 Pfund Sterling bezahlt zu werden; der Rest der Gebühr wird so lange nicht erhoben. Der Konzessionsinhaber muß in den ersten 2 Jahren eine Anlage bauen, nach 5 Jahren mindestens 10 000, nach 10 Jahren mindestens 20 000 Tonnen erzeugen. Jeder einmal durchgeholzte Bambusbestand darf erst wieder nach 10 Jahren ausgeholzt werden; gegen Raubbau ist also Vorsorge getroffen. Es handelt sich übrigens nicht um die besten Bambusgebiete der Kolonie. Aber die Bestände am Keniagebirge werden erst durch den Bau der Nyereisenbahn erschlossen werden, weil es bis dahin dort an wirtschaftlich brauchbaren Transportmitteln fehlt.

Ceylon Die Insel Ceylon hat in den letzten 2 Jahrzehnten ihre Produktivkraft durch die Anlage ungeheurer Plantagen von *Hevea brasiliensis* hauptsächlich der Kautschukerzeugung zugewendet. Die Überproduktion an Kautschuk in der ganzen Welt und der dadurch bewirkte Sturz der Kautschukpreise, der in absehbarer Zeit noch durchaus keinem Wiederaufstieg Platz zu machen verspricht, haben nun die Pflanzer genötigt sich nach einer andern Einkommensquelle umzusehen. Da Baumwolle infolge chronischer Unterproduktion hoch im Preis steht, wollen sie es jetzt damit versuchen, zumal die Kautschukerzeugung in Brasilien und Niederländisch Indien dauernd billiger zu sein scheint als in Ceylon. Die bisherigen Versuche der Verwallung in Ceylon mit dem Baumwollanbau (unter den erprobten Sorten ist die feinste, bisher fast nur in Ägypten gebaute Sea Island) sind sehr befriedigend ausgefallen. Auf längere Zeit hinaus kann auch eine sehr gesteigerte Baumwollerzeugung von den auf Ceylon ansässigen Baumwollspinnereien

glatt verbraucht werden. Zurzeit könnte das Produkt von ungefähr 15 000 Acres aufgenommen werden. Die Baumwollspinnerei Ceylons ist aber, bei der Billigkeit der Arbeitslöhne und der Gunst des feuchtwarmen Klimas zweifellos noch starker Ausdehnung fähig. Die Anbaufläche für Baumwolle auf der Insel beträgt jetzt erst 300 Acres, obwohl noch große Flächen glänzend geeigneten Bodens brachliegen. Systematische Versuche werden gegenwärtig angestellt, um Baumwollsorten herauszufinden, die sich für den Anbau gewöhnlich mit anderer Kultur bestandener Böden (Tee, Zuckerrohr, Kautschuk, Reis) eignen. Hierin steht das Ergebnis noch aus.

Kongoschiffahrt Auf den Kanälen in der Umgegend von Antwerpen sind in letzter Zeit umfangreiche Versuche mit der Befahrung von Stromschnellen gemacht worden. Die Erfolge sind so gut, daß das Verfahren jetzt bei der Schiffahrt auf dem Kongostrom eingeführt werden soll, der bisher wegen der Stromschnellen, die den Fluß an zahlreichen Stellen wie Barrieren unterbrechen, schwer schiffbar war. Zwar können Ozeandampfer ungefähr 180 Kilometer von der Mündung des Stroms aus bis nach Matadi hinauffahren. Dann folgt aber eine Strecke von mehr als 300 Kilometer Länge, auf der bisher eine Schiffahrt größeren Maßstabs durch die Stromschnellen vollkommen unmöglich gemacht wurde. Die Strecke wird von einer Schmalspurbahn (von Matadi nach Leopoldville) umgangen, aber dadurch war ein zweimaliges Umladen nötig, und die Bahn selbst ist für den Gütertransport recht wenig leistungsfähig. Von da an gibt es dann stromaufwärts ungefähr 1500 Kilometer weit gutes Fahrwasser. Erst bei Stanleyville tritt wieder ein größeres Hindernis der gleichen Art für die Schiffahrt ein, wieder über 100 Kilometer weit, das wiederum durch eine Schmalspurbahn (nach Wabundu) umgangen wird. Das Verfahren der Belgier besteht nun in dem Bau eines einfachen Gleises (einer Art Einschienenbahn) im Wasser quer durch die Stromschnellen, das den Schiffen ähnlich den Eisenbahnzügen eine Führung gibt. Die Dampfer brauchen allerdings für diesen Verkehr einige bauliche Veränderungen (sie werden paarweise gekoppelt und tragen außer den Schrauben noch Zahnräder), die Schiene ist ebenfalls gezahnt. Ob das Verfahren sich im Großen bewähren wird, bleibt aber wohl noch abzuwarten.

Neuseeland

Der am 1. Dezember 1921 in Neuseeland in Kraft gesetzte *Zolltarif* ist in gewisser Hinsicht ein merkwürdiges Dokument kolonialer Wirtschaftsentwicklung geworden. Er unterscheidet in der Zollbelastung der Wareneinfuhr zwischen nichtreichsbritischen und reichsbritischen Herkunftsländern und behandelt dabei das britische Dominium Australien bis zum Abschluß eines australisch-neuseeländischen Gegenseitigkeitsvertrags nach den Bestimmungen für nichtreichsbritische Herkunftsländer. Dagegen genießt das britische Mutterland die ungeschmälernten Vorteile der Vorzugszölle. Die erste Wirkung dieser Maßnahmen war, daß gewisse britische Industriezweige ihren australischen Konkurrenten einen guten Teil des Absatzes in Neuseeland aus der Hand winden konnten; so Schuhe und Stiefel, Tuche, konfektionierte Kleider, Stahl- und Eisenwaren usw. Der Tarif hat auch den Absatz der Vereinigten Staaten nach Neuseeland geschädigt und dadurch die englische Industrie und den englischen Handel einer lästigen Konkurrenz enthoben. Die Verhandlungen über einen Gegenseitigkeitsvertrag über Präferentialzölle mit Australien haben inzwischen zu der Aufhebung des australisch-neuseeländischen Zollkampfs geführt. Diese ganze Angelegenheit ist eine lebendige Illustration dafür, wie große Fortschritte der allbritische Wirtschafts imperialismus in den englischen Kolonialgebieten doch schon gemacht hat, und welch merkwürdig gewundene Wege seine Entwicklung dabei manchmal zurücklegt. Die Milchviehalter und Erzeuger von *Molkereiprodukten* in Neuseeland sind im Begriff eine Organisation zu bilden, deren Aufgabe die Preiskontrolle ihrer Produkte sein soll; also eine Verwertungsgenossenschaft. Sie soll aber die Gestalt einer Aktiengesellschaft erhalten, mit einem Kapital von 1 Million Pfund Sterling und je einer Geschäftsstelle in London und der Kolonie. Ein besonderes Gesetz soll alle Erzeuger von Butter und Käse zum Beitritt zwingen. Alle Produkte sind an die Genossenschaft abzuliefern, die sie klassifiziert, lagert und nach England verfrachtet. Die Londoner Geschäftsführer sollen die Preise festsetzen und nötigenfalls die Menge der dem englischen Markt zugeführten Produkte regulieren, um eine Überschwemmung des Markts zu verhüten. Der spekulative Teil des englischen Handels mit Butter und Käse, der dadurch aus einer recht einträgli-

chen Stellung verdrängt wird, sträubt sich sehr lebhaft gegen diesen Plan und behauptet natürlich, daß er den Interessen der englischen Verbraucher dieser neuseeländischen Produkte zuwiderlaufe. Insbesondere wendet man sich gegen die Zufuhrregelung zur Aufrechterhaltung der Preise; auch wird behauptet, daß der Plan den gerade gegenwärtig in England sehr lebhaften Bestrebungen schade den Handel mit Australasien auf einer größeren Stufenleiter aufzubauen. Gewiß, den neuseeländischen Milchviehhaltern wird diese Agitation wohl wenig Begeisterung für die Fortdauer des überflüssigen Zwischenhandels in ihren Produkten einflößen. Anders urteilt der solide englische Handel. Er erkennt an, daß die Produktivkraft der Kolonie auch auf diesem Gebiet entwickelt werden muß, daß es dazu gewinnbringender Preise, und ruhiger, nicht krisenhaft schwankender Absatzverhältnisse bedarf, und daß das neue genossenschaftliche Unternehmen in diesen Punkten wohl auf einigen Erfolg rechnen dürfe.

Kurze Chronik Die Kaffeewertungs- und Kaffeeproduktionspolitik der brasilianischen Regierung hat, wie eine Anfang Mai dem Kongreß übermittelte Botschaft des Präsidenten zeigt, dazu verholfen die Weltmarktkrise dieses Jahres ohne Verlust, sogar mit einer Steigerung der Kaffeerausfuhr um 300 000 Sack und einem außerordentlichen Gewinn von 42,5 Millionen Pfund Sterling (Friedensparität) für die Staatskasse zu überstehen. Die Regierung hat ihre Kaffeevorräte in brasilianischen Speichern jetzt auf 4½ Millionen Sack gesteigert. ◊ Die japanische Verwaltung in Tsingtau hat die (evangelische) Christuskirche, die Gebäude der Weimarer und Berliner Mission und des (katholischen) Missionsvereins den früheren Besitzern zurückerstattet. ◊ Eine Schätzung der Bewohner der Kongokolonie ergab etwa 8½ Millionen Einwohner, darunter 8221 Weiße, einschließlich der 4712 in der Kolonie lebenden Belgier. ◊ Der Gesetzgebende Rat von Britisch Ostafrika hat das Verbot für Deutsche dort Grundbesitz zu erwerben um 1 Jahr verlängert; bei dieser Gelegenheit wurde die angeordnete Strafe für Übertretungen des Verbots von 1000 auf 5000 Pfund Sterling erhöht. ◊ Von 1900 bis 1920 sind nach Canada 3,4 Millionen Personen emigriert, davon 1,3 Millionen aus den Vereinigten Staaten, 1,2 Millionen aus Großbritannien und Irland. Der Wandernutzen ist aber kleiner, da auch

eine nicht unbeträchtliche Auswanderung (nach den Vereinigten Staaten, Rückwanderung nach Italien usw.) besteht. Die Einwanderung Deutscher ist gegenwärtig noch immer nur in Ausnahmefällen erlaubt. ◊ Die Companhia Siderurgica Belgo-Mineira, ein Konsortium französischer, belgischer und luxemburgischer Metallfirmen und Banken, hat in Brasilien 2 große Landstücke von zusammen 12 500 Hektar Fläche erworben mit wertvollen Erzvorkommen, Wasserfällen und Wäldern. Die Gesellschaft hat bereits begonnen auf dem Gebiet einen 2. Hochofen zu errichten, eine Zementfabrik und ein Stahlwerk. Der Sitz der Gesellschaft ist Bello Horizonte, wie jetzt der neue Name für Minas, die Hauptstadt des brasilianischen Staates Minas Geraes lautet.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Abenteurer-geschichten Ein Buch vom Abenteurer hat Ignaz Jezower herausgegeben (Die Rutschbahn /Berlin, Bong & Co./). Diese Zusammenstellung unserer größten Abenteurer ist eine herrliche Idee. Jezower entlehnt seine Berichte fast durchweg zeitgenössischen Berichten und einem Buch Curiositäten, das 1820 erschien. Wie stark hat sich übrigens inzwischen, wenigstens scheinbar, die Betrachtungsweise verschoben. Jezower betont ausdrücklich in seiner Einleitung, daß ihn und Grosz, der das Buch ausstattete, nicht das Psychologische dieser Menschen interessieren könne: »Über das seelische Variété sind wir längst hinaus.« Was dem Herausgeber den Abenteurer wert macht, ist seine auflösende Tendenz. Er schafft ein Durcheinander, Unordnung, Unruhe. Der Abenteurer hat die »Skepsis«. Dieses Moment: daß durch seinen Zynismus, durch seine Spielerei und Nachlässigkeit Desorganisation geschaffen wird, daß die Institution ins Rutschen kommt, soll der Ausgangspunkt der Betrachtung sein. Aber diese Betrachtung hat, vom allgemeinen Raisonement abgesehen, doch herzlich wenig Kraft. Allerdings sind die Berichte, aus denen die Schilderungen entnommen, ja durchweg aus einer Zeit, in der man nur das Persönliche am Menschen sah, und vielleicht liegt es daran, daß jenes Moment der gesellschaftlichen Auflösung hier nicht viel mehr bedeutet als der große Hintergrund, auf dem man den Abenteurer in der ganzen Fülle seiner Lebenskraft agieren sieht. Jezowers Per-

spektiven haben unbedingt ihre Bedeutung. Aber hier haben sie sich nicht durchgesetzt; sie schließen sich nicht zum ganzen Bild, sie bleiben Idee. Dafür springt aber mit doppelt starkem Leben wieder das heraus, was Casanova selbst oder die anderen jener Zeit erzählen. Darum glaube ich auch nicht, daß das Interesse am Persönlichen überwunden werden kann, wenigstens, wenn Dinge, die zum Typus Mensch gehören, so stark darin sind wie hier im Abenteuer. Überall sitzt offenbar Ähnliches im Blut, und das, was sich im Abenteuer herauskristallisiert hat, gehört zum Menschen der neuen Zeit, den ich für meinen Teil durchaus nicht überwunden sehe. Alles, was in ihm steckt, ist da κατ' ἐξοχήν. Dieses ausschließliche Gefühl seiner selbst, das mit seinem übergenialen Lebenswillen alle anderen unter sich zwingt! Alle Glücksgenie fühlten das selbe Anrecht auf die Welt ohne Verpflichtung zu irgend einer Gegenleistung. Ein Satz von Casanova ist da zitiert, daß er Tränen weinen müsse über ausgegebenes Geld, das nicht im Spiel gewonnen war. Gerade nur das durchs Glück Zugelaufene, das nichts von Verpflichtung in sich trägt, war leicht genug für sie. In dem Goetheschen Satyros, dem vergotteten Waldteufel, der eigentlich auf den nicht so sehr genialischen Herder gemünzt war, kann man den Typus des Abenteurers sehen: als eine Karikatur Gottes, der zwischen den Menschen sitzt, ohne Gemeinschaft mit ihnen, sie durchaus verachtend und doch auf ihre Bewunderung angewiesen, weil er eben ein Schmarotzer ist und von ihnen, von ihrem Bett und ihrem Tisch, lebt. Und die Einsamkeit, die mit dieser Selbstherrlichkeit verbunden ist, wieder ein Kehr-bild der Einsamkeit der wirklich Großen, läßt alle, besonders die Frauen mit ihrem vollen Herzen, zu ihm kommen. Jezower sieht es gut, wie der Abenteurer, nachdem er so lange schwindelsicher ging, mit einemmal stürzt, und schließlich über eine Lappalie, einen Flohstich, wie Jezower sagt, Casanova ist einer der wenigen, die ein natürliches Ende hatten; er brauchte aber auch nicht die Willenskonzentration, da sein Leben nicht ein solches Kartenhaus war wie das der anderen. Am genialsten scheint mir Cagliostro mit seinem Bau von Religion, von Geistern, Heilkunde, Menschenbeglückung, in dem Schwindel und Wahrheit so verquickt sind, daß es lächerlich wäre, wollte man beides von

einander trennen; nirgend das eine, nirgend das andere. (Sabbatai Zewi gehört wohl nicht in diese Reihe. Da sucht man wohl nach anderm.) Die Bilder sind meist Wiedergaben nach Rokokoszenen. Die Zeichnungen, die *George Grosz* zur Einleitung beigesteuert hat, gehören nicht zu seinen besten. Lisbeth Stern

Münchhausen Eine schöne Neuausgabe hat die Dieterichsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig herausgebracht: Des Freiherrn von Münchhausen wunderbare Reisen und Abenteuer zu Wasser und zu Lande, wie er dieselben bei der Flasche im Zirkel seiner Freunde selbst zu erzählen pflegte, aus dem Englischen übersetzt und hier und da erweitert von *Gottfried August Bürger*, mit 18 Federzeichnungen von *Theodor Hosemann*. Es war entschieden nicht richtig uns den Münchhausen als Kinderbuch zu geben. Das Horrende seiner Aufschneiderien haben wir als Kinder gar nicht so gemerkt, fast schienen uns seine Abenteuer als möglich, und das ist ja auch das Grotteske seiner Geschichten, daß überall im Prinzip durchaus Mögliches durch das Fortfallen aller Zwischenglieder einfach unmöglich und unsinnig wird. Und doppelt komisch ist es dann, wenn irgendein kleiner, mechanisch wirkender Zwischenfall sein Abenteuer mit einemmal stört; wie er zum Beispiel vom Mond kommt und den oben abgeschnittenen Strick unten wieder anknüpft und alles gut geht, bis dann der durch das viele Knüpfen mürbe gewordene Strick plötzlich reißt. Überall glaubt man die Geschichten zu hören, nicht zu lesen, immer die selbe laute, lachende Mannesstimme. Der Anhang mit Münchhausens Seeabenteuern ist lange nicht so frisch erzählt, alles ist allgemein phantastischer und nicht dieser komische Realismus in den Flunke-rien. Da aber alles erst durch dritte Hand, und noch obendrein englisch, aufgeschrieben wurde, ist natürlich viel ergängt und hinzugefügt. So wahrscheinlich auch dieser Anhang. Lisbeth Stern

Volksbücher Max Mell gibt im Rikola-verlag in Wien eine Sammlung deutscher Volksbücher heraus, die er mit Fug *Das Wunderbründl* nennen darf. Da ist die Geschichte von der heiligen Pfalzgräfin Genoveva, dann das Buch von Doktor Johann Fausts des ausbündigen Zaubers und Schwarzkünstlers teuflischer Verschreibung, unchristlichem Leben und

Wandel, seltsamen Abenteuern und überaus greulichem und erschrecklichem Ende, dazu die Sage vom Freischütz (die doch wesentlich anders ist als das Buch Friedrich Kinds zur Weberschen Oper). Alles kleine Bände von anheimelndem Aussehen, den alten Volksbüchern nachgedruckt. Die Genoveva mit den Richterschen Zeichnungen in der Nacherzählung von Schwab und der Faust in seiner alten Fassung mit Zeichnungen von Josef Manes. Es ist wunderschön, daß diese Volksbüchersammlung, die man nur mit Mühe antiquarisch haben konnte, nun neu verlegt ist. (Wenn's doch mit den Engelsschen Puppenkomödien das selbe wäre!) Dabei ist es mir unsicher, ob die Jugend und die nicht Geschulten überhaupt die wirkliche Naivetät fühlen mögen, die in den Büchern lebt; vielleicht stehen ihnen irgendwelche Kinoschicksale nicht weniger nah. Aber der die Augen hat den Unterschied zu sehen, wird die Erhaltung dieser Bücher mit großer Freude begrüßen. Wie ist Ton und Sprache doch anders, wenn Dinge, die uns jetzt Märchen sind, mit dem Glauben an ihre lebendige, tatsächliche Wirklichkeit erzählt werden, und was steckt für Größe in diesen Geschichten!

Lisbeth Stern

Zeitbücher

Eine wichtige Bücherreihe bringt der Malikverlag in Berlin heraus. Er nennt sie

Die Rote Roman-Serie. Aber es sind keine Romane, mindestens nicht solche im üblichen Sinn. Zu Büchern wie Die Rote Woche von *Franz Jung* kann und will man "literarisch" nichts sagen. Es sind das Schilderungen und Worte, die das Erlebte an der Stirn tragen. Man fragt nicht, ob Kunst oder nicht Kunst. Man hat davor still zu sein und nur wieder neu zu sehen, wie eine Kette von Unbarmherzigkeiten nach wie vor einen Teil von uns eingeschnürt hält und in ihm keine Lebensfreude und kein Gefühl von Freiheit aufkommen läßt. Das Engumgrenzte dieses Gedankens und dafür die unabgelente Schärfe und Kraft in dieser Richtung geben diesem Buch seine Wirkung. Es gibt da keine Haupt- und keine Nebensätze. Alles ist da mit der Tatsächlichkeit des Gegenwärtigen. Die Zeichnungen von *George Grosz*, aus Ähnlichem heraus entstanden, sind vielleicht daneben zu zugespitzt, zu scharf. Man achte darauf, wie die Arbeiter da die Soldaten sehen: wie feindselig und voll Haß, wie einen Fremdkörper zwischen den Menschen.

Lisbeth Stern

Tierbücher

Im Verlag Alwin Huhle in Dresden erschienen 2 Tierbücher: *Wie sie sich lieben*, wie sie sich morden, Brunstkämpfe der Tiere, von *Alwin Rath* und *Kater Quietsch* von *Max Geißler*. Mit Tiergeschichten, in denen die Tiere halb als Menschen fungieren, ist es eine eigene Sache. Wenn keine bestimmte Tendenz dahinter steht, wie in den Tierfabeln, wenn es beim einfachen Genrehaften bleibt, wie bei diesem *Kater Quietsch* mit seinen Liebesaffären mit dem Katzenfräulein, dann hat es immer etwas von Peinlichkeit an sich, etwa wie bei Großen, wenn sie ihre Stimmen kindlich verstellen; die Tiermaske empfindet man da nur als Koketterie. Ganz anders bei *Alwin Rath*. Er gibt seine Tierschilderungen direkt, und es ist sicher viel sehr gut Beobachtetes darin. Daneben eine blutrünstige Phantasie; mit Eifersucht, Wollust und Liebestod wird da umgegangen wie mit alltäglichem Futter. So ist auch der Stil eine Häufung von seelischen Knalleffekten.

Lisbeth Stern

Kinderkalender Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

hat ein Jahrbuch »für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes« herausgegeben. Kinderland nennt er dies Kalenderbuch. Es ist, wenigstens textlich, mit sehr großer Liebe zusammengestellt. Es sind allerhand Artikelchen über naturwissenschaftliche Spiele drin, Aufsätze von Kindern selbst, auch ein kleines Fragment aus *Bebels Jugend*, dazu Verse und Sprichwörter aus den fernsten Ländern. Doch überall spürt man eine recht steife Hand durch. Es klebt eben viel von der Systematik eines guten Gemeindegeschulunterrichts daran, der, sein klar fixiertes Ziel vor Augen, nun richtungsfest darauf losgeht und Spiel und Arbeit danach wertet. Diese Zielsicherheit nimmt den Dingen viel von ihrem eigenen Blut. Und so kommt es, daß man trotz den vielen und guten Anregungen des Buches doch von seinem Ton ein wenig peinlich berührt wird. Es ist die Sprache eines, der nicht aus seiner eigenen Fülle heraus spricht, sondern der in Klugheit und Vorsicht sich zu den Kindern setzt, um von ihnen Zutrauen und Kameradschaft zu erlangen, und sie dann zu lenken sucht. Die Kinder sind aber meist hierin recht empfindlich, und ich glaube kaum, daß bei ihnen das Buch viel Beifall finden wird. Dazu sind auch die Illustrationen zu nüchtern und langweilig, mit

Ausnahme allerdings der reizenden Silhouetten um das Kalendarium herum. Die Textbilder sind so arg unkünstlerisch und philiströs wie man es wirklich selten findet, dazu auch komisch altmodisch: nicht etwa unmodern, was ja durchaus künstlerische Möglichkeiten in sich schliesse, sondern einfach altmodisch geworden, wie etwa eine Rüsche bei einem ältern Fräulein, das nur aus einer Zaghaftheit und Enge heraus bei dem bleibt, was ihr vor 30 Jahren vielleicht schön war. Nirgends die Freiheit des Selbstgefühls, das sich gibt, unbekümmert um seine Wirkung. Überall fühlt man die Vorsicht des Pädagogen lähmend dazwischen.

Lisbeth Stern

Kinderspielzeug Ein Buch *Oskar Seyfferts* und *Walter Triers* Spielzeug / Berlin, Ernst Wasmuth/ gibt Reproduktionen nach Kinderspielzeug aus dem Landesmuseum für sächsische Volkskunst, fast durchweg aus der Spielzeugindustrie des Erzgebirges. Die Sammlung ist wunderschön und im besten Sinn fein; weniger allerdings für Kinder als für uns Große, und unsere Vorstellungen von Volks- und Kinderkunst und ihre etwaigen Beziehungen zur Kunst des Primitiven können da manches lernen. Photographische Wiedergabe war wohl wegen ihrer Farblosigkeit ausgeschlossen. So hat Trier, der bekannte Zeichner der Witzblätter, farbige Zeichnungen nach den Puppen gemacht. Sie sind lustig, klar und deutlich in Farbe und Form. Und doch haben sie durch die Wiedergabe ein etwas anderes Gesicht bekommen: etwas hingewendet zu unserer Cabaretkunst, wohl primitiv gemeint, aber doch nicht primitiv, in erster Reihe wegen der Routiniertheit und nonchalanten Sicherheit des Strichs. Nicht gerade, daß sie kokett in der Volkstümlichkeit wären. Aber immer hört man doch durch: Wie kindlich und wie einfach! Von der ernsthaften Simplicität der Holzschneide- und Klebetechnik der Puppen selbst ist nicht viel geblieben. Doch hat auch so das Ganze großen Wert. Den Text kann man aber nicht ebenso loben. Wenn es auch stimmen mag, daß die Wirklichkeit die Phantasie der Kinder verdrängt, so ist doch die Zweiteilung der Welt: in die der Wirklichkeit mit dem wissenschaftlichen Denken und die des Gefühls, die die Türen des Paradieses auf tut, zu oberflächlich, um in Ruhe hingenommen zu werden. Eine solche Teilung, als wenn beides nicht eine Wurzel hätte,

kann Sinne und Gefühl nur verwischen und das Denken verwässern. (Übrigens sind die Puppen aus der Biedermeierzeit zu nuanciert, um als eigentliches Kinderspielzeug zu gehen, und auch die kleinen Kästchen mit den Männchen und Frauen darauf und dem Spieluhchen drinnen, sind wohl mehr als kleines Kunstwerk gemeint denn als Spielzeug.)

Lisbeth Stern

Kindertheater 20 »dramatische Spiele für unsere Jugend« gab *Kurt Busse* heraus (Kinderbühne im deutschen Haus /Berlin, Franz Schneider/). Dieser Sammlung von kleinen Theaterstücken soll bald ein dazu gehöriges Musikheft folgen. Die sehr eingehende Einleitung ist wohlthuend in ihrem bescheidenen und ruhigen Ton, und die Zusammenstellung der Stücke ist aus dem selben verständigen und warmen Geist heraus. Die Stücke sind fast alle frisch und nett und aus der Praxis eines Kindes genommen, dessen Horizont nicht gar zu weit gespannt ist. Überall ist dahinter die gute Kinderstube zu denken, wie auch die Aufführungen durchweg unter der Anleitung von Großen gedacht sind. Ein wenig verlangt man vielleicht zwischendurch nach all dem schnurrig Undisziplinieren, das Kinderaufführungen haben, wenn Kinder unter sich sind; aber es mag wohl gut sein, wenn manches auch unaufgeschrieben bleibt, zumal Spiele nur so lange Sinn und Leben haben, als sie eben gespielt werden, und hinterher nichts als ein totes Häuflein zurückbleibt. Die Illustrationen *Hans Looschens* passen nicht recht zu diesen beiden Büchern. Seine Kindlichkeit ist doch zu wenig einfach, sie ist so genrehaft, blaß und bewußt.

Lisbeth Stern

Märchen Für den gleichen Verlag hat *Pauline Kläiber-Gottschau* Märchen *Anna Wahlenbergs* aus dem Schwedischen übersetzt (Die Glückskatze, Buchschmuck von *Hans Looschen* /Berlin, Franz Schneider/). Sie sind von ausnehmender Frische und Gesundheit. Es mag in der Lebendigkeit und Farbigkeit ihres Spuks etwas vom National schwedischen stecken, denn in *Selma Lagerlöf* ist wohl Ähnliches. Für uns ist es jedenfalls neu und sehr wesentlich. Es ist, als sei die ganze Natur, das ganze Land mit Spuk durchsetzt, und was wir da sehen und hören, sind nur einzelne kleine Ausschnittchen aus jener Welt.

Lisbeth Stern